

Das Parlament

Berlin, 14. April 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 16-17 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Kurskorrektur bei Labour

Keir Starmer In ruhigeren Zeiten hätte diese Personalie für größeres Echo gesorgt: Die Wahl des früheren Menschenrechtsanwalts zum neuen Chef der Labour-Partei gilt als klare Abkehr von dem stramm linksgerichteten Kurs der britischen Sozialdemokraten. Unter Führung des Vorgängers Jeremy Corbyn hatte Labour bei der Parlamentswahl im vergangenen Dezember die schwerste Niederlage seit 1935 eingefahren. Mit scharfer Kritik an 10 Downing Street hält sich Starmer angesichts der Verwerfungen der Corona-Krise bisher zurück. Zwar habe die konservative Regierung viel zu spät eingestanden, dass Großbritannien bei der Zahl der Tests hinter anderen Ländern hinterherhinkte, sagte der neue Oppositionschef. Er wolle allerdings, „dass die Regierung erfolgreich ist, um Leben zu retten und den Lebensunterhalt der Bürger zu sichern“.



picture-alliance/Photoshot

ZAHLE DER WOCHE

100.000

Mitarbeiter fehlen laut der Stiftung Health Foundation im britischen Gesundheitswesen NHS, darunter 44.000 Pflegerinnen und Pfleger. Zahlen des Nursing and Midwifery Council zufolge kehren dem Land Tausende NHS-Mitarbeiter aus der EU seit dem Brexit-Referendum 2016 den Rücken.

ZITAT DER WOCHE

»Ich habe allen die Hand geschüttelt.«

Boris Johnson Der britische Premier Anfang März nach einem Besuch in einem Krankenhaus mit Corona-Patienten. Johnson ist inzwischen selbst schwer an Covid-19 erkrankt.

IN DIESER WOCHE

- THEMA** Empire Das Königreich war die größte Kolonialmacht der Geschichte **Seite 3**
- Porträt** Der britische Premier Boris Johnson gilt als Querkopf **Seite 4**
- EU** Der Abschied Großbritanniens verändert die Gemeinschaft **Seite 6**
- Wirtschaft** Welche Zukunft hat der Finanzplatz London? **Seite 10**
- Gesundheit** Coronakrise bringt Gesundheitssystem NHS in Bedrängnis **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



4 194560 401004

In schwerer See

GROSSBRITANNIEN Außerhalb der EU muss das Land seine Rolle neu finden

Anderswo sterben mehr Menschen, sind die Ausgangsbeschränkungen härter, nutzen Autokraten die Ausnahmesituation zum Ausbau ihrer Macht. Großbritannien aber war in der Karwoche ein besonderer Schock vorbehalten: Die Erkrankung des Regierungschefs an Covid-19 und seine Einlieferung auf die Intensivstation symbolisierte die Verletzlichkeit der Nation stärker als jede grimmige Auflistung von Infizierten und Verstorbenen. Plötzlich erhielt die Binsenweisheit ein Gesicht, wonach Sars-CoV-2 auch vor Mächtigen nicht Halt macht. Kollektiv hielt das Land den Atem an und wünschte Boris Johnson baldige Genesung. Die Verunsicherung angesichts eines schwer erkrankten Premierministers fällt aus zwei Gründen besonders tief aus. In einer der zentralisierteren Demokratien der Welt kommt es, erstens, in besonderer Weise auf den Bewohner der Londoner Downing Street an. Zweitens muss das Mutterland des einst weltumspannenden Empires nach dem Brexit seine Rolle im Inneren wie im Äußeren gerade neu bestimmen. Wie eng soll zukünftig die Anbindung an den größten Binnenmarkt der Welt ausfallen? Wie können die freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarn auf dem Kontinent die unvermeidliche Entfremdung überleben?

Viel Zeit, um diese Fragen zu klären, bleibt nicht, und der Ausfall des Premiers macht es nicht besser. Die Übergangphase, in der EU und Großbritannien ihre künftigen Beziehungen klären wollen, endet am 31. Dezember. Die konservative EVP-Fraktion im Europaparlament sowie Wirtschaftslobbyisten und Handelsexperten halten diesen Zeitplan für hoffnungslos überambitioniert – doch trotz Corona-Pandemie, die alle Parteien zur Verhandlungspause zwingt, beteuert die konservative Regierung stets, an dem Termin nicht rütteln zu wollen.

Im Inneren des Königreichs droht der Brexit längst den Zusammenhalt zu sprengen. Die schottische Nationalpartei SNP drängt auf ein zweites Unabhängigkeitsreferendum, in Nordirland mehrern sich die Stimmen für die Vereinigung mit der Republik im Süden. Und sogar in Wales wird erstmals seit langem ernsthaft über eine Abnabelung vom Londoner Zentralstaat diskutiert.

Im Wahlkampf hatte Johnson mit seinem Versprechen, Milliarden in Schulen, Krankenhäuser und die Polizei zu investieren, erfolgreich die Wählerschaft in den alten Industrie- und Küstenstädten umschmeichelt. Nur die Finanzierung kam kaum zur Sprache, ebenso wenig die Tatsache, dass die öffentliche Infrastruktur von der Regierungspolitik seiner konservativen Partei jahrelang sträflich vernachlässigt wurde.

Doch die Briten schätzen Kreativität und Experimentierfreude, und Johnsons Optimismus zog viele Wähler an – die Fähigkeit, Neues zu wagen, wird auf der Insel im Zweifelsfall höher bewertet als das Festhalten an vermeintlich Bewährtem.

Brutales Sparprogramm Ob mit oder ohne Johnson – die Verantwortlichen auf allen Ebenen müssen sich nun an ihrer Problemlösungskompetenz messen lassen, und das umso dringlicher angesichts der Corona-Pandemie. Im Kampf gegen das Virus kommen Schwachstellen und Versäumnisse zum Vorschein, die den noch bei den Unterhauswahlen im Dezember haushoch triumphierenden Konservativen schwer zu setzen könnten.

Vor allem das steuerlich finanzierte Gesundheitssystem NHS ist denkbar schlecht vorbereitet auf die Pandemie. Schon früh zeigte sich, dass durch das brutale Sparprogramm der vergangenen zehn – durchgehend konservativ regierten – Jahre allzu



Die Sieg bei der Seeschlacht von Trafalgar – hier auf einem Gemälde von William Turner – legte 1805 den Grundstein für das Britische Empire. Heute ist vom Weltreich nichts mehr übrig. Was bleibt ist der Traum der Brexit-Befürworter von der Rückkehr zu alter Größe.

picture-alliance/akg-images

viele Intensivbetten abgeschafft worden waren. Wochenlang mangelte es außerdem an ausreichend Beatmungsgeräten und Tests auf Sars-CoV-2; in der Folge breitete sich das Virus zu schnell aus und zahlreiche Ärzte und Pflegepersonal mussten sich wegen diffuser Symptome in die Selbstisolation zurückziehen.

Doch in der Krise kommt auch eine typisch britische Tugend zum Vorschein: Was an Vorbereitung fehlt, wird durch ausgeprägten Improvisationsgeist wettgemacht. Binnen vierzehn Tagen bauten Armee und NHS-Logistiker das Ost-Londoner Kongresszentrum Excel zu einer Art Feldhospital um. Der NHS mit seinen 1,2 Millionen Mitarbeitern mag bürokratisch und schwerfällig wirken – in der Not funktioniert die zentrale Kommandostruktur.

Im Kampf gegen das Virus kommen Schwachstellen und Versäumnisse zum Vorschein.

Der harten Kritik der bewundernswert offen und schonungslos berichtenden Medien zum Trotz scharten sich die Briten Umfragen zufolge außerdem um den unsicher wirkenden Premierminister und sein unerfahrenes Kabinett. „Right or wrong, my country“ – diese patriotische Devise aus Kriegszeiten gilt auf der Insel im Zweifel auch noch im 21. Jahrhundert.

Die Beobachtungen aus den ersten Wochen der Pandemie öffnen den Blick für weitere Stabilitätsfaktoren. Das Vereinigte

Königreich ist global aufgestellt: als sechstgrößte Industrienation der Welt, als permanentes Mitglied des UN-Sicherheitsrates, als Mutterland der Empire-Nachfolgeorganisation Commonwealth mit ihren 54 Mitgliedern, die noch immer glänzend vernetzt sind. Ausgestattet mit einer ernstzunehmenden, weltweit einsetzbaren Berufsarmee und atomar bewaffnet stellt das Nato-Mitglied neben Frankreich die führende Militärmacht Europas dar. Die Weltstadt London beherbergt auch nach dem Brexit das weltweit größte internationale Finanzzentrum.

Zu diesen „harten“ Standortfaktoren gesellt sich die „soft power“ kultureller Anziehungskraft. Die Welterbe- und elitäre Universitäten wie Oxford und Cambridge („Oxbridge“), der weltweit anerkannte öffentlich-rechtliche Rundfunk BBC und die faszinierende Vielfalt von zeitgenössischer Kunst und (Pop)Kultur – kann ein derart gesegnetes Land anders als optimistisch in die Zukunft gehen? Zumal, wenn ihm als Staatsoberhaupt eine Königin dient, deren Pflichtbewusstsein im 69. Jahr ihrer Regentschaft viele Menschen ebenso fasziniert wie der glamouröse Lebenswandel der jüngeren Royals. Ihr Appell an den Durchhaltewillen der Nation erhielt besondere Resonanz, weil die 94-Jährige den

Zweiten Weltkrieg durchlebt hat. Elizabeth II. und die Erbmonarchie stehen aber auch an der Spitze eines Staates, der enorme Ungleichheit und schreiende Ungerechtigkeit zulässt. Die Klassengesellschaft bleibt Realität. So verfügen die tausend reichsten Familien über ein Gesamtvermögen von umgerechnet 625 Milliarden Euro, während vier von derzeit 66 Millionen Briten der international üblichen Definition zufolge „in dauerhafter Armut“ leben. Die Auslese beginnt früh: An den Elite-Unis einen Studienplatz zu ergattern, bleibt in erstaunlichem Ausmaß das Privileg junger Leute, für deren

Was an Vorbereitung fehlt, wird durch Improvisationsgeist wettgemacht.

Schulbildung die Eltern sechsstelligen Summen auszugeben bereit und in der Lage sind. Wer im Königreich arm geboren wird, stirbt daher wahrscheinlich auch arm. Ob der Eton-Absolvent Johnson daran wirklich etwas ändern will? Ist der stets Frohsinn und Optimismus predigende Politiker zum sprichwörtlichen Bohren dicker Bretter überbieten? Wirtschaftsverbände verweisen mahnend auf die immense Verschuldung der Privathaushalte, die vergleichsweise niedrige Produktivität der Wirtschaft und die schlechte Allgemeinbildung britischer Schulabgänger. Auch die Klärung der schwierigen Frage der inneren Grenze ist durch den Austrittsvertrag nur verschoben.

Ungewisse Zukunft Vor dem Amtssitz des Premierministers – derzeit vertreten durch Außenminister Dominic Raab – türmen sich komplizierte Probleme. Denn mit dem Brexit nimmt das britische Staatsschiff Kurs auf unbekanntes Gewässer. Da hilft es, dass die Briten im Geiste noch immer ein Seefahrervolk sind. Auf hoher See gehören Mut zu raschen Veränderungen und zum Risiko ebenso dazu wie dicker Nebel. In letzterem stochert herum, wer wissen will, wie es nach der angeblichen Rückgewinnung staatlicher Souveränität weitergehen soll.

Sebastian Borger

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus London.



Der britische Außenminister Dominic Raab führt stellvertretend für den erkrankten Premier die Geschäfte.

picture-alliance/Photoshot

EDITORIAL

Allein in der Krise

VON JÖRG BIALLAS

Die Prüfungen, die Europa zu bestehen hat, nehmen kein Ende. Erst zerbricht der Zusammenhalt der Gemeinschaft fast an der Finanzkrise. Dann sorgen Hunderttausende Flüchtlinge für eine Zerreiße innerhalb der Europäischen Union. Und als nach dem Brexit viele geglaubt hatten, viel schlimmer könne es ja nun nicht mehr kommen, überfällt das Coronavirus den Kontinent und sorgt abermals für eine Krise, die an keiner Grenze Halt macht.

Die Lehre aus all diesen schwierigen Zeiten ist simpel: Je besser Europa zusammenhält, desto einfacher lassen sich die Herausforderungen bewältigen. In vielen Nationen hat sich diese Haltung mehrheitlich durchgesetzt. In anderen, leider, nicht. Allen voran Großbritannien. Die Bevölkerung dort hat sich für eine Zukunft ohne europäischen Rückhalt entschieden. Auch wenn vielen derer, die diese Entscheidung mitgetragen haben, inzwischen schwindet, dass sie Opfer billiger Wahlkampftricks geworden sind, ist der Brexit beschlossen.

In der internationalen Coronakrise geht es sehr unmittelbar um Leben und Tod des Nächsten. Einfacher formuliert: Verweigert der Nachbar Hilfe, sterben Menschen. Deshalb ist es selbstverständlich, dass Krankenhäuser Notfall-Patienten grenzüberschreitend aufnehmen. Das gilt natürlich auch für britische Staatsbürger, trotz des Brexits. Aber: Die Coronakrise ist nicht nur ein gesundheitliches, sondern in erheblichem Ausmaß auch ein wirtschaftliches Problem. Immer mehr zeichnet sich ab, dass viele der betroffenen Volkswirtschaften nicht in der Lage sein werden, aus eigener Kraft zu überleben. Das wiederum ist keineswegs nur das Problem dieser Nationen, sondern der gesamten Gemeinschaft. Deshalb ist es richtig, über internationale Hilfsprogramme nachzudenken.

Für eine Pandemie ist niemand verantwortlich. Sie ist nicht das Ergebnis schlechten staatlichen Wirtschaftens, eines Krieges oder innenpolitischer Machtkämpfe. Schuldzuweisungen sind also fehl am Platze. Stattdessen erfordert gerade diese Krise gemeinschaftlich abgestimmtes Handeln und entschlossene Solidarität. Es wäre eine ebenso bemerkenswerte wie tragische Wundung der Zeitgeschichte, wenn ausgerechnet ein todbringendes Virus Europa-Skeptiker wie die Briten von den Vorteilen der Union überzeugen würde.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

RÜCKKEHR DES NATIONALSTAATS?

Britischer Weg

PRO



Daniel Stelter, freier Autor

Selbst die wohlwollendsten Beobachter der EU müssen angesichts der Corona-Krise konstatieren, dass die EU erneut versagt hat. Statt eine gemeinsame Antwort zu finden, galt das Motto „Jeder kämpft für sich allein“. Nach Euro- und Migrationskrise ist dies die dritte große Krise innerhalb von zehn Jahren, die den Bürgern vor Augen führt, auf was sie sich verlassen können und auf was nicht. Der Nationalstaat ist nicht nur näher, er ist auch handlungsfähiger. Die Vorteile der Subsidiarität sind allgegenwärtig. Entscheidungen sind umso besser, je näher sie am Problem getroffen werden. Gegen dieses Prinzip hat die EU immer wieder verstoßen, nicht nur, aber vor allem zum Unmut der Briten. Themen werden nach Brüssel gezogen mit dem Ziel, der Vision der Vereinigten Staaten von Europa näher zu kommen. Das erinnert an den Philosophen Paul Watzlawick, der einmal treffend feststellte, dass, wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, in jedem Problem einen Nagel sieht. Für die EU und die EU-fokussierten Politiker ist die Antwort auf jede Krise ein „Mehr“ an Integration. Doch das ist weder richtig, noch entspricht es den Wünschen der Bevölkerung in der Mehrheit der Mitgliedstaaten. Verantwortung basiert auf Vertrauen. Dieses muss man sich erarbeiten. Auf die EU bezogen bedeutet das, dass erst geleistet werden muss, bevor man mehr Aufgaben übernimmt. Vom im Jahr 2000 gemachten Versprechen, die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsgetriebenen Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ sind wir weiter entfernt denn je. Solange die EU bei der Erfüllung zentraler Aufgaben versagt, sollte sie nicht auf mehr Integration drängen. Sonst dürften noch andere Länder dem britischen Weg folgen und sich aus der Gemeinschaft verabschieden.

Europäische Antwort

CONTRA



Thomas Gutschker, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die erste Reaktion der EU-Staaten auf die Corona-Krise war zweifellos national. Doch bevor die Anhänger des Brexits daraus falsche Schlüsse ziehen, sollten sie genau hinsehen. Beim Gesundheitsschutz hat die EU so wenig Kompetenzen wie beim Grenzschutz – die EU-Kommission kann nur koordinieren und unterstützen. Das hat sie auch getan, mit einem Ausfuhrstopp für Schutzgüter in Drittstaaten und Empfehlungen für das Grenzmanagement. Es hat zwei Wochen gedauert, bis sich die Staaten darauf einließen. Nicht aus Zwang, sondern aus Einsicht: Die Lkw-Staus vor den Grenzen bedrohten die eigene Versorgung. Und die nationalen Ausfuhrbeschränkungen für Schutzrüstung, die Berlin und Paris zuerst beschlossen hatten, schädigten den eigenen Hersteller. So folgte dem nationalen Reflex die europäische Antwort. An den Grenzen wurden Vorfahrtspuren für Lastwagen eingerichtet, die Staus ließen nach. Die Staaten halfen einander mit Ausrüstung, Deutschland etwa übernahm Intensivpatienten aus Frankreich und Italien. Und die Südstaaten bekommen zwar womöglich keine „Corona-Bonds“, dafür aber Kreditlinien des ESM-Rettungsschirms und Kredite der EU-Kommission, für welche die Mitglieder gemeinsam bürgen. Die Nordstaaten verzichten auf strenge Auflagen. Darum wird gerungen, ja; dass es Streit gibt, ist normal. Doch belegt der Kompromiss, dass keiner der 27 Staaten in dieser Krise den nationalen Ausweg vorzieht. Umgekehrt darf man fragen: Wie wollen die Briten sie eigentlich alleine überstehen, wenn sie auch noch ein hartes Ende ihrer Übergangsfrist riskieren?

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 14. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Hobhouse, die Corona-Pandemie trifft aktuell auch Großbritannien hart. Es gibt Tausende Tote, und nachdem auch Premier Boris Johnson schwer erkrankt ist, führt Außenminister Dominic Raab die Amtsgeschäfte. Wie gut ist die Regierung in dieser Krise aufgestellt?
Nicht gut, sie hat viel zu spät Maßnahmen ergriffen. Offenbar hat der Brexit-Zeitgeist zu dem Irrglauben geführt, dass das Virus sich in Großbritannien anders verhalten wird als in den übrigen Staaten. Johnson wollte die Wirtschaft unbedingt weiterlaufen lassen, vielleicht sogar Profit aus der Situation schlagen. Hauptsache, die produktiven Arbeitskräfte überleben! Diese Haltung könnte viele Menschenleben kosten.

Johnson war noch im Dezember strahlender Sieger bei der Unterhauswahl. Zweifeln die Menschen nun an seiner Kompetenz?
Davon ist bislang keine Spur. Diese Regierung lebt stark von Propaganda. In den öffentlichen Auftritten vor seiner Corona-Erkrankung saß Johnson neben dem Union Jack und beschwor den nationalen Zusammenhalt – genau dafür haben die Leute diesen Populisten gewählt. Spannend wird sein, wie es weitergeht, wenn die Gesundheitskrise vorbei ist. Wer trägt die Kosten? Werden die Steuern erhöht, Sozialleistungen gekürzt? Meine Sorge ist, dass es so läuft wie nach der Finanzkrise 2008. Schon da musste der ärmste Teil der Bevölkerung die größten Lasten schultern. Die Konservativen haben das Wohlfahrtsystem ausgehöhlt – und wurden trotzdem als vermeintliche Heilsbringer gewählt. Ich werde all meine politische Kraft bündeln, um zu verhindern, dass es wieder so läuft.

Ihre liberale Partei hat aber nur noch elf Sitze im 650 Köpfe zählenden Parlament. Was kann eine so schwache Opposition ausrichten?
Wir hoffen, dass es mit dem neuen Labour-Vorsitzenden Keir Starmer gelingt, eine progressive Allianz zu bilden. Dann könnten wir erwägen, keine Kandidaten gegeneinander aufzustellen. Mit den Grünen ist das ja bei der Wahl im Dezember 2019 teilweise gelungen, aber die Labour Partei hat noch nicht mitgemacht. Zur Zeit ist das aber nicht möglich. Im Moment haben wir Liberalen keinen gewählten Parteivorsitz, weil der Wahlkampf wegen der Pandemie um ein Jahr verschoben ist. Das schwächt uns als Partei sehr. Die Tories können im Grunde machen, was sie wollen.

Die Pandemie trifft in Großbritannien auf ein chronisch unterfinanziertes Gesundheitssystem. Schon bei der schweren Grippewelle vor zwei Jahren stand der National Health Service NHS vor dem Kollaps. Warum hat die Regierung daraus nicht gelernt?
Im Gegenteil, sie hat noch wilde Sparmaßnahmen durchgesetzt, obwohl die schon seit fünf Jahren nicht mehr nötig gewesen wären. Kritik daran gibt es trotzdem kaum. Der NHS sichert jedem Briten eine kostenlose Gesundheitsversorgung und ist eine Art nationales Symbol. Die Menschen sind unheimlich stolz darauf, egal aus welcher politischen Ecke sie kommen.

Der Brexit verschärft die Situation in der Corona-Krise doch aber noch. In den Kliniken fehlen jetzt Tausende Ärzte und Pfleger aus der EU, die seit dem Referendum das Land verlassen haben. Wie steuert die Regierung dagegen?
Das geplante neue Einwanderungsrecht wird die Probleme nicht lösen. Bisher ist vorgesehen, dass Einwanderer ein Jobangebot mit einem Jahresgehalt von mindestens 25.600 Pfund, also rund 30.100 Euro, vorweisen müssen. Diese Schwelle ist für gering qualifizierte zu hoch. Auf sie sind unsere Wirtschaft und das Gesundheitssystem

»Brexit war Unsinn«

WERA HOBHOUSE Der EU-Austritt schadet den Briten in der Corona-Krise erst recht, meint die liberale Unterhausabgeordnete



© picture-alliance/empics

tem aber angewiesen. Einmal mehr zeigt sich, wie unsinnig es war, den Brexit durchzuführen und alle Probleme auf die Einwanderer zu schieben. Leider mag diese Diskussion zur Zeit aber keiner führen.

Führt die Pandemie nicht zu einem Umdenken in Sachen Brexit? Ohne die EU könnte es Großbritannien schwerer haben, die Folgen zu bewältigen.
Das sind Debatten von gestern. Viele Menschen wollten den Brexit als Alternative zum Status quo, der für sie tatsächlich sehr

schlimm ist. Sie leben in schlechten Wohnungen, sind arbeitslos. Die wollen das jetzt durchziehen, das hat die Wahl im Dezember klar bestätigt. Die Propaganda, wonach die EU an den Problemen Schuld ist, hat sich tief in die Köpfe eingegraben. Und dass man vor allem den bildungsfernen Schichten vorgeworfen hat, sie seien wohl zu blöd, um die Konsequenzen des Brexit zu verstehen, hat bei vielen nur zur einer Trotzreaktion geführt: Brexit - jetzt erst recht!

Wird die Regierung trotzdem eine Verlängerung der Brexit-Übergangsfrist beantragen? Bis Ende Dezember ein Freihandelsabkommen mit der EU auszuhandeln, wird denkbar knapp, zumal die Gespräche wegen der Corona-Pandemie auf unbestimmte Zeit ausgesetzt sind.
Das wird sie nicht machen. Die EU-Politiker müssen doch endlich sehen, was hier läuft: Die britische Regierung will einen No Deal-Brexit! Die Hardliner bei den Tories haben gewonnen, sie wollen keine Verhandlungen und kein Abkommen. Es wird Zeit, dass die EU das realisiert.

Die Union will einen harten Brexit aber unbedingt verhindern. Hofft die britische Regierung, dass Brüssel deshalb mehr Zugeständnisse macht und zum Beispiel EU-Standards für Umwelt und Verbraucherschutz aufweicht?
Nein, und solche Kompromisse sollte auch die EU nicht machen. Großbritannien muss als Drittland behandelt werden, sonst werden andere Mitgliedstaaten bald ähnliche Rabatte verlangen. Das schadet ihrer Integrität.

Wie beliebt ist ein No Deal-Brexit ohne Zugang zum europäischen Binnenmarkt bei der britischen Wirtschaft? Ihr droht infolge der Pandemie auch eine schwere Rezession.
Sie hat sich durch die EU ebenfalls oft eingeschränkt gefühlt. Die britischen Unternehmen setzen auf Freihandel und größtmögliche Flexibilität, es gibt weniger Steuern und weniger Regulierung als etwa in Deutschland. Das Land ist damit sehr erfolgreich. Bei der älteren Generation herrscht außerdem noch dieses Weltmacht-denken vor: Wir Briten sind besser, Britannia rule the world! Das wird mit großem Enthusiasmus gesungen. Die Angst vor einem No-Deal-Brexit ist hier tatsächlich nicht sehr groß.

Sie selbst haben von den Freiheiten in der EU sehr profitiert. In Hannover geboren, sind Sie 1990 ihres Mannes wegen nach Großbritannien gezogen und nun sogar Abgeordnete im Unterhaus. Wird es Biografien wie Ihre in Ihrer Wahlheimat bald nicht mehr geben?
Doch, ich glaube schon. Der Rückzug in die eigenen nationalen Grenzen wird langfristig keine Option sein. Der Brexit ist das letzte Hurra einer alten Weltanschauung, die meint, dass man nationale Identität bewahren kann. Die jüngere Generation will reisen, woanders leben, sich vernetzen. Mittelfristig wird die Welt globaler werden.

In der Corona-Krise besinnen sich die Staaten doch gerade wieder auf das Nationale. Jeder handelt für sich allein, die EU steht am Rand.
Corona wirft uns zurück, keine Frage. Vorher hätte ich gesagt, der Brexit ist in zehn, 20 Jahren Geschichte. Jetzt könnte er ein Rückschritt für lange Zeit sein. Vielleicht führt die Krise aber auch zu mehr internationaler Zusammenarbeit. Das jedenfalls ist die Hoffnung, die mich politisch motiviert.

Das Gespräch führte Johanna Metz. ||

Wera Hobhouse wurde in Deutschland geboren und lebt seit 1990 in Großbritannien. 2007 wurde sie britische Staatsbürgerin, seit 2017 sitzt sie für die Liberaldemokraten im Unterhaus. Dort ist die bekennende Brexit-Gegnerin Mitglied im Brexit-Ausschuss.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Brexit-Fan: Martin Hebner

Der Euro? Eine „Fehlkonstruktion.“ Die EU-Kommission? Ein unnötiger „Wasserkopf“. Die EU als Ganzes? „Eine mit deutschen Steuermilliarden finanzierte Schönwetter-Schimäre“. Harsche Kritik an der Europäischen Union ist man von der AfD gewohnt. Martin Hebner, AfD-Abgeordneter aus dem bayerischen Dießen am Ammersee, macht da keine Ausnahme. Im Gegenteil: Seit seinem Einzug in den Bundestag vor drei Jahren feiert der 61-Jährige als Mitglied des Europa-Ausschusses den EU-Austritt Großbritanniens und lässt keinen Zweifel daran, was er sich für die EU wünscht. „Wenn der Brexit ein Erfolg wird, ist das der Anfang vom Ende der EU“, zitiert er etwa auf Facebook den Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber (CSU), und kommentiert: „Viel Erfolg also, Britannien!“ Die Briten halten sich jetzt zu Recht die Kontrolle über ihr Land zurück, erklärt Hebner im Gespräch, das in Zeiten von Corona am Telefon stattfindet. „Die Corona-Krise zeigt es doch einmal mehr: Die EU ist handlungsunfähig. Was zählt, sind die Nationalstaaten“, betont der gebürtige Frankfurter mit weich und freundlich klingendem Zungenschlag. Von den so oft zitierten gemeinsamen europäischen Werten merke er in der Krise nichts: „Solidarität gibt es nur innerhalb der Länder, nicht länderübergreifend in der EU“, sagt Hebner. Gemeinschaft zeige sich nur in der Forderung nach Eurobonds und einer „Vergemeinschaftung der Schulden“, moniert der Ökonom und Diplom-Informatiker.

Neben der Migrationspolitik war es auch gerade die Kritik an der EU und ihrer Gemeinschaftswährung, die Hebner seine politische Heimat in der AfD finden ließ. Als Teilnehmer der Gründungsparlaments 2013 ist der selbständige IT-Berater Mitglied der ersten Stunde. Seine Kandidatur für den Bundestag hatten viele dennoch nicht auf dem Zettel: Überraschend landete der vierfache Familienvater, der sein Abitur in Augsburg machte und später an der TU München studierte, 2017 auf Platz eins



© DDT/Achim Melde

»Die Corona-Krise zeigt es einmal mehr: Die EU ist handlungsunfähig. Was zählt, sind die Nationalstaaten.«

der bayerischen Landesliste. Hebner, im Landesvorstand zuständig für Programmatik, werde zwar als „Buchhalter-Typ“ wahrgenommen, sei aber intern gut vernetzt, schrieb die Süddeutsche Zeitung. Seine Mehrheit soll er sich so auch im völkischen Flügel organisiert haben. Als „originärer Vertreter“ gilt der sachorientiert auftretende Hebner aber nicht, auch wenn er auf Facebook of-

fen mit dessen Wortführer Björn Höcke sympathisiert. In seinen Reden im Bundestag betont er, er stelle sich nicht grundsätzlich gegen Europa. Nationale Abschottung sei „Nonsense“ und „Verständigung“ zwischen den Staaten unerlässlich. „Wir sind weltoffen“, erklärt Hebner, der nach eigenen Angaben selbst lange Jahre im Ausland tätig war – unter anderem als Abteilungsleiter für die Deutsche Genossenschaftsbank, heute DZ Bank, in New York, Hong Kong und London. Das stärkste Argument für Europa sei der Binnenmarkt. Aber: „Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hätte gereicht, es braucht nicht die EU.“ Auch viele Briten, die beim Referendum über die EU-Mitgliedschaft 2016 für „leave“ gestimmt hätten, sähen das so, sagt Hebner. Seine Freunde in Cambridge etwa, mit denen er und seine Frau seit über 35 Jahren in engem Kontakt stünden, seien durchaus „in der Kultur Europas“ verhaftet. Er selbst bezeichnet Irland, wo er an der Westküste ein Haus besitzt, als „zweite Heimat“. Die Vorteile der Freizügigkeit in der EU offenkundig nutzend, ist sich Hebner dennoch sicher, dass es Großbritannien außerhalb der EU besser gehen werde. Da mag die Mehrheit der Ökonomen auf beiden Seiten des Ärmelkanals noch so eindringlich vor den negativen Folgen des Brexits warnen, das Vereinigte Königreich sei letztlich „besser off out“. Genauso wie Deutschland. In der Corona-Krise beschwört Hebner auf Facebook bereits das Ende der Europäischen Union: „Sie ist tot! Hoffentlich!“ Sandra Schmid ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
9. April 2020

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dörsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dörsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichts- und sonstige Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Weltreich unterm Union Jack

EMPIRE Das Vereinigte Königreich beherrschte die Weltmeere und war größte Kolonialmacht der Geschichte

Der Großvater von Queen Elizabeth II. konnte den Anspruch erheben, über das größte Kolonialreich der Menschheitsgeschichte zu herrschen. Vor nicht einmal 100 Jahren umfasste das britische Empire eine Fläche von knapp 34 Millionen Quadratkilometern und damit etwa ein Viertel der Landteile der Erde. 458 Millionen Einwohner waren zu diesem Zeitpunkt Untertanen King Georges V., bei dessen Krönung die Royal Navy vor der Küste Hampshires eine 1912 Flottenrevue abgehalten hatte und der als erster gekrönter Monarch nach Britisch-Indien gereist war, wo ihm tausende indische Fürsten und Würdenträger die Huldigungen entgegengebracht hatten. Das Empire war wie zuvor das Spanische Kolonialreich ein „Reich, in dem die Sonne nie untergeht“. Aber anders als etwa das Römische Reich war es kein abgeschlossener Großraum, sondern ein „Gebilde mit knotenhafte Verdickungen und unkontrollierten Zwischenräumen“, wie es der Historiker Jürgen Osterhammel beschrieben hat. Aus Überseebesitzungen, Handelsposten, kolonialen Eroberungen und Straf- und Siedlerkolonien wuchs ein Netz von Kronkolonien, Protektorat und Dominions, das von Kanada bis nach Australien, von Indien bis nach Südafrika reichte.

Pax Britannica Wie konnte der Archipel der Angelsachsen in der Nordsee zur weltumspannenden Kolonialmacht werden, die sich im 19. Jahrhundert der „Pax Britannica“ auf die Fahnen schreiben konnten, „über die Wellen zu herrschen“? Die Briten waren über Jahrhunderte Teil des europäischen „Konzerts der Mächte“, aber sie mieden enge Bündnisse, die sie im Kriegsfall zu Bestand verpflichtet hätten, betrachteten das europäische Geschehen aus ihrer insularen Halbdistanz. Im 19. Jahrhundert gab es dafür sogar einen eigenen Begriff: „splendid isolation“ – die „wunderbare Isolation“. Am Anfang des Aufstiegs zur Seemacht steht im 16. Jahrhundert eine Figur wie Francis Drake, ein Abenteurer, Entdecker und Weltumsegler, vor allem aber ein Freibeuter mit Kaperbrief im Dienste der Königin, der mit seinen Überfällen die Vorherrschaft der Spanier und Portugiesen auf den Weltmeeren

streitig machte und der einen Anteil daran hatte, dass eine spanische Invasion der britischen Inseln scheiterte. Im 17. Jahrhundert konzentrierten sich englische Kaufleute und Siedler zunehmend darauf, selbst eigene Gebiete und Handelsstützpunkte in der Karibik und in Amerika in Besitz zu nehmen. Begünstigt wurde der Aufstieg zu Seemacht von vielen Faktoren: Die Lage des Archipels am Ostrand des Atlantiks, Erfahrungen mit Küstenschiffahrt und Schiffsbau, eine Kaufmannschaft, die zur Finanzierung des Fernhandels das Geschäft mit Anleihen zu nutzen wusste, eine Regierung, die früh die Bedeutung einer schlagkräftigen Marine für den Überseehandel erkannte. Auch ein ausgeprägtes protestantisches Sendungsbewusstsein, Pioniergeist und die Bereitschaft, sich eine neue Heimat jenseits des Meeres zu suchen, spielten eine Rolle – wovon die „Mayflower“ 1620 nach Amerika aufbrachen, Zeugnis ablegt. Als 1688 mit Wilhelm von Oranien ein Niederländer den englischen Thron bestieg, teilten sich beide Nationen das profitable Geschäft in Asien. Die Niederländer übernahmen den Gewürzhandel in indonesischen Archipel, England den Textilhandel mit Indien – wobei sich dieses Geschäft als viel profitabler erweisen sollte. Lukrativ wurde zunehmend das Geschäft mit Zuckerrohr und Baumwolle, für das die 1672 gegründete Royal African Company Millionen Afrikaner versklavte und auf die Plantagen in der Karibik und Amerika verschleppte. In der Glorious Revolution 1688/1689 setzten sich die Gegner des Absolutismus auf der Insel endgültig gegen das englisch-schottische Stuartkönigtum durch. Im Unterschied zu den europäischen Mächten herrschte fortan kein Monarch nach eigenem Gutdünken auf dem Thron, sondern ein Staatsoberhaupt, das sich mit einem selbstbewussten Parlament und einer unabhängigen Justiz zu arrangieren hatte. Der Philosoph Thomas Hobbes hatte in seinem „Leviathan“ 1651 postuliert, dass sich die Macht der Krone nicht aus dem Gottesgnadentum herleite, sondern in einem Vertrag zwischen Herrschenden und Beherrschten gründe. Im Weltstreit mit den europäischen Mächten, etwa in der Konfrontation mit Frankreich im britisch-französischen Kolonial-

krieg, entwickelte sich diese Staatsauffassung zu einem entscheidenden Vorteil: Wo sich etwa französische Monarchen in die Verschuldung stürzten, um Kriegszüge und Verbündete zu finanzieren, garantierte in London ein Parlament für Rückzahlungen durch den englischen Staat. Nach 1800 hatte London Paris nicht nur bei der Zahl der Einwohner den Rang abgelaufen, es wurde mit Gründung der Börse als wichtigster Markt für Staatsanleihen und Aktien zum Motor britischer Expansion und zur globalen Schaltzentrale, in der sich die Geld- und Warenströme kreuzten, bis diesen Platz rund 150 Jahre später New York einnahm.

Unabhängigkeit Einen Wendepunkt bildet das Jahr 1776: Unter dem Motto „No taxation without representation“ pochten die englischen Siedlerkolonien in Amerika auf politische Mitsprache und erklärten schließlich – mit tatkräftiger Unterstützung aus Frankreich – ihre Unabhängigkeit, die die Briten 1783 anerkannten. Umso mehr verlagerte sich die Aufmerksamkeit nun auf den pazifischen Raum. Das „britische Jahrhundert“, die unbestrittene Hegemonie des Empires auf den Weltmeeren, währte von der Eroberung Indiens 1798 bis zum Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898, mit dem die USA die Weltbühne betraten. Auf dem indischen Subkontinent baute das Empire einen professionell verwalteten

Briten betrachteten das Geschehen aus der »wunderbaren Isolation« ihrer Inseln.

Kolonialstaat auf, dessen Generalgouverneur im Range eines britischen Vizekönigs amtierte. 1807 erklärte das britische Parlament den Sklavenhandel (nicht aber die Sklaverei) für illegal. Das hatte weitreichende Folgen: Die britische Navy erhielt den Auftrag, Sklavenhandel auf den Weltmeeren zu unterbinden und auch solche Schiffe aufzubringen, die nicht unter britischer Flagge segelten. Die „maritime Straßenpolizei“ (Joseph Schumpeter) diente im britischen Selbstverständnis jedoch nicht nur imperialen Interessen, sondern sollte allen zugutekommen. Das Empire betrachtete sich als Ordnungsmacht auf den Weltmeeren, die Wege frei- und Piraten fernhielt, Freihandel ermöglichte. Doch verstanden sich britische Diplomaten und Militärs ebenso darauf, Drohkulissen aufzubauen und Kanonenboote aufzubieten, um britischen Forderungen Nachdruck zu verleihen oder, wie in den Opiumkriegen mit China, militärisch einzugreifen, wenn sie auf Widerstand gegen die eigene Freihandelsdoktrin stießen. Die britische Expansion im „imperialen Jahrhundert“ fiel mit der industriellen Revolution zusammen – mit der Verbreitung der Dampfmaschinen und der Mechanisierung in den Fabriken, der Beschleunigung des Verkehrs und der Verdichtung der Kommunikation. Die Leistungsfähigkeit der briti-

schen politischen Institutionen und die Dynamik der britischen Wirtschaft, die weltumspannenden Handelsaktivitäten und die Überwindung der Sklaverei beförderten ein imperialistisches Selbstverständnis, als fortschrittlichste Nation auch eine Zivilisationsmission zu erfüllen. Als „weltumspannendes System kapitalistischer Ermöglichung“ (Osterhammel) schuf das Empire im 19. Jahrhundert wesentliche Grundlagen der auf Freihandel beruhenden kapitalistischen Weltordnung – mit ihren Vorzügen und ihren Schattenseiten. **Abstieg** Vor dem Ersten Weltkrieg zeigten sich die Grenzen imperialer Herrschaft der Briten. Neue Mächte wie die USA, Japan und Deutschland holten bei Industrialisierung und Welthandel auf und rüsteten ihre Flotten hoch. Nachdem Kanada sich bereits seit 1867 selbst verwaltet hatte, erhielten nun auch andere Kolonien wie Australien und Neuseeland als Dominions mehr Befreiheit. Mit der Übertragung der Mandatsgebiete ehemals deutscher und osmanischer Herrschaft durch den Völkerbund erreichte das britische Empire schließlich nach 1918 seine größte territoriale Ausdehnung. Der Zweite Weltkrieg, in dem sich ein Akt der Selbstbehauptung gegen das nationalsozialistische Deutschland stemmte, brachte das Empire nahe an den Staatsbankrott. Nach Jahrhunderten der europäischen Expansion zeichnete sich mit der Rivalität der neuen Supermächte USA und Sowjetunion nunmehr eine neue Weltordnung ab. Das verkomplizierte die Beziehungen zu den Kolonien, in denen schon seit

längerem der Ruf nach Unabhängigkeit laut geworden war. 1947 verfügte London die Teilung der Kolonie Britisch-Indien in zwei Staaten, die Indische Union und die Islamische Republik Pakistan. Beschleunigt wurde der britische Rückzug nach der Suezkrise 1956, die der Welt vor Augen führte, dass die einstige Weltmacht ihre Interessen nicht mehr gegen die USA durchsetzen konnte. In der Phase der Dekolonisierung zwischen 1945 und 1965 sank die Zahl der Untertanen der britischen Krone außerhalb des Insel-Königreichs auf fünf Millionen Menschen. Im Gegensatz etwa zu anderen Kolonialmächten verlief dieser Prozess – nicht immer und nicht überall – weitgehend friedlich. Den Schlusspunkt markierte die Zeremonie bei der Rückgabe Hongkong an China 1997, die Prince Charles als das „Ende des Empires“ bezeichnete. Die Tatsache, dass heute rund um den Globus 380 Millionen Menschen Englisch als ihre Muttersprache bezeichnen, das Englische als Lingua franca schlechthin gilt, ist ein Erbe des britischen Weltreiches. Ein anderes ist, neben der Idee des Freihandels, die Verbreitung der Errungenschaften der englischen politischen Kultur, die sich mit den Begriffen Rechtsstaat und Gewaltenteilung beschreiben lassen. Bei dieser Verfassungs-tradition können die Inselbewohner auf eine eng beschriebene Urkunde verweisen, die König Johann Ohneland auf einer Wiese an der Themse besiegelte und die den Titel Magna Carta Libertatum trug. Das war freilich im Jahre 1215, lange bevor das Land der Angelsachsen sich anschickte, ein Weltreich werden zu wollen. *Alexander Heinrich II*

Gullivers Reisen

AUSSENPOLITIK Mit dem Versprechen eines »Global Britain« will die britische Regierung alte Allianzen neu beleben

Das die Briten im Zweifel lieber in größeren Kategorien denken, kennt man aus ihrer Geschichte: Von einem „Great Britain“ war auf der Insel schon die Rede, lange bevor es in seiner heutigen Gestalt als Vereinigtes Königreich 1707 durch die Union der Parlamente von Westminster und Edinburgh überhaupt die Weltbühne betrat. Auch der Austritt des Landes aus der EU beflügelt heute manche Phantasie. Aus dem Brexit könne ein „Global Britain“ hervorgehen, das über die historischen Verbindungen zu den englischsprachigen Ländern USA, Kanada, Australien und Neuseeland zu neuer, weltumspannender Strahlkraft finden werde. Mit der Formel, dass ein neues „Global Britain“ das alte „Great Britain“ ersetzen könne, wollten seinerzeit Premierministerin Theresa May und ihr damaliger Außenminister Boris Johnson der Sorge entgegenreten, dass das aus der EU ausscheidende Land zu klein sein werde, um sich in der Welt zu behaupten. Kann es eine Nation mit der Größe und der Geschichte Großbritanniens gelingen, durch die Wiederbelebung alter Empire-Allianzen und einem Netz bilateraler Freihandelsverträge globaler, einflussreicher und schlagkräftiger zu werden? Oder könnte die britische Politik eher früher als später mit einem ganz anderen Szenario konfrontiert sein? Dass nämlich London global Hand-

lungsspielräumen verliert, weil es nicht mehr am EU-Tisch mitredet, sondern allenfalls noch entscheiden kann, ob es sich den dort getroffenen Beschlüssen anschließen möchte. Den Briten könnte es mit dem Brexit so ergehen wie Jonathan Swifts Romanfigur Gulliver: Soeben glücklich von den Fesseln in Liliput befreit, folgt das Erwachen in Broddingnag, dem Reich der Riesen. **Fürsprecher** Von dem in der Gegenwart vor allem mit sich selbst beschäftigten Land gingen in aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Fragen kaum Initiativen aus – von der Ukraine-Krise bis hin zu den Konflikten in Syrien, Libyen und Jemen. Auch für die „special relationship“, die historisch besonders engen Beziehungen zwischen dem Königreich und den USA, die auch im Brexit-Lager weiter hoch im Kurs sind, steht ein Belastungstest aus. Großbritannien könnte genau in dem Augenblick an Bedeutung für den transatlantischen Partner einbüßen, in dem es nicht mehr am EU-Verhandlungstisch sitzt. Mit der britischen Stimme verliert Washington nämlich einen wichtigen Fürsprecher an diesem Tisch. Große Hoffnungen richtet man im Brexit-Lager auf ein Freihandelsabkommen mit den USA, das sozusagen als Flaggschiff vergleichbarer Abkommen mit Partnern auf der

ganzen Welt verstanden wird. Dass von Augenhöhe kaum die Rede sein kann, zeigt aber die einfache Frage, welche Seite einem solchen Abkommen überhaupt eine besondere handelspolitische Dringlichkeit einräumt. Hinzu kommt die Tatsache, dass sich die britische Politik beim Klimaabkommen, beim Iran-Abkommen und bei der Frage der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem nicht wie die „Cousins“ in Amerika, sondern wie die Europäer positioniert hat. Auch in anderen zentralen sicherheitspolitischen Fragen liegen Großbritanniens Interessen oftmals näher an den Interessen der Europäer als jenen der USA – das gilt für die Herausforderungen der Nachbarschaft mit Russland ebenso wie für die Nachbarschaft mit dem Nahost- und dem Mittelmeerraum oder auch die Frage der europäischen Integration der Westbalkanländer. Statt eines „Global Britain“ könnte die britische Politik mit einer Wirklichkeit konfrontiert sein, in der sich das Land nach einem Brexit paradoxerweise nicht weniger, sondern noch stärker nach Europa orientiert. Unbestritten dürfte sein, dass das Nato-Mitglied als Atommacht, als UN-Vetomacht und mit einer anerkannt schlagkräftigen Armee seinen Anspruch auf eine Führungsrolle weiterhin untermauern kann – im Rahmen der Nato,

aber auch in europäischen militärischen Bündnissen außerhalb der EU-Strukturen (Europäische Interventionsinitiative), auch in informellen europäischen Gruppen wie die „Northern Group“, wo Großbritannien etwa Führungsanspruch für den Nordsee-Raum demonstrieren könnte. Aber: Gemessen an den Ambitionen eines „Global Britain“ fallen solche Initiativen eher europazentriert aus. Oder haben die Brexit-Befürworter am Ende doch das Commonwealth vor Augen, in dem die ehemalige Zentrale des Empires das Ruder übernimmt? Kann dieser heterogene und lockere Staatenbund von 54 Ländern ein außen- und sicherheitspolitischer Akteur werden? Selbst wer in der britischen Politik diese Frage mit Ja beantwortet, müsste dann ehrlicherweise auch skizzieren, welche Gründe etwa der kanadische Premier Justin Trudeau oder die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern haben sollten, sich einem „Global Britain“-Anspruch von Downing 10 und Foreign Office zu beugen. *ahf II*



„James Cook nimmt Besitz von Australien“. Darstellung von 1923 (Ausschnitt). Der englische Seefahrer unternahm ab 1768 drei Reisen durch den Pazifik. © picture-alliance/Heritage-Images



W eit über das Vereinigte Königreich hinaus versetzte die Eilmeldung, die am Abend des 5. April über die

Medien kam, viele Menschen in Schrecken. Der britische Premierminister war wegen seiner schweren Covid-19-Erkrankung in ein Londoner Krankenhaus eingeliefert worden. 24 Stunden später verlegten ihn die Ärzte auf die Intensivstation von St. Thomas, weil er unter Atemnot litt. Kurz vor Ostern wurde sein Gesundheitszustand als „stabil“ beschrieben.

In künftigen Biografien von Boris Johnson wird seine Erkrankung am Coronavirus eines der eindrücklichsten Kapitel sein in einer Lebensgeschichte, die auch so eindeutig zu den ungewöhnlichen Viten eines hochrangigen Politikers zählt. Der 55-Jährige gilt als einer der bekanntesten Vertreter seiner Zunft, weit über die britischen Grenzen hinaus. Und das schon lange bevor er im Juli 2019 endlich dort ankam, wo er immer hinwollte: in der Downing Street Nummer zehn. Seiner Schwester Rachel zufolge beantwortete der kleine Boris schon als Vierjähriger die Frage nach seinem Berufswunsch mit „Weltkönig“.

Dass Johnson ein großer Bewunderer von Winston Churchill ist, weiß man nicht erst seit der 2014 von ihm verfassten Biografie über das Vorbild. Die Corona-Krise gilt als Johnsons „Churchill-Moment“. Ob der Vergleich der Herausforderung einer Pandemie in Friedenszeiten mit der Kriegsgefahr durch Hitler-Deutschland 1940 angebracht ist, bleibt eine subjektive Einschätzung. Aber so wie Churchill im Mai vor 80 Jahren zwischen Appeasement und Konfrontation entscheiden musste, so war auch Johnson im März 2020 zu einer Richtungsentscheidung gezwungen. „Er hatte den riesigen und beinahe rücksichtslosen moralischen Mut zu erkennen, dass der Kampf schrecklich werden würde, aber dass sich zu ergeben schlimmer wäre. Er hatte Recht“, schreibt Johnson in erwähnter Biografie über die entscheidende Sitzung von Churchills „War Cabinet“.

Churchill wurde gleich nach Kriegsende bei der ersten Unterhauswahl im Juli 1945 abgewählt. Auch bei Johnson werden die Wähler am Ende das Urteil fällen, ob er bei der Bewältigung der Pandemie zu zögerlich war. Kritiker meinen, dass er den geografischen Vorteil der Britischen Inseln, zeitlich einige Wochen hinter der Corona-Pandemie auf dem Kontinent zu liegen, fahrlässig verspielt habe. Noch am 19. März verkündete der Tory-Parteichef in einer Pressekonferenz in der Downing Street scherzend, „das Coronavirus kann bald seine Taschen packen“. Die Bürger sollten weiter Händewaschen und möglichst von zu Hause arbeiten. Vier Tage später leitete seine Regierung umfangreiche Ausgangsbeschränkungen ein, nachdem eine Studie bei Weiterführung dieser laxen Maßnahmen bis zu 250.000 britische Corona-Tote prognostiziert hatte.

Überzeugter Liberaler „Boris ist kein Anarchist, aber er ist zuallererst und grundsätzlich ein Liberaler“, sagt Guto Harri, Johnsons langjähriger Kommunikationschef im Bürgermeisteramt von London. „Letztlich hat er bewiesen, dass er schwerwiegende Restriktionen für den Alltag der Leute durchsetzen kann. Aber das entspricht nicht seinem Naturell.“

In „City Hall“ war Johnson von 2008 bis 2016 Hausherr. Vor seiner Wahl hatten viele Beobachter dem als blonden „Snob“ verschrien Tory, der in seinen leichtfüßigen „Telegraph“-Kolumnen auch vor rassistischen Kommentaren nicht scheute, keine

Der Weltkönig

PORTRÄT Weil er den Briten nichts verbieten wollte, zögerte Boris Johnson lange in der Corona-Krise. Die Wähler werden darüber irgendwann ihr Urteil abgeben



Boris Johnson (Mitte) Ende März bei einer Videokonferenz zur Ausbreitung des Corona-Virus. Selbst erkrankt, musste er sich zunächst in Isolation begeben. Später kam er auf die Intensivstation des St. Thomas' Hospitals.

Chance gegen den Labour-Bürgermeister Ken Livingstone gegeben. Johnson aber gewann, und wurde das exzentrische und weltoffene Gesicht der Metropole.

Vom liberalen Londoner Bürgermeister wechselte Johnson 2016 müheolos in das Pro-Brexit-Lager. Es ist keine Unterstellung, dass er sich mit der Führung dieser Kampagne eine Chance auf die große Karriere in der Konservativen Partei versprach – was drei Jahre später genau so kommen sollte. Sowohl sein Vater Stanley, ein ehemaliger EU-Beamter, als auch seine Schwester Rachel und sein Bruder Jo setzten sich derweil vehement für den Verbleib in der Europäischen Union ein. Der Johnson-Clan wurde mithin ein Spiegelbild der gespaltenen britischen Nation, die noch viele Jahre über den Brexit streiten wird. Möglicherweise wird Johnson irgendwann sogar den Bruch des Vereinigten Königreichs verantworten müssen, sollten sich Schottland und Nordirland tatsächlich abspalten.

Für die nähere Zukunft aber ist der EU-Austritt Nebensache. Eton- und Oxford-Absolvent Johnson könnte die Übergangsphase womöglich sogar wegen der Corona-Krise über das Jahresende 2020 hinaus verlängern. Zunächst muss der Vater von demnächst sechs Kindern versuchen, die absehbar gravierenden Folgen für sein Land einzudämmen. Parlamentarisch zumindest hat er dazu Vollmacht. Bei den Unterhauswahlen am 12. Dezember 2019 hatten die Konservativen 80 Sitze Mehrheit errungen, ihr bestes Ergebnis seit 1987.

Große Versprechen Seinen Sieg hatte Johnson einer für seine Partei ganz neuen Anhängerschaft zu verdanken – den einstigen Labour-Stammwählern im Norden Englands. Seine Regierung werde ein „people's government“ sein, eine Regierung aller Leute, versprach er nach seinem Triumph. Das Vertrauen der neuen Wähler wollte Johnson mit riesigen Investitionen

und damit neuen Arbeitsplätzen in lange Zeit vernachlässigten Teilen des Königreichs abgeben. Ganz untypisch für einen Tory-Premier hatte er schon vor der Corona-Krise staatliche Eingriffe in Unternehmen angekündigt und gegen den Protest der Parteifreunde Milliarden für Infrastrukturprojekte durchgesetzt, die langfristig Regionen außerhalb Londons zugutekommen sollen. Selbst die Erhöhung von Steuern, für wahre britische Konservative eine Sünde, schloss er nicht aus. Die Corona-Pandemie hat hinter jegliche Pläne ein großes Fragezeichen gesetzt. In den Tagen vor Ostern 2020 galt für die ganze Nation und besonders für Johnson, dessen Verlobte Carrie Symonds im Frühsommer das erste gemeinsame Kind erwartet, vor allem eines: Gesund zu werden, gesund zu bleiben.

Stefanie Bolzen

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

Londoner Trümpfe, Brüsseler Risiken

STIMMEN Kann der Brexit ein Erfolg werden?

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber, hält den Brexit für einen „historischen Fehler“, Ex-Kommissionschef Jean-Claude Juncker nannte ihn den „Höhepunkt einer kontinentalen Tragödie“. Auch Ökonomen warnen seit dem Referendum von 2016 vor dramatischen Folgen für die britische und europäische Wirtschaft; Cartoons zeigen die Briten auf hoher See, ihr Schlauchboot umkreist von Haien, oder auf dem Mond als einsame Aliens, die sich den Brexit ungeachtet der Ödnis um sie herum noch schönreden: „Well, we manage perfectly well outside the EU“ - Wir kommen außerhalb der EU perfekt zurecht, nicht wahr?

Ganz klar, für die EU und die Brexit-Kritiker im Vereinigten Königreich ist der EU-Austritt ein Desaster, ein selbstzerstörerisches Experiment, eine Art russisches Roulette mit Wirtschaft und Arbeitsplätzen.

Für Premierminister Boris Johnson war die Brexit-Nacht vom 31. Januar hingegen der „Moment, in dem der Morgen anbricht und der Vorhang für einen neuen Akt unseres nationalen Theaterstücks aufgeht“. Johnson stellte Erneuerung und Wandel in Aussicht – bei der Verbrechensbekämpfung, im Bildungs- und Gesundheitssystem, der Infrastruktur. Auch in der Diplomatie, beim Kampf gegen den Klimawandel und im Freihandel werde das Königreich „Muskeln wieder entdecken, wie wir jahrzehnelang nicht benutzt haben“.

Zukunft als Steuerparadies Johnsons Muskelspiele treffen in Brüssel spürbar auf den falschen Nerv. Doch könnte der Premierminister Recht behalten? Kann der Brexit Großbritannien tatsächlich zu neuer Stärke verhelfen?

Der Publizist Wolfram Weimer, Verleger des Meinungs- und Debattemagazins „The European“, gehört zur Minderheit derjenigen, die das für möglich hält. „Jetzt kommt das „große Singapur in der Nordsee“, titelte er Anfang Februar und malte das Bild eines Steuerparadieses mit niedrigen Sozial- und Umweltstandards sowie gezielten Anreizen, um Finanzkonzerne, Forschung und multinationale Unternehmen anzulocken. Nicht zuletzt spare das Land die jährlichen EU-Beiträge – ganze neun Milliarden Euro – und müsse für etwaige EU-Rettungsschirme nicht mehr haften und zahlen.

Allerdings, betont Weimer, beruhe Johnsons Optimismus darauf, dass er sich mit der EU im Jahr 2020 auf ein weitreichendes Freihandelsabkommen verständigen kann. Das aber scheint angesichts der fortschreitenden Corona-Pandemie und dem Ausfall des selbst schwer an Covid 19 erkrankten Premierministers immer unrealistischer. EU-Finanzhilfen zur Abfederung der Corona-Folgen kann London ebenfalls nicht mehr erwarten – in einer der schwersten Krisen des Kontinents seit 1945

steht London ziemlich allein da. „Wohin die Waagschale letztlich zeigen wird, werden wir erst in einigen Jahren sehen“, meint daher Hessens Europaministerin Lucia Puttrich (CDU). Dennoch hält auch sie eine erfolgreiche Entwicklung Großbritanniens außerhalb der EU für möglich. „Es gibt Interessen von außen, den Brexit zu einer Erfolgsgeschichte zu machen, um so die europäische Einigkeit zu schwächen“, sagt sie dieser Zeitung. Von daher könne Großbritannien kurzfristig auf diese Partner bei der Erschließung neuer Märkte und in anderen Bereichen bauen. „Man darf auch nicht vergessen, dass das Commonwealth ein globales Netzwerk ist, was sicherlich auch eine wirtschaftliche Bedeutung hat. Großbritannien ist also ohne die Einbindung in die EU keineswegs verloren.“ Im Gegenzug, betont Puttrich, verliere es jedoch eine Vielzahl von Vorteilen, etwa den Zugang zum Binnenmarkt, die Arbeitneh-

merfreizügigkeit – und letztlich auch ein Stück gemeinsames Vorgehen in einem Krisenfall wie jetzt bei Corona.

Unbestreitbare Vorteile Für den Wirtschaftswissenschaftler Daniel Stelter ist „unstrittig, dass die Briten einige Trümpfe in der Hand halten: Universitäten mit Weltruf, Weltsprache, liberales Wirtschaftssystem, Welt-Finanzplatz“. Damit könnten sich wuchern, „vor allem wenn sie sich regulatorisch und wirtschaftspolitisch von der EU absetzen“. Auch ohne Wiedergeburt des Commonwealth sei zudem „unzweifelhaft, dass die gemeinsame Sprache und Kultur des angelsächsischen Raums Kooperationen fördert und erleichtert“.

Für die EU bedeute der Brexit indes eine „existenzielle Gefahr“. Sie versage seit Jahren bei zwei zentralen Versprechen, meint Stelter: der Schaffung von Wohlstand – das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in der Eurozone deutlich langsamer gewachsen als in anderen Regionen der Welt – und der Steuerung der Migration. „In beiden Dimensionen kann Großbritannien zeigen, wie es besser geht.“

EVP-Fraktionschef Weber sieht ungemütliche Zeiten auf die Union zukommen: „Wenn der Brexit gefühlt ein Erfolg wird, dann ist er der Anfang vom Ende der EU“, sorgte er sich im Januar im „Welt“-Interview und warnte, dieser dürfe nicht zum Stichwortgeber für EU-Skeptiker wie Marine Le Pen in Frankreich oder Viktor Orban in Ungarn werden. Lucia Puttrich sieht die EU in Zugzwang: Noch könne zwar niemand seriös vorhersagen, ob der britische Weg sich als erfolgreich und kopierbar erweist. Denn die europäische Idee werde sich im Zuge der Corona-Krise, aber auch im Lichte des Brexits weiterentwickeln. „Fest steht“, betont Puttrich, „auch wir müssen bereit sein, uns zu verändern, damit dies nie wieder geschieht.“

Johanna Metz

»In Brüssel kursiert schon die Sorge vor einem Singapur an der Nordsee.«

Wolfram Weimer, Verleger

»Großbritannien ist ohne EU-Einbindung keineswegs verloren.«

Lucia Puttrich, Europa-ministerin von Hessen

Das geteilte Königreich

UNION In den autonomen Landesteilen Nordirland, Wales und Schottland wird der Ruf nach einer Loslösung vom britischen Zentralstaat immer lauter

Mit dem Brexit am 31. Januar hat sich vorerst wenig geändert. Doch die Folgen werden in den kommenden Jahren zu spüren sein, vor allem auf der irischen Insel und in Schottland. Die mit unterschiedlichen Autonomierechten ausgestatteten Landesteile haben beim Referendum mehrheitlich für den Verbleib in der EU gestimmt. In Schottland ist infolge des Brexits inzwischen eine Mehrheit für die Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich. Auch die Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland rückt seit dem Wahlerfolg von Sinn Féin im Februar auf die Tagesordnung.

Für die Brexit-Befürworter der regierenden Konservativen Partei spielt das keine Rolle, auch wenn sie offiziell „Conservative and Unionist Party“ heißt. Laut Umfragen würden sie das Auseinanderfallen des Vereinigten Königreichs als Preis für den Brexit in Kauf nehmen. Premierminister Boris Johnson hat sich zwar im September 2019 zum Minister für die Union ernannt; einen Posten, den es bisher in Großbritannien nicht gab. Dass man ihn geschaffen habe, sei ein sicheres Zeichen dafür, dass diese Union in Schwierigkeiten stecke, schrieb der politi-

sche Kommentator Fintan O'Toole. Doch hohe Priorität genießt das Thema in London offenbar nicht: Johnson hat zehn Millionen Pfund zur Verfügung gestellt, um die Union zu stärken. Für die Vorbereitungen auf einen harten Brexit will er hingegen 8,3 Milliarden Pfund ausgeben.

Nordirland In Nordirland stimmten beim Referendum 2016 55,8 Prozent der Wähler für einen Verbleib in der EU. Die größte Partei, die Democratic Unionist Party (DUP), hatte vorher als einzige nordirische Partei für den Brexit geworben. Ihre Begeisterung über den Ausgang des Referendums ist aber längst der Ernüchterung gewichen. Unter der Vorgängerin von Premier Boris Johnson, Theresa May, genossen die zehn DUP-Unterhausabgeordneten eine Sonderstellung, denn sie hielten die Tories an der Macht, als diese nach der vorgezogenen Wahl 2017 ihre absolute Mehrheit verloren hatten. Seit dem klaren Wahlsieg von Boris Johnson im vergangenen Dezember ist die DUP jedoch entbehrlich und ihre Verhandlungsposition geschwächt. Die Unionisten wollen an der Einheit mit dem Rest Großbritanniens festhalten und fürchten eine Wiedervereinigung mit Irland. Auch eine Zollgrenze in der Irischen See, also zwischen Großbritannien und Nordirland, lehnen sie ab. Doch die hat Johnson, zum Ärger der DUP nun zumindest vorübergehend eingerichtet.

Damit erfüllt der Premier eine Voraussetzung für den Brexit-Deal mit der EU: das Verhindern einer harten Grenze zwischen Irland und Nordirland. Immer wieder wird dabei auf das Friedensabkommen von 1998 verwiesen (siehe Stichwort), das den gewaltsamen Konflikt zwischen Nationalisten und Unionisten in Nordirland beendete. Zwar steht darin gar nicht ausdrücklich, dass es keine Grenze in Irland geben darf – damals hatte niemand damit gerechnet,

dass das Vereinigte Königreich einmal aus der EU austreten würde –, aber sinngemäß heißt es, dass nichts unternommen werden dürfe, was den Friedensprozess in Gefahr bringen könnte. Dass eine harte Grenze in Irland unweigerlich zum Wiederauflammen des Konflikts, der im Laufe von fast 30 Jahren mehr als 3.500 Menschen das Leben gekostet hat, führen wird, wie immer behauptet, ist allerdings nicht sehr wahrscheinlich. Die

große Mehrheit der Bevölkerung hat daran kein Interesse, hat sie sich doch an ruhige Zeiten gewöhnt. Viel eher denkbar ist inzwischen eine Wiedervereinigung von Irland und Nordirland. EU-Chefunterhändler Michael Barnier betonte bereits, dass Nordirland dabei „auf die Unterstützung der EU zählen“ könne. Nordiren mit irischem Pass – und das sind inzwischen weit über die Hälfte – könnten EU-Bürger bleiben und hätten in der gesamten Europäischen Union Niederlassungsrecht.

Sollte es irgendwann zur Vereinigung mit der Republik Irland kommen, wäre Nordirland automatisch wieder vollwertiges EU-Mitglied, garantierte er. Für eine Wiedervereinigung spricht, dass die Katholiken in Nordirland, die sich oft als Iren definieren, demnächst in der Mehrheit sein werden. Außerdem ist auch gemäßigten Unionisten ein vereinigtes Irland lieber als der Brexit. Bei den Parlamentswahlen in der Republik Irland siegte im Februar außerdem die in beiden Teilen Irlands aktive Partei Sinn Féin, einst Untergrundorganisation der terroristischen IRA. Sie befürwortet eine Einigung und hat im Wahlkampf angekündigt, binnen fünf Jahren eine Abstimmung darüber anberaumen zu wollen.

Republik Irland Die beiden konservativen Parteien Fianna Fáil („Soldaten des Schick-

sals“) und Fine Gael („Stamm der Gälern“), die Irland seit der Unabhängigkeit vor rund hundert Jahren abwechselnd regiert haben, hatten im Wahlkampf vor allem auf die Auswirkungen des Brexits gesetzt und sich dafür gerühmt, eine harte Grenze auf der Insel verhindert zu haben. Das aber stieß bei den Wählern auf weniger Interesse als die Themen von Sinn Féin: Obdachlosigkeit, hohe Mieten und das katastrophale Gesundheitssystem.

Schottland Schottland ist schon einen Schritt weiter als die irische Insel. 62 Prozent haben hier für den Verbleib in der EU gestimmt, das Unabhängigkeits-Referendum soll nächstes Jahr stattfinden. Hatten sich im September 2014 noch 55 Prozent der Schotten für den Verbleib im Vereinigten Königreich ausgesprochen, haben sich die Mehrheiten nach dem Brexit gedreht. Die separatistische Scottish National Party (SNP), die in Edinburgh die Regionalregierung stellt, war neben den Tories zudem die große Gewinnerin der Parlamentswahlen vom Dezember vorigen Jahres. Für deren Chef Nicola Sturgeon ist der Kurs klar: „Boris Johnson hat ein Mandat, England aus der EU zu führen, aber ich habe ein Mandat, Schottland eine alternative Zukunft zu bieten.“

Der Autor ist freier Korrespondent für Irland und Großbritannien.

> STICHWORT

Nordirland-Konflikt und Karfreitagsabkommen

> **Parteien** Am 10. April 1998 zwischen den Regierungen Irlands und Großbritanniens sowie den nordirischen Parteien geschlossen, beendete es den seit 1969 währenden Nordirlandkonflikt.

> **Inhalt** Die Republik Irland verzichtete darin auf die bis dato in der Verfassung verankerte Wiedervereinigung mit Nordirland. Die paramilitarischen Gruppen beider Seiten wurden entworfen, außerdem gab es eine Amnestie für die Kämpfer.

> **Grenzregelung** Mit dem Brexit drohten alte Konflikte wieder aufzubrechen durch eine dann entstehende „harte“ Grenze zwischen Nordirland und dem EU-Mitglied Irland. Großbritannien und die EU haben sich daher auf eine Zollgrenze in der Irischen See geeinigt. Die Nordiren verlieren damit ihre Rechte als EU-Bürger. Sie fürchten wegen der komplizierten Regeln für den Warenverkehr außerdem Schäden für ihre Wirtschaft.



© picture-alliance / Mariusz Smiejek/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Eine Art Neustart

DEUTSCHLAND Die Verbindungen zu Großbritannien gehen weit zurück. Nach dem Brexit müssen sich die bilateralen Beziehungen aber erst einmal wieder sortieren.

Wenn Maïke Bohn über ihre Wahlheimat spricht, klingt sie schwärmerisch. Als sie vor 26 Jahren nach Großbritannien gegangen ist, sei es „tiefe Liebe gewesen“. Sie habe vorher auch in Frankreich gelebt; auch dort sei es schön gewesen. „Aber England war einfach mein Land.“ Inzwischen aber hadert Bohn mit dem Vereinten Königreich: „Mein Heimatgefühl ist ehrlich gesagt ziemlich problematisch geworden.“ In den drei Jahren seit dem Brexit-Votum habe sich im Land vieles verändert – und zugleich liege vieles offen, das immer schon da gewesen sei, sie aber nicht zur Kenntnis genommen habe: „Mir ist jetzt erst wirklich klar geworden, wie unfair das politische System ist, was für ein scharf getrenntes Klassensystem es hier gibt. Man hat das früher vielleicht als englische Besonderheit belächelt, aber wenn man es am eigenen Leib erfährt, wird es doch sehr bedeutend.“ Zu erleben, mit wie vielen Lügen der Kampf um den Brexit geführt worden sei, wie schwer es sei, Politiker für ihre Trickserei zur Verantwortung zu ziehen, und wie wenig ausgewogen die Medienlandschaft sei: All das habe tiefe Spuren hinterlassen, sagt Bohn. „Und es ist ja immer so im Leben: Wenn man jemanden liebt, ist die Enttäuschung umso tiefer, wenn man feststellt, dass man viele Dinge übersehen hat.“ Wo sie lange Jahre zu Hause war, sei sie jetzt als EU-Ausländerin Bürgerin zweiter Klasse. „Das Wort ‚immigration‘ ist inzwischen ex-

trem negativ besetzt. Und so, wie viele Politiker wie etwa Boris Johnson immer wieder gegen Ausländer stänkern, wird uns deutlich klargemacht, dass wir nicht wirklich gewollt sind.“ Um ihre Rechte zu wahren, hat sie die Kampagne „3Millions“ ins Leben gerufen und kämpft beharrlich um Gehör. Liebe und Enttäuschung: Das sind die Pole, zwischen denen das Verhältnis zwischen Deutschen und Briten häufig kreist. Wer Experten nach Qualität und Geschichte der Beziehungen befragt, bekommt immer wieder ein Wort zu hören: Ambivalenz.

Personalunion Es gab und gibt zwischen Deutschland und den Vereinigten Königreich immer wieder besonders freundschaftliche und besonders schwierige Phasen. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die Verbindungen weit zurück gehen. Schon im 5. Jahrhundert siedelten die Angelsachsen aus dem Norddeutschen Tiefland in Großbritannien, im Mittelalter intensivierten sich die Kontakte durch deutsche Hansekaufleute in London. 1714 bestieg Georg Ludwig, Kurfürst in Hannover, den Thron von Großbritannien und Irland. Von dieser Personalunion zeugen bis heute Straßen in Großbritannien, die nach deutschen Städten oder Persönlichkeiten benannt sind. Im Kampf gegen Frankreich in den Revolutionären und Napoleonischen Kriegen kämpften deutsche und britische Soldaten gemeinsam gegen die „französische Tyrannei“; die deutsche Legion des Königs war Teil der britischen Armee. Den Kampf um Waterloo 1815 gewann man gemeinsam.



Umstrittenes Tor im legendären WM-Finale zwischen England und der Bundesrepublik 1966: in Wembley: Nicht nur im Fußball blickt das deutsch-britische Verhältnis auf eine bewegte Geschichte zurück.

100 Jahre später stellte der „Hannoversche Courier“ betrubt fest, der Verbündete aus jener Zeit sei „heute unser eingeschworener Feind“. Zwei Weltkriege machten aus Freunden Gegner – und auch noch lange nach der deutschen Niederlage 1945 wurden die Deutschen im Vereinten Königreich als unverwundliche Nazis wahrgenommen, die die Vorherrschaft über Europa anstrebten. Die Zeit, in der in britischen Medien „alle fünf Minuten der Krieg wieder hervorgeholt wurde“, um die Deutschen zu diskreditieren, sei noch gar nicht allzu lange vorbei, sagt die Historikerin Tanja Bültmann, die seit zehn Jahren an der Universität in Newcastle lehrt. Die



König Georg I. begründete 1714 die Personalunion zwischen Großbritannien und dem Haus Hannover

deutsche Wiedervereinigung löste im Königreich erneut Sorgen um das deutsche Machtstreben aus. Wirklich verändert habe sich das Bild auf Deutschland mit der Fußball-WM 2006, sagt Bültmann und erfährt dabei vollste Zustimmung von Maïke Bohn: „Da wurde zum ersten Mal wirklich von vielen Briten zur Kenntnis genommen, dass Deutschland sich verändert hat und ein modernes, offenes Land ist.“ Alles hätte so schön sein können – wäre nicht der Brexit gekommen, der die Differenzen beider Staaten hinsichtlich einer europäischen Kooperation unter Aufgabe nationaler Souveränität final offenlegte.

Schockierte Partner Der Ausstieg der Briten habe viele deutsche Partner nachhaltig schockiert, sagt Jens Zimmermann, SPD-Bundestagsabgeordneter und Vize-Vorsitzender der deutsch-britischen Parlamentariergruppe. Viele seiner deutschen Kollegen hätten den Ausstieg der Briten erst wirklich akzeptiert, als Boris Johnson 2019 mit klarer Mehrheit zum Premierminister gewählt wurde. „Bis dahin haben viele gedacht, es gebe noch irgendeine Hintertür und das würde nicht wirklich passieren. Zu begreifen, dass es wirklich so ist, das hat dann schon eine Art Neustart in den deutsch-britischen Beziehungen ausgelöst.“ Die müssen nun aber deutlich intensiver gepflegt werden, da die regelmäßigen Treffen auf EU-Ebene zwischen Regierungschefs und Ministern künftig entfallen. Der vom CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen angeregte Freundschaftsvertrag

zwischen beiden Staaten sei zwar mittelfristig eine gute Idee, aktuell sei es dafür aber zu früh. „Wir brauchen jetzt erst einmal andere Formate“, sagt Zimmermann. Noch aber sei die Regierung Johnson zu neu, als dass man sagen könne, welche das sein werden. Ganz sicher sei wichtig, die Königswinter-Konferenz, die seit 1950 jährlich von der deutsch-britischen Gesellschaft für den gemeinsamen Austausch organisiert wird, dafür in den Blick zu nehmen. Weil es auch mit der britischen Handelskammer in Deutschland und einer Reihe von Städtepartnerschaften guten Kontakt gebe, sei ihm grundsätzlich nicht bange um die bilateralen Beziehungen. Etwas weniger optimistisch ist in dieser Frage Jana Puglierin, Referentin beim Thinktank European Council on Foreign Relations (ECFR). Insbesondere in der Corona-Krise sei es für Deutschland wichtig, sich mit den anderen EU-Staaten abzustimmen. Schon in den Brexit-Verhandlungen vor Corona habe Deutschland sich bemüht, „die bilateralen Verhandlungen nicht zu dominant werden zu lassen; die Prioritäten liegen ganz klar auf einem europäischen Verhandlungsansatz“. Es gebe zwar Bestrebungen um deutsch-britische Abkommen insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik; für Berlin aber

stehe ein Ausstiegsabkommen über das künftige Verhältnis des Königreichs zur EU vornan. Dessen Ausgestaltung wird auch die künftigen Wirtschaftsbeziehungen beider Länder bestimmen. Gerhard Krauss, einer der beiden geschäftsführenden Gesellschafter der delta-Pronatura-Gruppe, die in Deutschland und Großbritannien Pflege- und Reinigungsmittel produziert, wartet seit Jahren auf Erkenntnisse, wie der Handel künftig gestaltet werden soll. Geschehe das lediglich nach WTO-Standards, drohten ein deutliches Mehr an Bürokratie und – überschaubare – Zölle. Zur Unsicherheit über die Formalitäten komme die Sorge vieler Produktionsmitarbeiter in Großbritannien, die aus anderen EU-Staaten stammten. „Die machen sich Sorgen, unter welchen Bedingungen sie künftig drüben leben und arbeiten werden, da gibt es viel Verunsicherung“, so Krauss. Als vor drei Jahren die Entscheidung für den Brexit gefallen sei, hätte er „niemals geglaubt, dass wir heute immer noch nicht wissen, nach welchen Regeln der erfolgen wird“. Inzwischen habe er sich eine alte britische Regel zu eigen gemacht: „Keep calm and carry on.“ **Susanne Kailitz**

»Deutschlands Prioritäten liegen klar auf einem europäischen Ansatz.«

Jana Puglierin, Politikwissenschaftlerin

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.

»Mir erschien das einfach zu unberechenbar«

STAATSBÜRGERSCHAFT Viele EU-Ausländer sorgen sich um ihre künftigen Rechte in Großbritannien

Seit 26 Jahren lebt Christiane Read in Großbritannien. Die gebürtige Thüringerin hat hier drei Söhne bekommen und arbeitet als Lehrerin an einer internationalen Schule. Darüber, mit welchem Status sie in ihrer Wahlheimat lebt, hat sie immer mal wieder nachgedacht: „Aber wir hatten nie die 2.000 Pfund übrig, die es kosten würde, die britische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Und es hat ja auch nie wirklich eine Rolle gespielt.“ Das Umdenken kam vergangenes Jahr mit der Wahl Boris Johnsons zum britischen Premierminister. „In dem Moment war der Gedanke da: Ich sollte das doch machen. Mir erschien das einfach zu unberechenbar.“ Zwar hat die britische Regierung nach dem Brexit-Referendum immer wieder betont, dass auch nach dem Ausstieg aus der Europäischen Union deren Bürger im Land willkommen seien und jeder, der bisher im Vereinigten Königreich gelebt habe, dies auch nach der am 31. Dezember 2020 endenden Übergangsphase tun dürfe. Nach den bisherigen Regeln können EU-Ausländer bis zum 30. Juni 2020 den sogenannten „Settled Status“ beantragen, der ihnen Zugang zu öffent-

lichen Einrichtungen, dem Arbeitsmarkt, dem öffentlichen Gesundheitssystem und Schulen gewährt. Auch wer einen Job anstrebt oder eine Wohnung anmieten will, braucht diese Aufenthaltsgenehmigung. Rund 3,6 Millionen EU-Bürger leben in Großbritannien, darunter etwa 300.000 Deutsche, wie Experten schätzen. Genaue Zahlen gibt es nicht, weil die Verwaltung kein Einwohnermelderegister führt. „Wir sollen die gleichen Rechte haben wie vorher“, sagt Christiane Read, „aber ich bin mir da nicht so sicher. Man sieht ja jetzt in der Corona-Krise, wie überlastet das Gesundheitssystem ist. Wer weiß, was daraus noch wird.“ Bis zur Wahl Johnsons habe sie immer noch gehofft, „dass die Vernunft siegt“, inzwischen halte sie aber alles für möglich – viel zu unvorbereitet sei der Premier ins Amt gestolpert. Er habe es zu seinem Anliegen gemacht, die Einwanderung zu reduzieren, und den Ausländern im Land immer wieder suggeriert, sie seien nicht willkommen. Sie habe deshalb entschieden, sich nun doch um die britische Staatsbürgerschaft zu bemühen. Nach Deutschland zurückzugehen, das komme nicht in

Frage. „Aber ich möchte hier auch ruhig leben können, wenn ich 70 bin.“ Der Schritt, Briten zu werden, kommt wohl nur für eher weniger EU-Ausländer im Königreich in Frage. Bisher hätten fast drei Millionen Menschen den Antrag auf die Aufenthaltsgenehmigung gestellt, heißt es von der Regierung, nur extrem wenige seien abgelehnt worden. **»Settled Status« via App** Auch Uta-Maria Caron hat sich um den „Settled Status“ beworben. Seit sieben Jahren lebt die gebürtige Chemnitzerin nahe London. Für ihren Job bei Google pendelt sie zwischen der britischen Hauptstadt und Dublin. „Da hat sich bisher nichts geändert, aber es kann sein, dass es irgendwann wieder Kontrollen bei der Einreise nach Irland geben wird.“ Die Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, sei ganz einfach gewesen: „Wir haben das über eine App gemacht. Das ging ganz schnell, nach drei Tagen kam die Bestätigung.“ Sie werde sich „auf keinen Fall“ um die britische Staatsbürgerschaft bemühen – sie wisse zwar nicht, was die Zukunft bringe, wolle aber „auf keinen Fall in Großbritannien alt werden“ und denke immer wieder darüber nach, zurück nach Deutschland zu gehen. Wie die EU-Ausländer mittelfristig im Vereinten Königreich leben werden, ist momentan wie so vieles nicht wirklich klar.

Die Bedenken, dass sie vielleicht doch nicht die gleichen Rechte haben werden wie die Briten und die EU-Institutionen dann nichts mehr für sie tun können, sind groß. Daher kämpfen Initiativen wie „3Millions“ für ihre Interessen; eine Lenkungsgruppe im Europäischen Parlament setzt sich für ihre Rechte ein und hat mehrere Entschuldigungen und Erklärungen zum Schutz der Bürgerrechte abgegeben. **Deutscher Pass beantragt** Auch Alex Yendell beobachtet mit großer Skepsis, was in seiner Heimat geschieht. Der Religionssoziologe, der als Sohn eines britischen Vaters in Deutschland geboren ist und derzeit in Münster lebt, hat am Tag nach dem Referendum die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt. Im Zweifel gewähre ihm der deutsche Pass besser die Freizügigkeit, dort zu arbeiten und zu leben, wo er wolle – und niemand wisse, wo in Großbritannien die Reise hingehe. „Dort findet gerade ein Abgang auf die politische Kultur und demokratische Traditionen statt, der mir Sorge bereitet.“ **suk**

»Ich möchte hier auch ruhig leben können, wenn ich 70 bin.«

Christiane Read, deutsche Lehrerin in Großbritannien

Anzeige

Wie gehen wir als Gesellschaft mit zukünftigen Gefahren um?



Handeln vor der Katastrophe als politische Herausforderung
Mehr Vorsorge durch die Governance von Risiken

Von Dr. Christine Prokopf
2020, 366 S., brosch., 79,- €
ISBN 978-3-8487-6489-1
(Sicherheit und Gesellschaft, Freiburger Studien des Centre for Security and Society, Bd. 13)

Wie gehen wir als Gesellschaft mit zukünftigen Gefahren um? Die Idee der Risikogovernance kann politisches Handeln normativ auf Katastrophenvorsorge statt auf die Bewältigung von Katastrophen ausrichten. Doch obwohl sich Risiko als Begriff in der Politik verbreitet, gelingt der Wandel bisher kaum.

eLibrary www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei online unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



Es ging nicht um Großbritannien, und dennoch spielte der Brexit bei der Videokonferenz unterschwellig eine Rolle. Ende März entbrannte zwischen den Finanzministern der Eurozone eine heftige Diskussion um mangelnde Solidarität zwischen Nord- und Südeuropa. Italien drängte angesichts der Corona-Krise auf Hilfe, die der niederländische Finanzminister Wopke Hoekstra abbürstete mit dem Hinweis, Rom hätte in den vergangenen Jahren eben besser wirtschaften sollen.

Hier brach nicht nur ein alter Streit auf, wie er während der Eurokrise schon geführt worden war. Bei der Diskussion der Minister übernahmen die Niederlande die Rolle des Landes, das auf Haushaltsdisziplin setzt – eine Rolle, die in der EU über Jahrzehnte Großbritannien inne hatte.

Dessen Abschied aus der Europäischen Union verändert vieles in der Gemeinschaft. Mit Großbritannien hat der drittgrößte Mitgliedsstaat die Union verlassen, der für wirtschaftlichen Liberalismus und Pragmatik stand. Die Union muss sich neu sortieren, aber anders als vor allem von kleineren Ländern erwartet dominieren bisher Deutschland und Frankreich nicht das Geschehen. Die Niederlande hatten als Gegengewicht sogar eine Gruppe gleichgesinnter Länder um sich geschart und die „Hanse-Liga“ gegründet. Aber noch zeigt sich nicht, dass die beiden größten Länder die Führung übernommen hätten.

Als Großbritannien offiziell am 31. Januar aus der EU austrat, gab es in Brüssel durchaus Beamte, die darauf erleichtert reagierten. Ein schwieriger Partner hatte die Union verlassen. Der große Einschnitt blieb allerdings aus. London ist bei den Sitzungen von Arbeitsgruppen, Ministern und Regierungschefs im Rat der EU nicht mehr vertreten. Aber in Großbritannien gilt in der Übergangsphase, die nach jetzigem Kenntnisstand bis zum Jahresende dauert, weiterhin EU-Recht. Und in der EU-Kommission sind weiterhin britische Beamte beschäftigt, die indes nicht mehr mit einer großen Karriere rechnen können, weil ihnen die Unterstützung ihrer Heimat fehlt.

Schleichender Abschied Großbritanniens Abschied von der EU hatte sich über eine lange Zeit schleichend vollzogen. Seit dem Brexit-Referendum im Juni 2016 spielte die britische Regierung in den großen Debatten auf EU-Ebene keine große Rolle mehr. „Damit verschärfte sich ein Trend, der schon vorher begonnen hatte“, sagt ein erfahrener EU-Beamter. Die Vollendung des Binnenmarktes in den 1990er Jahren war ein Projekt, das Großbritannien ebenso mitgetragen hat wie die Osterweiterung 2004. In der Finanzkrise und der folgenden Eurokrise nahm Großbritannien als Nicht-Euro-Land dagegen die Rolle des Zuschauers ein. Die Eurokrise schien manchen für der Insel geradezu ein Beweis für die Mängel der EU, deren Kernprojekt Währungsunion nur in dramatischen Nachtsitzungen gerettet werden konnte. Der Brexit hat keine Nachahmer gefunden – anders als zunächst befürchtet. Er könne „nicht ausschließen, dass der britische Austritt Lust auf mehr machen würde in anderen Ländern“, sagte der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker kurz vor dem britischen Referendum im Juni 2016. Doch die schwierigen Austrittsverhandlungen haben EU-Mitgliedsstaaten gerade die Vorteile der EU vor Augen geführt – nicht nur die Rückflüsse aus dem EU-Haushalt, sondern auch den Zugang zum Binnenmarkt, die Teilnahme am Erasmus-Austauschprogramm für Studenten und Auszubildende oder etwa die gemeinsame Medikamentenzulassung. Teil einer größeren Gemeinschaft zu sein spart Geld. „Der Brexit ist das beste Folgenabschätzungsprogramm und gute Werbung für die EU“, stellt ein hoher EU-Beamter fest. Der EU geht mit dem Austritt des drittgrößten Mitgliedsstaates freilich auch einiges verloren. Zum Beispiel ein Land mit Spitzenforschung. Kein anderes Land der Union erhielt so viel EU-Förderung für Forschung, was an der Exzellenz der eingereichten Projekte lag. Britische Universitäten waren ein beliebtes Ziel von Erasmus-Studenten. Beides ließe sich über eine Kooperation beibehalten. Die müsste aber erst noch ausgehandelt werden. Der EU kommt auch Expertise im Bereich Außenpolitik abhandeln. Großbritanniens Diplomaten genießen traditionell einen sehr guten Ruf. Als Land mit permanentem Sitz im UN-Sicherheitsrat verfügt das Vereinigte Königreich in der Außenpolitik über Gewicht. Andererseits hat London die Zusammenarbeit in der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung in der Vergangenheit systematisch blockiert. Eine verstärkte Kooperation wird ohne die Briten künftig einfacher sein. Dabei will Frankreichs Prä-



Für die Europäische Union ist der Brexit ebenso ein Einschnitt wie für Großbritannien.

© picture-alliance/abaca

sident Emmanuel Macron freilich von Großbritannien Expertise weiter profitieren. Er hat einen neuen Europäischen Sicherheitsrat vorgeschlagen, der die Insel in Zukunft einbinden würde.

Streit um Rabatt Der Brexit hat für die EU auch finanzielle Folgen. Großbritannien gehörte zu den Nettozahlern; künftig fehlt der britische Beitrag in Höhe von rund neun Milliarden Euro netto im Jahr. Die Lücke war ein Grund, warum es den anderen EU-Mitgliedsstaaten bisher nicht gelungen ist, sich auf einen Mittelfristigen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 zu verständigen. Auch auf die Struktur des EU-Haushalts hat der Brexit Auswirkungen. Die Briten erhielten bisher einen Rabatt auf ihren Beitrag, weil sie überdurchschnittlich geringe Rückflüsse verzeichneten. Weitere Länder wie Deutschland bekommen ebenfalls einen Rabatt, der nun entfallen soll. Die Bundesregierung wehrt sich dagegen, weil dadurch die Überweisungen nach Brüssel stark ansteigen würden.

Als sich die Briten für den Austritt entschieden, saß der Schock in Brüssel so tief, dass von einem Neustart die Rede war. Auf einem Sondergipfel im September 2016 wurde ein Fahrplan für eine Erneuerung der Union beschlossen, der freilich nie die erhoffte Dynamik entfaltete. Auch wenn der Brexit die 27 verbliebenen Mitgliedsstaaten nicht so spaltete, wie das manche befürchteten, reichte die Kraft nicht für Grundsatzdebatten. Das Tagesgeschäft nahm schlicht zu viel Aufmerksamkeit in Anspruch. „Die EU sollte die Gelegenheit nutzen, um die Gründe des britischen Austritts zu hinterfragen, und sich entsprechend reformieren“, mahnt Rosa Balfour, Direktorin der Denkfabrik Carnegie Europe. Die Corona-Krise macht es nun allerdings noch unwahrscheinlicher, dass solche Debatten stattfinden werden. Denn die EU wird sich auf absehbare Zeit im Krisenmodus befinden.

Silke Wetzach

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

Scharmützel nach der Scheidung

BEZIEHUNGEN Noch ist ein harter Brexit nicht vom Tisch

Die dritte Verhandlungsrunde hätte Anfang April stattfinden sollen. Nach dem EU-Austritt Großbritanniens Ende Januar sollten Vertreter beider Seiten in Brüssel die künftigen Beziehungen ausloten. Doch in der EU-Hauptstadt läuft der Politbetrieb genauso wie in London in diesen Tagen nur in sehr gedämpfter Form. Die Corona-Pandemie hat beide Verhandlungsführer erreicht. Sowohl EU-Chefunterhändler Michel Barnier als auch sein britischer Kollege David Frost sind wegen Covid-19 in Selbstisolation. Und Großbritanniens Premier Boris Johnson musste ins Krankenhaus.

Noch ist überhaupt nicht abzusehen, wie es mit den Gesprächen von EU und Großbritannien weitergeht. Einen Termin für die dritte Runde gibt es so wenig wie für die weiteren Treffen, die im Mai und Juni abwechselnd in Brüssel und London geplant waren. Der Kontakt über den Kanal sei nicht abgerissen, heißt es aus der EU-Kommission.

Aber Videokonferenzen, wie sie EU-Minister und Regierungschefs in diesen Tagen nutzen, kommen für die Brexit-Unterhändler nicht wirklich in Frage. Rund jeweils hundert Beamte gehören auf beiden Seiten zum Team. Eine Videoschleife wäre ein schlechter Ersatz für persönliche Treffen. „Die Coronavirus-Pandemie macht einen ohnehin schon ehrgeizigen Zeitplan noch komplizierter“, sagt der deutsch-schottische Europaabgeordnete David McAllister (CDU), der die Großbritannien-Kontaktgruppe des EU-Parlaments leitet. Sein Rat: „Unter den gegebenen Umständen sollte London eine Verlängerung sorgfältig untersuchen.“ Bisher hat sich der britische Premierminister einem Verlängerungsantrag heftig widersetzt. Er hatte mit dem Versprechen, den Brexit so schnell wie möglich hinter sich zu lassen, im Dezember die Wahl gewonnen und will die Verbindung zur EU schnell kappen. Eine Verlängerung müsste er bis Ende Juni beantragen.

Unverbar Schon vor der Corona-Pandemie hatten die Beteiligten mit schwierigen Gesprächen gerechnet. EU-Handelskommissar Phil Hogan sprach nach der ersten Verhandlungsrunde Anfang März von „Eröffnungsscharmützeln“, wie man sie vom körperbetonten irischen Nationalsport Hurling kenne.

Die beiden ersten Treffen zeigten einen Grundkonflikt. Boris Johnson will einen möglichst weitreichenden Zugang zum Binnenmarkt der EU, ohne sich deren Regeln zu unterwerfen. Die EU pocht dagegen auf die Einhaltung der im Binnenmarkt geltenden Sozial-, Umwelt- und Klimastandards. Beide Positionen lassen sich nicht miteinander verbinden. Frankreich fordert sogar, dass London auch künftige EU-Standards übernehmen soll. Eine solche dynamische Anpassung der Regulierung passt jedoch überhaupt nicht zu Johnsons Versprechen, dass Großbritannien künftig selbst über sein Schicksal entscheidet. Die britische Position birgt Widersprüche. Großbritannien will die Zollunion mit der

EU verlassen, damit das Land Freihandelsabkommen mit anderen Ländern wie den USA abschließen kann. Gleichzeitig will London aber einen Zugang zum EU-Markt ohne Zölle und Quoten, über den nicht einmal Kanada verfügt, das ein sehr weitreichendes Freihandelsabkommen mit der EU ausgehandelt hat.

Johnson setzt große Hoffnungen auf ein Abkommen mit den USA, unterschätzt dabei aber die unterschiedliche Verhandlungsmacht beider Seiten. „Die USA sind bereit, schnell ein Abkommen abzuschließen, aber zu ihren Konditionen, die Chlorhühner und geringer Zugang bei Finanzmärkten enthalten werden“, heißt es dazu in Brüssel. Britische Unterhändler haben in Brüssel zu verstehen gegeben, sich vorstellen zu können, dass britische Produzenten unterschiedlichen Regeln – je nach Absatzmarkt – einhalten würden. Ein Landwirt würde dann in einem Teil seiner Farm Hühner nach

den strengeren EU-Regeln für den europäischen Markt aufziehen und in einem anderen Teil die weichereren US-Regeln einhalten. Bei den Gesprächspartnern in Brüssel hat das für Irritation gesorgt.

Starke Position Auf dem Papier hat die EU beim Thema Handel eine starke Position. Großbritannien ist mehr von der EU abhängig als umgekehrt. Rund 46 Prozent der britischen Ausfuhren gehen in die EU, aber nur rund 17 Prozent der EU-Ausfuhren nach Großbritannien. Gleichwohl ist ein harter Brexit immer noch nicht vom Tisch. Wenn beide Seiten nicht zueinander finden, dann würde der Handel nach den Regeln der Welthandelsorganisation stattfinden. Johnson und sein Unterhändler haben anklagen lassen, dass die Vorstellung eines harten Brexit sie nicht schreckt. In Brüssel wird schon darüber spekuliert, dass die Londoner Regierung an Zolleinnahmen interessiert sein könnte, die dann in den britischen Haushalt fließen würden.

Jenseits des Themas Handel geht es bei den Gesprächen zu den künftigen Beziehungen um eine Vielzahl von Fragen, etwa zur Zusammenarbeit im Bereich Äußeres und Sicherheit. Zwei Themen sind besonders dringend. So wollen die Europäer den Zugang zu den britischen Fischereigründen erhalten. Die EU hat ein Fischereiabkommen bis Juli 2020 gar zur Bedingung für weitere Gespräche gemacht. Länder wie Frankreich und die Niederlande haben ein großes Interesse, dass ihre Fischer weiter vor den britischen Küsten fangen können. Zugleich haben die Europäer mit dem Zugang zu ihren Finanzmärkten einen echten Trumpf im Verhandlungsspektrum, denn London will seinen Finanzdienstleistern auch weiterhin den Zugang zum europäischen Markt sichern. Die EU entscheidet darüber alleine.

Wie schnell die EU den Trumpf allerdings ausspielen kann, weiß niemand. Die Corona-Krise sorgt für Unwägbarkeiten in einem ohnehin komplexen Prozess. tt

Ohne Einigung würde der Handel nach den Regeln der Welthandelsorganisation stattfinden.

Wichtige Zusammenarbeit mit ungewisser Zukunft

INNERE SICHERHEIT Bei der weiteren Gestaltung ihrer gemeinsamen Verbrechens- und Terrorbekämpfung steht für London wie für Brüssel einiges auf dem Spiel

Großbritanniens EU-Austritt droht die Sicherheit beiderseits des Ärmelkanals zu beeinträchtigen. Ob und wie die Zusammenarbeit bei Strafverfolgung und Terrorbekämpfung weitergeht, ist unklar – und das Misstrauen wächst.

Artikel 8 des Austrittsabkommens ist so kurz wie klar: „Das Vereinigte Königreich verliert die Zugangsberechtigung für alle Netzwerke, Informationssysteme und Datenbanken“ der EU, sobald die Übergangsfrist nach dem Brexit endet. Damit ist die Zusammenarbeit zwischen Briten und EU in Sachen Verbrechensbekämpfung Ende Dezember in ihrer jetzigen Form Geschichte – wenn es bis dahin kein Abkommen über die künftigen Beziehungen gibt, das auch die Kooperation bei Strafverfolgung und Terrorismusbekämpfung umfasst. Dieser Zeitplan galt schon vor der Coronavirus-Krise als äußerst ambitioniert. Dennoch lehnt es die britische Regierung bisher strikt ab, die Übergangsfrist zu verlängern, in der London praktisch EU-Mitglied

ohne Stimmrecht bleibt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will sich deshalb bis Jahresende auf die Themen konzentrieren, „bei denen ohne Abkommen der größte Schaden droht“.

Wichtiger Austausch Ob dazu die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung gehört, ist zweifelhaft. Denn bisher spielte sie neben Themen wie Handelszöllen oder der Nordirland-Frage bestenfalls eine Nebenrolle im Brexit-Drama. Im Ende 2019 geschlossenen Austrittsabkommen taucht sie praktisch nicht auf. In der begleitenden politischen Erklärung stehen nur einige vage Absichtserklärungen, etwa, dass man die Bedingungen einer künftigen Zusammenarbeit bei der Strafverfolgungsbehörde Europol und der Justizbehörde Eurojust prüfen will. Das Kapitel „Datenaustausch“ nennt zwar den Abgleich von Erbgut-, Fahrzeug- und Fingerabdruck-Daten und den Austausch von Flugpassagierdaten, doch kein Wort darüber, wie genau dies geregelt werden soll. Noch weniger ist, wie die Zusammenarbeit bei noch wichtigeren EU-Instrumenten laufen soll: dem Europäischen Haftbefehl, dem Schengener Informationssystem (SIS) und dem Europäischen Strafregister-Informationssystem (ECRIS).



Terroristische Bedrohungen machen vor nationalen Grenzen nicht halt: Straßenszene im Februar 2020 nach einem Anschlag in London

© picture-alliance/dpa

Der britischen Regierung ist der Zugang zu den EU-Datenbanken immens wichtig, wie britische Politiker und Diplomaten deutlich machen. Das hat seine Gründe. Die zweite SIS-Generation etwa enthält die Daten von Terrorverdächtigen, Waffen und mehreren Zehntausend Personen, die mit Europäischem Haftbefehl gesucht werden. Über sie können sich die Schengen-Staaten dank SIS II in Echtzeit austauschen. 2019

verzeichnete das System fast 6,7 Milliarden Anfragen, davon allein 570 Millionen aus Großbritannien. Nur Spanien und Frankreich nutzten SIS II intensiver. Die Interpol-Datenbanken, auf die London ohne Einigung mit der EU zurückfiel, bieten nur einen Bruchteil dieses Umfangs. SIS II, warnte der Tory-Politiker Timothy Kirkhope bereits kurz nach dem Brexit-Referendum, sei „absolut lebenswichtig“ für den

Informationsaustausch. Zu verlieren hat indes auch die EU, da die Briten ihrerseits viele Daten in SIS II einspeisen: 2018 erklärte ihr damaliger Innenminister Sajid David, Großbritannien zähle zu den drei Ländern mit den meisten SIS-II-Beiträgen. Folgenreich wäre auch ein britischer Ausstieg aus ECRIS, mit dem EU-Staaten teils automatisiert Informationen aus ihren nationalen Strafregistern austauschen können – was ohne das System ein Vielfaches an Zeit dauern würde. Der Europäische Haftbefehl wiederum erleichtert Festnahmen und Auslieferungen, da er in der gesamten EU gilt. Dabei dauert eine Auslieferung nach Angaben des britischen Institute for Government im Durchschnitt 48 Tage. Mit der Europäischen Auslieferungskonvention von 1957 – die ohne Einigung zwischen London und Brüssel gelten würde – kann es Jahre dauern.

Ob es eine solche Einigung geben wird, steht dahin – was nicht nur am Zeitdruck liegt. Der International Centre for Counter-Terrorism in Den Haag etwa weist darauf hin, dass bisher noch nie versucht wurde, einen weitreichenden Datenaustausch im Sicherheitsbereich zwischen der EU und einem Drittstaat zu organisieren. Erschwerend hinzu kommt das Dogma der britischen Regierung, sich künftig keine

europäischen Regeln mehr halten zu wollen. So hat Premierminister Boris Johnson die EU-Kommission Anfang März darüber informiert, dass er die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) nicht mehr formell anwenden will. Das könnte enorme Folgen haben. Denn die Position der EU dazu ist klar: Sollte sich London von der EMRK verabschieden, ist es mit der Zusammenarbeit in der Strafverfolgung sofort vorbei – so steht es im Entwurf des Abkommens über die künftigen Beziehungen, das EU-Chefunterhändler Michel Barnier Mitte März vorgelegt hat.

Höhere Gewalt Kann unter diesen Umständen ein Abkommen zustande kommen, das EU und Vereinigtes Königreich auch nur annähernd auf heutigem Niveau gemeinsam Verbrecher und Terroristen jagen lässt? Zumindest bis Jahresende dürfte das schwierig, wenn nicht unmöglich sein. Ausgerechnet die Coronavirus-Krise gibt indes Anlass zur Hoffnung: Solch höhere Gewalt könnte der britischen Regierung einen gesichtswahrenden Weg bieten, doch noch eine längere Übergangsphase zu beantragen.

Markus Becker

Der Autor ist „Spiegel“-Korrespondent in Brüssel.





Die Briten wursteln fort

RECHT Die ungeschriebene Verfassung des Königreichs setzt auf Tradition und Wandel – und hat sich auch während des Brexits bewährt

Debatte im britischen Parlament: Die Parliamentsouveränität ist der wichtigste Grundsatz der ungeschriebenen Verfassung.

© picture-alliance/AP Photo

Muddle through“, zu Deutsch „fortwursteln“, so hat einst der Rechtsphilosoph Gustav Radbruch die Maxime der britischen Politik bezeichnet. Worauf trübe diese Beschreibung besser zu als auf den Brexit? Die dreieinhalb Jahre zwischen Referendum und Austritt zeichnen sich in Großbritannien in erster Linie durch die Abwesenheit eines großen Plans aus. Sie waren stattdessen geprägt von nächtlichen Sitzungen, Notlösungen, kurzfristigen Kalkülen und ebenso kurzfristigen Entscheidungen.

Evolutionär Das „Fortwursteln“ kennzeichnet jedoch nicht nur die Politik, sondern auch die Verfassung Großbritanniens. Die Briten verzichten seit jeher auf eine abgeschlossene, geschriebene Verfassung. Ihre Verfassung heißt Tradition. Sie entstammt nicht einem einmaligen Akt der Verfassungsgebung, sondern einer langen evolutionären Entwicklung. Statt aus einer einheitlichen Verfassungsurkunde ergibt sie sich aus zu unterschiedlicher Zeit erlassenen Parliamentsgesetzen, aus Regeln des richterrechtlichen Common Law und nicht zuletzt aus Konventionen. Letztere entwickeln sich aus der Staatspraxis und können – auch wenn sie nirgendwo mit Gesetzeskraft fixiert werden – ein hohes Maß an Verbindlichkeit erlangen. Dass die Queen stets diejenige Person zum Premierminister ernannt, die am meisten eine Mehrheit der Unterhausab-

geordneten hinter sich weiß, ist beispielsweise unumstößlich, steht aber nirgends auf Papier.

Zugleich ist die britische Verfassung auf stetige Fortentwicklung angelegt. Ihr wichtigster, wenn nicht gar einziger Grundsatz ist die Parliamentsouveränität: Was das Parlament als Gesetz beschließt, das gilt. Ein höheres Recht, das den Gesetzgeber bindet, gibt es nicht. Die Verfassung ist deshalb auf stete Aktualisierung im politischen Prozess angewiesen und sie zugleich angelegt. Sie überlässt es weitgehend der Politik selbst, verfassungsrechtliche Maßgaben zur Geltung zu bringen, aber auch weiterzuentwickeln oder zu verändern. Man spricht von einer „politischen Verfassung“ – im Gegensatz etwa zum Grundgesetz als einer Verfassung, die rechtliche Vorgaben festlegt und diese gerichtlich durchsetzbar macht. Vergangenheit und Gegenwart, Normativität und Faktizität gehen so eine komplexe und unauflösbare Verbindung ein.

Auf diese Weise hat die britische Verfassung seit der „Glorreichen Revolution“ von 1688/89 ihren Kern behalten und sich doch stetig, aber immer schleichend fortentwickelt. Das gilt für die Einführung des Premierministeramts im 18. Jahrhundert und die Ausweitung des demokratischen Wahlrechts im 19. und frühen

20. Jahrhundert ebenso wie für die Errichtung von Regionalparlamenten in Schottland, Wales und Nordirland in den späten 1990er Jahren. Zur jahrhundertalten Verfassungsidentität des Vereinigten Königreichs gehört damit von vornherein als fester Bestandteil, ja als notwendige Bedingung auch der Verfassungswandel. Dass hier die deutsche Staatsrechtswissenschaft hingegen nach 70 Jahren Grundgesetz noch immer auf der Suche nach einem Konzept ist, hat die Debatte um die „Ehe für alle“ und den Ehe-Begriff im Grundgesetz eindrücklich gezeigt. Der Grund liegt auf der Hand: Wo es wie in Großbritannien keine formelle Verfassung gibt, dort gibt es auch keine formelle Verfassungsänderung. Verfassungswandel und Verfassungsänderung sind dasselbe.

Der Brexit war stets nur eine politische Krise – und keine Krise der Verfassung.

Keine Krise Der Brexit hat die britische Verfassung auf eine Bewährungsprobe gestellt. Doch entgegen mancher Rede von einer Verfassungskrise hat sie ihre Funktion erfüllt. Der Brexit war stets nur eine politische Krise. Das Verfassungsrecht bot den Politikern die nötigen Kompetenzen und Verfahren, um „fortzuwursteln“. Es lag an den politischen Umständen und dem Verhalten des verantwortlichen Personals, dass sich der innerbritische Entscheidungsprozess zu einem immer größeren Chaos auswuchs. Ein systemisches

Problem zeigte sich dabei nicht in der Verfassung, sondern anderswo. Der Brexit hat auf drastische Weise offengelegt, wie schwer sich ein parlamentarisches Regierungssystem tut, wenn die Regierung keine stabile Parlamentsmehrheit hinter sich weiß. Zuerst, weil die konservative Partei innerlich gespalten war, nach der Wahl von 2017 dann auch, weil die Tories nicht mehr die Mehrheit der Abgeordneten stellten. Erst die deutliche Mehrheit an Parliamentssitzen, die Boris Johnson bei der Wahl im Dezember 2019 einfahren konnte, sorgte für klare Verhältnisse.

Die britische Verfassung hat den Herausforderungen standgehalten. Die Gewaltenteilung blieb nicht nur aufrechterhalten, das Parlament ist sogar gestärkt worden. Zunächst pochte der Supreme Court, das oberste Gericht Großbritanniens, darauf, dass die Verantwortung für die Austrittsentscheidung nicht bei der Exekutive, sondern bei der Legislative liegt. Das Parlament schaffte es dann, sich ein Mitspracherecht bei der Frage des Abkommens mit der EU zu sichern. Freilich bedurfte es dafür manches prozeduralen Kniffs. Doch gerade hier zeigte sich die Funktionsweise der britischen Verfassung. So konnte John Bercow, der damalige Speaker des Unterhauses, einerseits unter Berufung auf eine jahrhundertalte Regel darauf pochen, dass die Regierung von Theresa May denselben Deal nicht beliebig oft zur Abstimmung stellen durfte. Und andererseits konnte er es den Abgeordneten erlauben, selbst über ihre Tagesordnung zu bestimmen – entgegen der ständig angewandten Norm,

wonach jene von der Regierung festgelegt wird. Die britische Verfassung ermöglichte es so, den Grundsatz der Parliamentsouveränität auch gegen eine langjährige Staatspraxis durchzusetzen. Diese beiden Entscheidungen des Speakers verkörpern auf eindrückliche Weise die spezifische Mischung aus Tradition und Flexibilität, die die ungeschriebene britische Verfassung ausmacht. Sie lässt sich weder reduzieren auf „Das haben wir schon immer so gemacht“ noch auf „Wir können immer tun, was wir gerade wollen“.

Die in den vergangenen Jahren mancherorts verstärkte erhobene Forderung nach einer Kodifizierung der britischen Verfassung erscheint vor diesem Hintergrund schon deshalb als unangebracht, weil das bisherige Regelwerk funktioniert. Darüber hinaus würde eine bloße Verschriftlichung nicht die von vielen gewünschte Klarheit bringen. Eine Regel wird nicht dadurch inhaltlich bestimmter, dass man sie auf Papier schreibt – das Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts legen dafür ein beredtes Zeugnis ab. Für mehr Bestimmtheit bräuhete es präzisere, letztlich neue Regeln. Doch als verheißungsvoller „constitutional moment“ ist der Brexit denkbar ungeeignet. Wie sollte sich ein Land denn gerade im Mo-

ment seiner größten Spaltung eine Verfassung geben?

Unter der Regierung Johnson wird deshalb das maßgebliche verfassungsrechtliche Thema nicht Kodifizierung, sondern Gewaltenteilung lauten. Einen Vorschmack, der es in sich hatte, gab es bereits voriges Jahr, als Johnson das Parlament in die Zwangspause schicken wollte – und vom Supreme Court gestoppt wurde. In den kommenden Jahren wird es zentral um die Macht der Exekutive und die Kontrollbefugnisse der Judikative gehen. Die Regierung, unterstützt von einer Minderheit der Rechtswissenschaft, hat die Richter als neuen Störfaktor ausgemacht. Es geht zum einen im Allgemeinen um die verwaltungsrechtliche Kontrollrichte, die wieder reduziert werden soll, zum anderen im Speziellen um den Human Rights Act, der die Europäische Menschenrechtskonvention für Großbritannien umsetzt und auf den die Tories es schon seit längerem abgesehen haben. Man wird sehen, wohin diese Form des „taking back control“ führen wird. Eines ist sicher: Die Briten wursteln fort.

Roman Kaiser

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Medizinrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Augsburg.

Eine Regel wird nicht dadurch inhaltlich bestimmter, dass man sie auf Papier schreibt.

Der Tradition verpflichtet

WESTMINSTER Wo der Speaker zum Stuhl gezerrt wird

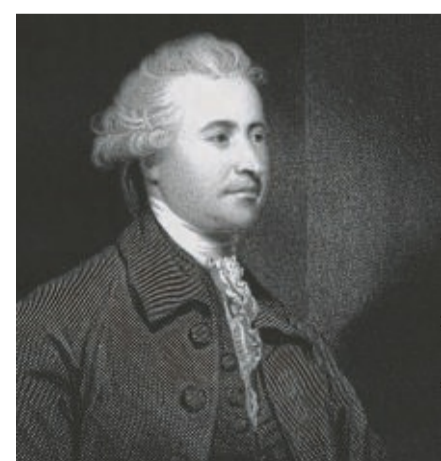
Die Befragung der Bundesregierung gehört nicht zu den Highlights der Sitzungswoche. Trotz einiger Reformen samt Kanzlerinbefragung scheint sich manch Abgeordneter und manch politische Kommentatorin nach britischen Verhältnissen. Denn wenn im Westminster Palace in London der Regierungschef zur „Prime Minister's Questions“ antritt, dann fliegen sehr unterhaltsam und rhetorisch hochwertig die Fetzen. Die Insel blickt auf eine jahrhundertlange Geschichte des Parlamentarismus zurück, der sich in Abhängigkeit und Abgrenzung zur Monarchie entwickelte. Das ist bis heute institutionell im Oberhaus (House of Lords) oder in gewöhnungsbedürftigen Ritualen zu beobachten. Beginnt beispielsweise eine neue Sitzungsperiode, fahren die Briten die Queen, zeremoniellen Pomp und eine Durchsuchung des Kellers von Westminster auf. Letztere hat ihren Ursprung in dem erfolglosen Versuch britischer Katholiken, während der Parliamentsöffnung am 5. November 1605 den protestantischen Monarchen – samt Parlament – in die Luft zu jagen. Seitdem lässt die Krone Vorsicht walten. Rabiat geht es zu, wenn ein Speaker gewählt wird: Er (oder – sehr selten – sie) wird von Abgeordneten zum Stuhl gezerrt, weil der Amtsinhaber einst die undankbare

Aufgabe hatte, den gern zornigen Monarchen die Position des Parlaments zu vermitteln. Dabei hat der Speaker ein hohes Maß an Autorität – um Reden zu dürfen, bemühen sich die Abgeordneten durch ein zügiges Aufstehen im richtigen Momente seine Aufmerksamkeit zu bekommen („Catching the Speaker's eye“). Dabei hilft es angeblich, den relativen rigiden Dresscode des Parlaments einzuhalten.

Bedeutsamer Kolben Die Macht des Monarchen wirkt auch gegenständig: Das Unterhaus kann überhaupt nur tagen und Gesetze verabschieden, wenn ein besonderer Streitkolben („The Mace“), der jeden Sitzungstag in einer feierlichen Prozession in den Saal getragen wird, auf dem dazu passenden Tisch liegt. Nimmt ein Abgeordneter das dekorative Kriegsgewehr von seinem Platz, gibt es Tumult. Zuletzt griff der Labour-Abgeordnete Lloyd Russell-Moyle Ende Dezember 2018 aus Protest gegen die Regierungspolitik während einer Brexit-Debatte beherzt nach dem Objekt. Er wurde für den Sitzungstag ausgeschlossen. So viel Skurrilität lädt eigentlich britischen Humor geradezu ein. Das ist aber verboten. Fernsehbilder aus dem Parlament dürfen grundsätzlich nicht satirisch verarbeitet werden. scr

Die Französische Revolution auf der Insel

GESCHICHTE In der Debatte um die Umwälzungen treten moderner Konservatismus sowie Feminismus auf



Früher Konservativer: Edmund Burke



Frühe Feministin: Mary Wollstonecraft

hatte, sah in den Umwälzungen eine Fortsetzung der Glorious Revolution von 1688 und rechtfertigte die radikale Absetzung des Königs.

Das sah Edmund Burke (1729-1797) gänzlich anders. Der irisch-britische Politiker, langjähriges Mitglied des Unterhauses für die liberalen Whigs, nahm die Ausführungen von Price zum Anlass mit seinen „Betrachtungen über die Französische Revolution“ (1790) eine harte Attacke gegen die Revolutionsfreunde diesseits und jenseits

des Kanals zu fahren. Sein Werk gilt als grundlegend für den modernen politischen Konservatismus, argumentiert Burke – im Gegensatz zu reaktionären Denkern der Gegenauflklärung – doch aus einem vergleichsweise fortschrittlichen Verständnis von Staatlichkeit. Sehr kritisch sah Burke das abstrakte Prinzip der Menschenrechte, dem er die historisch gewachsenen und verbrieften „Rights of Englishmen“ gegenüberstellte. So liest Burke die Glorious Revolution nicht als radikale Umwälzung – im-

merhin wurde ein König abgesetzt – sondern als Rückbesinnung auf althergebrachte Rechte der Engländer.

Feministische Kritik Burke löste eine produktive Kontroverse aus. Thomas Paine (1737-1809) erwiderte 1791 leidenschaftlich in „The Rights of Man“ – und empfahl unter anderem, die englische Verfassung zu verschriftlichen (siehe auch Text oben). Ebenfalls zur Feder griff Mary Wollstonecraft (1759-1797). Nach einem ersten Buch zur Verteidigung republikanischer Prinzipien legte die englische Schriftstellerin 1792 ihren Finger in eine ziemlich klaffende Wunde: Bei aller aufklärerischer, vor allem von Männern geführten Diskussion über die „Rights of Man“ wurden die Frauen vergessen. Ihre einflussreiche „Verteidigung der Rechte der Frau“ gilt damit als eine der ersten feministischen Schriften in Europa. Doch auch in Großbritannien durften – trotz diverser Königinnen – Frauen erst 1918 an die Urne. scr

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



In normalen Zeiten wäre die Nachricht vom ersten Aprilsamstag dieses Jahres eine Topmeldung gewesen. Gleich in der ersten Wahlrunde gewann Keir Starmer das Amt des Vorsitzenden der Labour-Partei. Der 57-jährige Anwalt folgt Jeremy Corbyn nach, der Großbritanniens Volkspartei an den ganz linken Rand des politischen Spektrums geführt hatte und dafür bei der vorgezogenen Parlamentswahl im Dezember 2019 mit dem schlechtesten Labour-Ergebnis seit 1935 abgestraft wurde. Fast 15 Jahre, von 2010 bis 2024, könnte die Linke auf der Oppositionsbank bleiben.

Aber im April 2020 ist nichts mehr normal, weder im Vereinigten Königreich noch in den allermeisten Ländern rund um den Globus. Die Verbreitung des Coronavirus hat das Leben vielerorts weitgehend zum Stillstand gebracht. Niemand kann voraussagen, wie die Welt aussehen wird, wenn irgendwann zumindest die gesundheitliche Gefahr durch Covid-19 überstanden sein wird.

In dieser historischen Situation führt nun Keir Starmer „Her Majesty's Official Opposition“, wie die Oppositionspartei im britischen System formal heißt. Eine Rolle, die für das konstitutionelle Gefüge des Königreichs zentral ist. Auf Grund des Mehrheitswahlrechts sitzen sich im Unterhaus zwei große Blöcke gegenüber, seit den 1920er Jahren die „Conservatives“ und Labour, Letztere mal mehr sozialdemokratisch, mal mehr sozialistisch aufgestellt. Nach dem Prinzip „The Winner takes it all“ senden die 650 Wahlkreise jeweils einen Abgeordneten nach London.

Parteilisten und damit eine proportionale Sitzverteilung wie in Deutschland gibt es nicht, was kleine Parteien benachteiligt. Die Tories bekamen bei der vorgezogenen Neuwahl am 12. Dezember 365 Mandate, was Premierminister Boris Johnson eine stabile Mehrheit von 80 Abgeordneten bescherte. Die Labour-Partei hat 202 Parlamentarier, die Scottish National Party hat 47, die Liberaldemokraten elf. Den Rest der Sitze teilen sich walisische und nordirische Parteien sowie kleinere Parteien – unter anderem die Grünen, die seit 2010 eine einzige Abgeordnete haben, die den Wahlbezirk Brighton vertritt.

Die jüngste Parlamentswahl im Dezember war in doppelter Hinsicht eine Zäsur. Sie besiegelte den Brexit, weil Johnson und seine Tories nun die Mehrheit für das Verabschieden der notwendigen Gesetze hatten. Mit dem 31. Januar wurde damit eine 47-jährige Mitgliedschaft beendet, obwohl die Briten noch bis Ende 2020 in einer Übergangsphase weiter den EU-Regeln folgen und unbeschränkter Zugang zum Binnenmarkt haben. Angesichts der schweren Wirtschaftskrise durch die Corona-Pandemie gehen immer mehr Beobachter in London wie Brüssel davon aus, dass diese Phase verlängert wird.

Sieg als Wegmarke Aber Johnsons Sieg war auch in Hinsicht auf das Parlament selbst eine Wegmarke. Denn Unterhaus und Oberhaus sind durch die Macht der Tory-Partei im Vergleich zur vorhergehenden Legislaturperiode weniger relevant geworden – und damit bis zu einem gewissen Grad auch die Opposition. Johnson kann in vielen Bereichen durchregieren, da es 40 Rebellen in seinen eigenen Reihen braucht, um eine Gesetzesinitiative der Regierung zu kippen. Unmöglich ist das bei umstrittenen Entscheidungen aber nicht. Kurz vor Ausbruch der Corona-Krise überstand Johnson eine „backbench revolt“, einen Aufstand der Hinterbänker. Einige seiner Fraktionskollegen hatten sich mit der Opposition zusammengesetzt, um die Entscheidung des Premiers zu

Die Schattenregierung

OPPOSITION Keir Starmer ist neuer Vorsitzender der Labour-Partei.

»Her Majesty's Official Opposition« spielt eine zentrale Rolle im konstitutionellen Gefüge des Königreichs



Keir Starmer ist neuer Vorsitzender der Labour-Partei und damit Oppositionsführer im britischen Unterhaus.

© picture-alliance/empics

stoppen, dass der chinesische Telekommunikationsgigant Huawei Zugang zum britischen 5-G-Netzwerk bekommt. Die Revolte scheiterte an 24 fehlenden Stimmen. Zugleich macht sie deutlich, welche Macht die Kammer respektive die Opposition mitunter haben kann – ganz besonders in Zeiten eines „hung parliament“, wenn die Regierungspartei nicht über eine eigene Mehrheit verfügt. Genau das geschah im Juni 2017, als Johnsons Vorgängerin eine vorgezogene Neuwahl ausrief. Theresa May hatte damit ihre nur knappe Mehrheit ausbauen wollen, um ihre Brexit-Pläne leicht-

durchsetzen zu können – erreichte aber das Gegenteil. Die daraus resultierende Unfähigkeit der Regierung war der Grund, warum sich die britische Entscheidung über den EU-Ausstieg verzögerte und die Brexit-Gegner eine reelle Möglichkeit bekamen, diesen sogar noch zu verhindern. Rückblickend waren die 18 Monate zwischen Mays Niederlage und Johnsons Triumph eine Hochzeit für die parlamentarische Arbeit und damit der Opposition. Gegner wie Anhänger des Brexits formulierten Hunderte Änderungsanträge, ungezählte Stunden debattierten die Abgeord-

neten. Drei Mal scheiterte May bei dem Versuch, ihren mit Brüssel verhandelten Vertrag durch das Unterhaus zu bringen. Stattdessen gelang es einer fraktionsübergreifenden Allianz immer wieder, den ungeordneten EU-Ausstieg, den „No Deal“, per Gesetz zu blockieren. Nicht zuletzt war es ausgerechnet Mays inoffizieller Koalitionspartner, die nordirische Democratic Unionist Party, die der Premierministerin die schmerzhafteste Niederlage bescherte. Die DUP hatte mit May nach deren Wahlniederlage ein „Confidence and supply“-Abkommen geschlos-

sen, durch das die Nordiren keine Plätze im Kabinett einnahmen, aber großen Einfluss und auch hohe Subventionsgelder für ihre Bürger zu Hause bekamen. Obwohl nur zehn Frauen und Männer stark brachte ihr Widerstand gegen einen geplanten Sonderstatus Nordirlands nach dem EU-Ausstieg eine ausreichend große Koalition der Unwilligen zusammen. Nachfolger Johnson ließ sich den fraktionsübergreifenden Aufstand hingegen nicht gefallen. Er quitiert diesen sogar mit dem Rauswurf von Parlamentskollegen, die seit Jahrzehnten in der Tory-Fraktion

vertreten gewesen waren. Dieser Schritt im September 2019 war ein Showdown zwischen Parlament und Regierung, der einen wichtigen Platz einnehmen wird in den noch zu schreibenden Lehrbüchern über die parlamentarische Demokratie Großbritanniens. Denn mitunter kann nicht nur die eigentliche Oppositionspartei Gegner der Regierung werden, sondern auch das gesamte Abgeordnetenhaus.

Das Vereinigte Königreich besitzt keine geschriebene Verfassung, Recht und Gebräuche gründen sich auf Konventionen. Das ist auch im Parlament nicht anders. Zumindest gibt es für das Parlament ein Handbuch, das der Parlamentspräsident („Speaker of the House of Commons“), aber auch die Opposition intensiv konsultieren, wenn sie die Regierung in die Zange zu nehmen versuchen. „A Treatise upon the Law, Privileges, Proceedings and Usage of Parliament“ (Eine Abhandlung über Gesetz, Privilegien, Prozedere und Gebrauch des Parlaments), geschrieben im Jahr 1844 vom Verfassungstheoretiker Thomas Erskine May. Zehn Jahre zuvor war der Bau an der Themse fast vollständig einem Feuer zum Opfer gefallen.

In dem danach im neugotischen Stil erbauten Parlament sitzt die Opposition aus Sicht des Sprechers auf der linken Seite. Die Regierung sitzt ihr direkt gegenüber, ebenfalls in der ersten Reihe. An der Seite des Oppositionschefs sitzen seine Schattenminister, die in Debatten ihren jeweiligen Ressort-Gegenüber herausfordern und tief in der jeweiligen Thematik stecken.

Ursprünglich bestand das politische Spannungsfeld aus Ober- und Unterhaus, die ihre Interessen gegenüber dem britischen König oder der Königin zu verteidigen suchten. Der niedere Adel und die Landbesitzer, die im Unterhaus saßen, und die im Oberhaus als Lords vertretene Aristokratie. Gemeinsam forderten sie Rechenschaft des Monarchen ein.

Antagonismus Koalitionen von Parteien sind im britischen System indes eine absolute Ausnahme. Sie gehören auch nicht ins kulturelle Selbstverständnis der Briten, die schon als Kinder in der Schule auf Wettbewerb getrimmt werden. Sei es durch Sport, oder aber durch das schon in Kindergarten gewohnte Verteilen von Auszeichnungen für schulische Leistung. Gleichzeitig legt das britische System schon immer großen Wert auf die öffentliche Rede, weshalb Kinder früh in der Kunst der Rhetorik geschult werden.

Doch der Antagonismus, auf den sich das britische System gründet, steht angesichts einer zunehmend vielschichtigen Gesellschaft mit unvereinbaren Erwartungen vor großen Herausforderungen. „Das Zwei-Parteien-System, ob in Europa, den USA oder Australien, wankt dem Kollaps entgegen“, warnt die Publizistin Germaine Greer. Es könne die Anforderungen nicht mehr erfüllen, weil die Wähler sich nicht in konservativ versus links einteilen ließen.

Das wäre in normalen Zeiten an sich schon eine gewaltige Aufgabe für den neuen Oppositionschef Keir Starmer. Nun aber sieht er sich vorerst in der Pflicht, dazu beizutragen, die Nation aus der Corona-Krise zu bringen. „Ich will, dass die Regierung erfolgreich ist, um Leben zu retten und das Auskommen der Bürger zu sichern“, sagte Starmer bei seinem Antritt. Erst wenn diese Krise einigermassen überwunden ist, kann sich „Her Majesty's Official Opposition“ wieder ihrem ureigenen Job widmen: dem ständigen Säbelkreuzen mit den Herrschenden.

Stefanie Hill

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832



Die Parteien von Churchill, Thatcher und Blair

PARTEIEN Labour und Tories geben den Ton an. Die kleineren Parteien setzen eigene Akzente

Das politische Geschehen Großbritanniens wird seit Jahrzehnten von zwei Parteien dominiert: die Conservative Party und die Labour Party. Über die Jahre hat das Mehrheitswahlrecht in der Regel für klare Verhältnisse gesorgt. Koalitionen spielten keine Rolle. Das hat sich in den vergangenen Jahren geändert.

Tories Auf eine lange Tradition blickt die mitte-rechts-orientierte Conservative Party zurück. Sie entstand in den 1830er Jahren, ihre Ursprünge gehen auf eine Tory Party genannte Gruppierung zurück – so etablierte sich Tories als Name. Zu den prägenden Spitzenpolitikern der Partei gehört neben Winston Churchill (1874-1965), der das Königreich zweimal als Premierminister (1940-1945, 1951-1955) führte, Margaret Thatcher (1925-2013). Thatcher münzte als Premierministerin (1979-1990) den Begriff des „Thatcherismus“. Ihre Politik der Deregulierung und Privatisierung gegen den Widerstand der Gewerkschaften



Ikone der Konservativen: Winston Churchill führte die Briten im Zweiten Weltkrieg.



Modernisierer von Labour: Tony Blair führte das Königreich von 1997 bis 2007.

machte sie zur Ikone aufstrebender Konservativer der 1980er Jahre – und zur Hassenfigur der politischen Linken.

Labour Die Labour Party, gegründet 1900, entwickelte sich nach dem Ersten Weltkrieg zur zweiten dominanten Kraft der britischen Politik. In ihr vereinten sich gewerkschaftliche, sozialistische und sozialdemokratische Strömungen. Prägend war die Partei beispielsweise unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als unter Premierminister Clement Attlee (1883-1967), der

von 1945 bis 1951 regierte, der Wohlfahrtsstaat ausgebaut und Schlüsselindustrien verstaatlicht wurden. Ende der 1990er-Jahre brach die Partei unter Tony Blair, der von 1997 bis 2007 als Premier regierte, mit allzu linken Konzepten („New Labour“). In den vergangenen Jahren lähmte sich Labour mit Richtungsstreitigkeiten, einer unklaren Haltung zum Brexit und Antisemitismus in der Partei.

Fokus EU Die Liberal Democrats, 1993 als Fusion der ehemals bedeutsamen Liberal

Party sowie der Social Democratic Party gegründet, feierten bei den Unterhauswahlen 2010 einen großen Erfolg. Die Lib Dems gingen in eine Koalition mit der Conservative Party, bei der nächsten Wahl schmierte die Partei ab. Mit ihrem pro-europäischen Kurs wurden die Lib Dems bei der Europawahl 2019 zweitstärkste Kraft. Stärkste Kraft wurde allerdings die 2019 gegründete Brexit-Partei um Nigel Farage. Farage hatte zuvor über Jahre mit der UK Independence Party (UKIP), 1993 gegründet, einen harten EU-skeptischen Kurs gefahren und vor allem bei Europawahlen gepunktet.

Regionale Parteien Auch den regionalen Parteien kommt wachsende Bedeutung zu: Die protestantische Democratic Unionist Party aus Nordirland, gegründet 1971, spielte in jüngster Zeit eine große Rolle im Ringen um den Brexit (siehe Text oben). Die katholische Sinn Féin, 1905 gegründet, tritt zwar zu Unterhauswahlen an, nimmt aber die Sitze nicht an, um nicht auf die britische Königin schwören zu müssen. Die 1934 gegründete Scottish National Party tritt für eine Unabhängigkeit Schottlands und die Mitgliedschaft in der EU ein. Sie dominiert das schottische Parlament und stellt die mit Abstand größte Partei Schottlands im britischen Unterhaus. scr

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Queen Elizabeth II. eröffnet die Sitzung des britischen Unterhauses im Oktober 2019 und verliert die Regierungserklärung von Premierminister Boris Johnson.

© picture-alliance/dpa

Der würdevolle Teil des Staates

MONARCHIE Seit 68 Jahren »herrscht« Queen Elizabeth II. unangefochten über das Vereinigte Königreich

Es war eine ungewollte, aber verblüffende Parallellität der Ereignisse: Während sich Großbritanniens Premierminister Boris Johnson wegen einer Corona-Infizierung zur Behandlung ins Krankenhaus begeben muss, wendet sich Queen Elizabeth II. in einer Fernsehansprache an das britische Volk, um Mut und Zuversicht in der Krise zu verbreiten. Es ist erst das fünfte mal, dass sich die Monarchin in ihrer 68-jährigen Amtszeit veranlasst sieht, dies zu tun. Planmäßig spricht sie nur in ihrer jährlichen Weihnachtsbotschaft direkt zum Volk.

»Boris Johnson hat die Queen belogen. Er muss zurücktreten.«

Ian Blackford, Partei der schottischen Nationalisten

In ihrer ersten Ansprache musste sie Großbritannien 1991 auf den bevorstehenden Golfkrieg einstimmen, 1997 den Tod von Prinzessin Diana öffentlich betrauern, fünf Jahre später den Tod ihrer eigenen Mutter. In einer nur einmütigen Fernsehansprache dankt sie schließlich 2012 ihren Landsleuten für die Feierlichkeiten zum 60-jährigen Thronjubiläum.

Fernsehansprachen gehören zwar längst zum Standardrepertoire von Staatsoberhäuptern rund um den Globus, in Großbritannien sind sie jedoch zugleich auch jeweils ein Gradmesser für den inneren Zustand der Monarchie, die in ihrer speziellen Ausprägung zweifelsohne zu einer der ungewöhnlichsten Staatsformen weltweit gehört. Einerseits blicken die Briten auf eine lange parlamentarische Tradition, bezeichnen ihre Nation gerne als Wiege der modernen Demokratie, andererseits halten sie seit gut tausend Jahren an der Monarchie fest – lediglich unterbrochen durch die knapp elfjährige republikanische Phase nach dem englischen Bürgerkrieg (1642-1648) und der Hinrichtung von König Karl II. (1649). Doch die ausgerufenen Republikanten währten nicht lange, wandelte sich faktisch in eine Alleinherrschaft des Lord Protectors Oliver Cromwell. Nach dessen Tod kehrte England zur Monarchie zurück.

Bill of Rights Die »Glorious Revolution« und die Verabschiedung der »Bill of Rights« 1688/1689 sollten schließlich jene Staatsform in ihren grundlegenden Zügen schaffen, die bis heute gilt. Träger der Souveränität ist der Monarch seitdem nur noch in Verbindung mit dem Parlament. »King-in-Parliament« nennen die Briten dies. Die »Bill of Rights« sah unter ande-

rem vor, dass der König das Parlament in regelmäßigen Abständen einberufen muss, Steuern und Abgaben nur mit dessen Zustimmung erheben darf. Ebenso garantierte sie den Abgeordneten im Parlament Immunität und das uneingeschränkte Recht auf freie Rede. Hundert Jahre später wurde die »Bill of Rights« zum Vorbild für die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (1789) und die amerikanische Verfassung (1787).

Seit den Tagen der »Glorious Revolution« haben Parlament und Regierung die Machtbefugnisse der britischen Monarchen sukzessive weiter eingeschränkt. Als parlamentarische Monarchie wird diese Staatsform bezeichnet, die in Europa auch in Belgien, den Niederlanden, Spanien, Dänemark und Schweden anzutreffen ist. Ein wesentlicher Unterschied des britischen Systems ist jedoch der Umstand, dass Großbritannien bis heute über keine geschriebene Verfassung verfügt.

Das Machtgefüge zwischen Krone, Regierung und Parlament ergibt sich durch Gesetze mit Verfassungsrang, Gewohnheitsrecht und juristische Präzedenzfälle. Der englische Verfassungstheoretiker Walter Bagehot bezeichnete 1867 in seinem grundlegenden Werk über die Verfassung die Monarchie als »den würdevollen Teil« des Staates, Regierung und Parlament als den »arbeitenden Teil«. Er brachte die politischen Verhältnisse damit bildhaft und treffend auf den Punkt.

Zumindest theoretisch verfügt Queen Elizabeth II. neben ihrer repräsentativen Funktion als Staatsoberhaupt jedoch durchaus über eine ganze Reihe von Rechten. So benötigen die durch das Parlament beschlossenen Gesetze ihrer Zustimmung. In der gelebten Realität verweigert sie diesen »Royal Assent« jedoch nicht. Sie kann allerdings die Einbringung und Beratung von Gesetzen im Parlament unterbinden, die das Leben britischer Staatsbürger gefährden könnte. 1999 machte die Queen von diesem Recht Gebrauch, als ein Abgeordneter ein Gesetz forderte, dass Militärschläge gegen den Irak vorsah. Die Königin ist es auch, die nach jeder Parlamentswahl einen Premierminister ernennen und ihn mit der Bildung einer Regierung in ihrem Namen beauftragt. Unter britischen Verfassungsrechtlern ist es durchaus umstritten, wie frei die Queen bei dieser Entscheidung ist. In jedem Fall aber ist sie zur strikten parteipolitischen

Neutralität verpflichtet und soll sich auch nicht zu tagespolitischen Themen äußern. Nirgends zeigt sich dies deutlicher als im Verlesen der Regierungserklärungen der Premierminister vor dem Unterhaus durch die Monarchin. Elizabeth II. vollzieht dieses Ritual stets mit absolutem Gleichmut, keine Gesichtszüge lässt erkennen, was sie von den politischen Plänen ihrer jeweiligen Regierungschefs hält.

Enges Korsett Elizabeth II. ist klug und erfahren genug, sich sehr genau an die engen Spielräume zu halten, die ihr das System aus gelebten politischen Traditionen vorgibt. Ein Ausbrechen aus dem Korsett würde Großbritannien zweifelsohne in eine handfeste Verfassungskrise stürzen und den Bestand der Monarchie gefährden. Selbst als Premierminister Johnson im

Herbst 2019 dem Unterhaus eine fünfwöchige Zwangspause verpassen will, um weitere Debatten über den angestrebten Austritt aus der Europäischen Union zu verhindern, segnet die Queen dies ab, obwohl Johnson sie damit in arge Verlegenheit bringt. Vor allem deshalb, weil der Vorwurf laut wird, er habe der Königin die Zwangspause für das Parlament unter Vorspiegelung falscher Tatsachen verkauft – ein verfassungsrechtlich schwerwiegender Vorwurf. Denn das Recht auf Suspendierung des Parlaments liegt bei der Königin. Premierminister Johnson bekam dann auch vom Supreme Court die Quittung. Einstimmig stellten die elf Richter des höchsten Gerichts fest, dass Johnsons Vorgehen verfassungswidrig gewesen und die Aussetzung des Parlaments über einen so langen Zeitraum nichtig sei. Um so er-

staunlicher war es dann, dass sich Johnson allen Rücktrittsforderungen widersetze.

Recht auf Information Zu den unbestrittenen und praktizierten Vorrechten des britischen Monarchen gehört es, regelmäßig über die Absichten des Premierministers informiert zu werden und ihm dazu auch ihre Ansichten unterbreiten zu dürfen. Über die vertraulichen Treffen zwischen der Queen und ihre Premierminister dringt so gut wie nichts in die Außenwelt. Bescheinigt wird ihr aber immer wieder, dass sie politisch höchst versiert ist. Die wenigsten Premierminister dürften deshalb den Rat des dienstältesten Staatsoberhaupt der Welt leichtfertig ignorieren. An dieser Schnittstelle dürfte wohl auch der größte, wenn auch rein informelle Machtfaktor der Queen liegen.

In ihrer langen Amtszeit hat Elizabeth II. alle politischen Tiefen und unzählige Skandale im Königshaus überlebt. Die Zustimmung zur Monarchie liegt in Umfragen bei bis zu 80 Prozent. In Bedrängnis brachte die Königin die Monarchie nur einmal: Ihre anfängliche Weigerung, den Tod der extrem beliebten Prinzessin Diana öffentlich zu betrauern und in ihrer Sommerresidenz Balmoral zu verbleiben, drohte zum Fiasko zu werden. In Umfragen sank ihre Beliebtheit bei den trauernden Briten dramatisch. Abwenden konnte sie die Entfremdung zwischen Volk und Monarchin durch ihre Live-Fernsehansprache vom Balkon des Buckingham Palace am Abend vor Dianas Beerdigung. In diesem Augenblick präsentierte die Queen wieder den von Bagehot propagierten würdevollen Teil des Staates. *Alexander Weinlein*

Inselreich der eisernen Ladies

FRAUEN Großbritannien blickt auf eine lange Geschichte weiblicher Herrscher und Politiker

Der 4. Mai 1979 ist in der Geschichte Großbritanniens ein besonderer Tag. Mit der Ernennung von Margaret Thatcher zur Premierministerin wird erstmals eine Frau zur Regierungschefin. Mehr als elf Jahre leitet sie die politischen Geschicke des Vereinigten Königreiches und erwirbt sich wegen ihrer oft unnachgiebigen Positionen in außen- und innenpolitischen Fragen den Spitznamen »Iron Lady« (Eiserne Lady). Mit Theresa May saß zwischen 2016 und 2019 erneut eine Frau in Downing Street 10, die sich in der Brexit-Krise ebenfalls gerne eisern präsentierte.

Es mag kein Zufall sein, dass ausgerechnet in Großbritannien erstmals einer Frau in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts der Aufstieg an die Spitze der Macht gelingt. Immerhin blickt man auf der Insel auf eine beeindruckende Liste von Königinnen, die bereits machtbewusst regierten, als in den meisten Ländern des Kontinents Frauen die Ausübung politischer Macht versagt bleibt. Den Auftakt im Reigen weiblicher Monarchen in England macht 1553 Maria I., Tochter des Tudor-Königs Heinrich VIII. und dessen erster Ehefrau Katharina von Aragon. Sie bringt eine Reihe von Reformen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf den Weg, um die Staatsfinanzen zu sanieren. In den Geschichtsbüchern verewigt sie sich jedoch als »Bloody Marie«, da sie in ihrem Bestreben, der Verbreitung des Protestantismus Einhalt zu gebieten und entgegen der Politik ihres Vaters den Ka-

tholizismus wieder als Staatsreligion zu etablieren auch vor der Hinrichtung von 300 Protestanten nicht zurückschreckt. Deutlich mehr politisches Geschick beweist Marias Halbschwester Elisabeth I., die ihr 1558 auf den Thron folgt. Die Tochter aus der zweiten Ehe ihres Vaters mit Anne Boleyn herrscht 45 Jahre äußerst erfolgreich über England. Das Königreich erlebt einen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Höhepunkt seiner Geschichte, steigt nach der Vernichtung der spanischen Armada zu einer der führenden Seemächte auf und streckt erstmals seine

Fühler in die Neue Welt jenseits des Atlantiks aus. Die Heiratswünsche etlicher europäischer Könige und Prinzen wehrt die resolute Monarchin in einem Akt feministischer Selbstbehauptung allesamt ab und inszeniert sich stattdessen als »Virgin Queen«, als jungfräuliche Königin, die nur dem Wohl ihrer Nation verpflichtet ist. Rund hundert Jahre nach dem elisabethanischen Zeitalter gelangt mit der Stuart-Königin Anne eine weitere Frau auf den Thron, dessen absolutistische Macht infolge der »Glorious Revolution« von 1688 bereits deutlich beschnitten ist. Durch die Vereinigung der Königreiche von England und Schottland 1707 wird Anne zur ersten britischen Königin. Ihre Regentschaft ist geprägt durch den Spanischen Erbfolgekrieg, in dessen Folge Großbritannien seine Stellung als See- und Weltmacht weiter ausbaut.

Den Höhepunkt seiner politischen und wirtschaftlichen Macht erlebt das Britische Empire schließlich unter Queen Victoria, die 1837 mit gerade mal 18 Jahren den Thron besteigt. Am Ende ihrer 63-jährigen Regentschaft, die als das Victorianische Zeitalter in die Annalen eingeht, erstreckt es sich über Kanada, Australien, den indischen Subkontinent und weitere gewaltige Kolonialbesitzungen in Afrika, die vom ägyptischen Nildelta bis zum Kap der Guten Hoffnung reichen, lediglich unterbrochen von der deutschen Kolonie im heutigen Tansania. Bei ihrer Thronbesteigung muss Victoria zwar auf die Krone des Kö-

nigreichs Hannover, das seit 1714 in Personalunion regiert wird, verzichten, weil das dort geltende Salische Gesetz Frauen von der Erbfolge ausschließt. Dafür erlangt sie 1876 den Titel der »Empress of India« (Kaiserin von Indien).

Im Gegensatz zur Machtfülle des größten Weltreichs der Menschheitsgeschichte fällt die Macht der Monarchin jedoch vergleichsweise gering aus. Unter den Vorgängern Victorias waren die Kompetenzen der britischen Könige sukzessive an Parlament und Regierung übergegangen. Selbst in Fragen der Außenpolitik, die von Victoria noch durchaus als Domäne der Krone angesehen wird, stellt sie etwa Großbritanniens langjähriger Außenminister Lord Palmerston mehr als einmal vor vollendete Tatsachen und weist sie in die Schranken. Victorias Ururenkelin, die 1952 als Elisabeth II. gekrönt wird, muss auf Ausübung direkter politischer Macht gänzlich verzichten. In ihrer Regierungszeit, die vom Zerfall des Empires, dem Kalten Krieg, dem Nordirland-Konflikt und ethischen Skandalen in der Königsfamilie überschattet waren, hat aber auch sie es nie am beharrlichen Willen der eisernen Ladies von der Insel mangeln lassen. *aw*



Margaret Thatcher

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



So lang die Liste der Wirtschaftsthemen ist, die Großbritannien und die EU nach dem Brexit zu klären haben, so eindeutig ist aus britischer Sicht, welches davon die höchste ökonomische Bedeutung hat: Das Vereinigte Königreich ist der größte Nettoexporteur von Finanzdienstleistungen der Welt. Banken, Versicherungen, Fondsgesellschaften, Vermögensverwalter und andere Dienstleister sorgen auf der Insel für 1,1 Millionen gutbezahlte Jobs.

Doch der Brexit könnte für die Vorzeigebranche einen harten Rückschlag bringen. Denn Großbritannien wird aller Voraussicht nach schon bald keinen freien Zugang zum EU-Binnenmarkt mehr haben. Damit aber wird auch die Finanzbranche des Landes wohl nicht mehr wie bisher von London aus ungehindert ihre Dienste auf dem europäischen Kontinent anbieten können. Dies wiederum könnte dazu führen, dass die Finanzunternehmen Geschäfte und Arbeitsplätze von London in die EU verlagern. Während bisher nur wenige Tausend britische Finanzjobs wegen des Brexits verloren gegangen sind, könnten auf längere Sicht sehr viel mehr Stellen abwandern.

Es steht viel auf Spiel: Die Länder der EU sind der wichtigste ausländische Absatzmarkt für die britischen Finanzspezialisten. Rund 40 Prozent aller Finanzdienstleistungsexporte des Königreichs gehen in die Union. Die Londoner Bankentürme sind quasi der Finanzsupermarkt Europas. Vor allem amerikanische Großbanken wickeln von ihren Londoner Niederlassungen aus weite Teile ihres Geschäfts in den europäischen Ländern ab. Vor dem Brexit-Referendum haben die fünf größten Investmentbanken der Vereinigten Staaten mehr als 90 Prozent ihrer europäischen Arbeitskräfte in Großbritannien beschäftigt. Auch für japanische Großbanken ist London traditionell der bevorzugte Standort in Europa.

Erste Liga Nach dem Brexit-Referendum gab es Prognosen, dass die Finanzdienstleister wegen des EU-Austritts mehr als 100.000 Arbeitsplätze aus Großbritannien in andere Länder des Staatenbundes verlagern würden. Tatsächlich sind bislang dagegen nur wenige Tausend Banken- und Versicherungsjobs abgewandert. Auch wenn sich das in Zukunft noch ändern kann – bislang jedenfalls kann von einem „Brexodus“ in der Londoner City keine Rede sein.

Immerhin: Frankfurt, das wichtigste deutsche Finanzzentrum, profitiert von den Verlagerungen. Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) schätzt, dass wegen des Brexits bis Ende nächsten Jahres rund 3.500 Arbeitsplätze am Main entstehen werden. Auch Paris, Dublin, Amsterdam und andere europäische Finanzzentren gewinnen durch den EU-Austritt der Briten zusätzliche Arbeitsplätze.

Noch allerdings spielt London in der europäischen Finanzbranche in einer eigenen Liga: Zwischen 2014 und 2018 wurden rund die Hälfte aller Begebungen von Aktien und Anleihen durch Unternehmen der Eurozone in Großbritannien organisiert. Wird das auch in Zukunft weiter möglich sein? Auch auf anderen Gebieten wie etwa in der Rückversicherung der Assekuranden und im Handel mit Devisen und Finanzderivaten hat Großbritannien bisher eine führende Position in Europa.

Derzeit laufen in der City, dem traditionellen Londoner Bankenviertel und im Finanzzentrum Canary Wharf im Osten der Metropole die Geldgeschäfte weiter, als wäre überhaupt nichts geschehen. Aber bis Jahresende gilt ja auch noch eine Über-

City im Nebel

FINANZEN Welche Rolle der Finanzplatz London nach dem Brexit spielen wird, ist noch offen. Klar scheint nur, dass Europa weiter von ihm abhängt



Ein Mann läuft an der Themse, die Silhouette der Londoner City im Rücken. Wohin die Reise für den Finanzplatz geht, ist schwer abschätzbar.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com

gangsfrist, während derer die Finanzdienstleister von Großbritannien weiterhin freien Zugang haben zu Kunden in der EU.

Bevorstehende Änderungen Doch wie es am 1. Januar 2021, nach dem Ende der Übergangsphase, weitergeht mit den Finanzgeschäften zwischen Großbritannien und der EU, das ist bisher völlig offen. Der

EU-Chefverhandler Michel Barnier hat bereits Anfang Februar kurz nach dem Brexit klar zu verstehen gegeben, dass sich bei internationalen Finanzgeschäften durch den Austritt einiges ändern werde: Die Briten sollten sich „nichts vormachen“, sagte er. Der bisherige Status quo werde nicht weiter aufrecht zu erhalten sein. Konkret bedeutet das: Die EU-Seite will den briti-

schen Finanzdienstleistern zwar Zugang zum eigenen Markt gewähren, falls die Regulierung der Branche auf der Insel von Brüssel als gleichwertig, also „äquivalent“, angesehen wird. Ähnlich verfährt die EU auch bei anderen Drittstaaten. Der große Haken daran ist aber: Die „Äquivalenz“ kann von Brüssel mit nur 30 Tagen Vorankündigung aberkannt wer-

den. Auf einen dauerhaft stabilen Marktzugang nach Kontinentaleuropa könnten die Londoner Banker so nicht bauen. Erst im vergangenen Jahr ist deutlich geworden, dass dieses Risiko nicht nur ein theoretisches ist: Damals entzog die EU der Schweizer Aktienbörse kurzfristig den Äquivalenzstatus, weil Brüssel unzufrieden war mit den seit Jahren zähen Handelsge-

sprächen mit der Regierung in Bern. Die britische Regierung hat andere Vorstellungen: Sie will in den Verhandlungen mit der EU „eine dauerhafte Äquivalenz“ vereinbaren, die sicherstellen soll, dass der freie Zugang für die Geldbranche in die Mitgliedsländer des Staatenbundes eben nicht abrupt beendet werden kann. Doch das Misstrauen auf europäischer Seite ist groß. Die EU-Mitgliedsländer fürchten, dass Großbritannien, um Wettbewerbsvorteile zu gewinnen, seine Aufsichtsstandards für die Finanzbranche aufweicht. Denn die Briten müssen sich nach Ende der Brexit-Übergangsfrist nicht mehr an die für alle EU-Mitglieder geltenden Aufsichtsregeln halten.

Die EU dürfe sich nicht von einem Offshore-Finanzplatz abhängig machen dessen Banken wegen laxer Aufsichtsregeln womöglich weniger stabil seien als notwendig, warnte etwa Bundesbank-Vorstand Joachim Wuermeling. Argwöhnisch verweist er auf Äußerungen des mittlerweile ausgeschiedenen Gouverneurs der Bank von England, Mark Carney: Der oberste britische Notenbanker hatte der Regierung in London empfohlen, von der Freiheit, eigene Standards zu setzen, Gebrauch zu machen. Großbritannien solle sich „nicht die Hände binden lassen“, sagte der Notenbanker.

Eigene Regulierung im Blick So sieht das nicht nur Carney: Für britische Geldhüter ist es schwer vorstellbar, dass sie bei der Regulierung ihrer Finanzbranche weiterhin strikt den Regeln der Europäischen Union folgen sollen, ohne bei deren Gestaltung ein Mitspracherecht zu haben. „Das Vereinigte Königreich kann nicht die Regulierung und Überwachung des weltweit führenden komplexen Finanzsystems an eine andere Jurisdiktion outsourcen“, sagte Jon Cunliffe, stellvertretender Gouverneur der Bank von England.

Wie dieser Poker zwischen Brüssel und London um die Finanzbranche ausgeht, ist schwer abzuschätzen. Weil die EU weiß, wie wichtig der Geldsektor für Großbritannien ist, wird sie versuchen dies als Faustpfand in den Handelsgesprächen zu nutzen, um die Gegenseite zu Zugeständnissen auf anderen Gebieten zu bewegen. Als brisantes Thema gelten beispielsweise einerseits die Fangrechte europäischer Fischer vor der britischen Küste, die London nach dem Brexit deutlich einschränken will.

Andererseits halten auch die Briten einige Trümpfe in der Hand. Denn nicht nur ist die EU ein wichtiger Markt für die britischen Finanzdienstleister – umgekehrt ist auch die Wirtschaft in Kontinentaleuropa auf den Finanzplatz London und seine Expertise angewiesen. Selbst die Europäische Zentralbank tätigt bisher rund die Hälfte ihrer Anleihekäufe in London.

Ein weiteres Beispiel für die große Bedeutung der britischen Hauptstadt sind die sogenannten Clearinghäuser, die in großen Umfang Finanztransaktionen abwickeln und absichern. Diese Geschäfte haben eine Schlüsselfunktion im Finanzgewerbe und sind bisher größtenteils in London angesiedelt. Fachleute halten es für illusorisch, den gewaltigen Geschäftsbestand kurzfristig komplett von London beispielsweise nach Frankfurt oder auch Paris zu verlagern.

Die EU wird also auf absehbare Zeit vom Finanzplatz London abhängig bleiben – und kann deshalb kein Interesse daran haben, diesen weitgehend vom Kontinent abzuschneiden.

Marcus Theurer

Der Autor ist Wirtschaftsredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Ungünstige Ausgangslage bei bedeckten Aussichten

KONJUNKTUR Die britische Wirtschaft hat schon glanzvollere Zeiten erlebt als gegenwärtig. Dabei stehen die wahren Herausforderungen noch bevor

Mit dem Brexit hat ein wirtschaftliches Schwergewicht die Europäische Union verlassen: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt zählte Großbritannien in etwa gleichauf mit Frankreich und hinter Deutschland zu den drei führenden Wirtschaftsnationen des europäischen Staatenbundes. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die britische Wirtschaft im Schnitt jährlich um 1,9 Prozent gewachsen, die von Deutschland und Frankreich lediglich um 1,1 Prozent.

Ganz so einfach ist es allerdings nicht: So war das kräftigere Wachstum auf der Insel auch dem deutlichen Bevölkerungswachstum geschuldet. Letztlich relevant für den Wohlstand des einzelnen Bürgers ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner und das hat sich etwa gleichauf mit dem deutschen entwickelt. Das Bild vom dynamischen Königreich wird dadurch zumindest relativiert. Die Corona-Krise, die jetzt auch in Großbritannien die Staatsfinanzen stark belastet, ist für das Land besonders brisant.

Denn es ist wegen seines extrem hohen Leistungsbilanzdefizits und der wirtschaftlichen Ungewissheit durch den Brexit verwundbar: Sollten ausländische Investoren das Vertrauen verlieren, droht im Extremfall eine Zahlungsbilanzkrise. Dass die Märkte skeptisch sind zeigt der Wechselkurs des britischen Pfunds, der Mitte März gegenüber dem Dollar zeitweise auf den tiefsten Stand seit 1985 gefallen ist.

Gefälle Schon seit langem zu schaffen macht Großbritannien das enorme wirtschaftliche Gefälle zwischen der alles dominierenden Hauptstadt London und ihrem Umland einerseits und weiten Teilen des restlichen Landes andererseits. Die Metropole an der Themse hat seit den 1980er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine neue Blüte erlebt. Auf London entfällt mittlerweile mehr als ein Fünftel der gesamten Wirtschaftsleistung Großbritanniens.

Faktisch zerfällt das Land deshalb in zwei sehr unterschiedliche Volkswirtschaften: Eine prosperierende und wachstumsstarke, die aus dem Südosten Englands rund um London sowie einigen wenigen anderen Wohlstandsöasen besteht – und eine Niedriglohn-Wirtschaft draußen im Land. Cornwall etwa ist zwar eine sehr schöne Region, um dort Urlaub zu machen, zählt



Cornwalls Küste im Südwesten ist eine beliebte Urlaubsregion, die Grafschaft gehört aber zu den ärmsten Gebieten des Königreiches.

© picture-alliance/dpa

aber zu den ärmsten Grafschaften des Vereinigten Königreichs. Der Norden und Teile der Mitte Englands haben sich bis heute nicht von den Folgen der Deindustrialisierung erholt. An der Küste gelten Seebäder und Hafenstädte wie Blackpool und Liverpool seit Jahrzehnten als soziale Brennpunkte. Die Wohlstandslücke zwischen London und dem Rest des Landes zumindest ein Stück weit zu schließen – daran haben sich Generationen britischer Politiker abgear-

beitet. Doch seit der Weltfinanzkrise vor zwölf Jahren sind die Hauptstadt und der große Rest des Königreichs eher noch weiter auseinandergedriftet. Während sich London schnell von dem Rückschlag des Finanzbebens erholt hat, leiden andere Regionen noch immer unter den Nachwirkungen. Der harte Sparkurs, den die Regierung des damaligen Premierministers David Cameron ab 2010 einschlug, vertiefte den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Graben zusätzlich.

Eine Folge der wirtschaftlichen Zweiteilung ist die im internationalen Vergleich schwache Arbeitsproduktivität: Je Arbeitsstunde schaffen britische Arbeitskräfte deutlich weniger Wertschöpfung als Arbeiter etwa in Deutschland und Frankreich. Das Problem daran: Auf lange Sicht ist die Produktivität die wichtigste Determinante für die Wohlstandsentwicklung. Es fehlt an Investitionen in den Unternehmen – und seit dem Brexit-Referendum im Sommer 2016 haben viele Betriebe diese noch zurückgefahren, weil ihnen die Zukunftsaussichten zu ungewiss erschienen.

Grundkonsens Mit dem EU-Austritt zeichnet sich auch eine historische Wende in der britischen Wirtschaftspolitik ab: Seit der stark prägenden Regierungszeit von Margaret Thatcher zwischen 1979 und 1990 herrschte in Großbritannien ein parteiübergreifender wirtschaftsliberaler Grundkonsens, der jedoch spätestens seit dem EU-Referendum vor vier Jahren immer mehr zerbröckelt ist. Der konservative Premier Boris Johnson hat bei den Parlamentswahlen im vergangenen Herbst zahlreiche Stimmen aus der Arbeiterschaft gewonnen und damit der oppositionellen Labour Party eine schwere Niederlage beigebracht. Johnson hat den traditionell wirtschaftsfreundlichen Kurs der britischen Konserva-

tiven geändert: Eine eigentlich geplante weitere Senkung der Unternehmenssteuern wurde ausgesetzt um das notleidende Gesundheitssystem zu stützen. Auch eine Sondersteuer für Digitalunternehmen, die sich vor allem gegen amerikanische Konzerne richtet, will Johnson einführen – und riskiert damit Ärger mit US-Präsident Donald Trump.

Vor allem aber ignoriert Johnson mit dem von ihm favorisierten harten und kompromisslosen Brexit die Wünsche von weiten Teilen der britischen Wirtschaft. Es ist vielmehr mit neuen Handelshürden am Ärmelkanal zu rechnen – und diese werden Großbritannien aller Voraussicht nach stärker schaden als die EU. Der Premier lehnt eine Zollunion mit dem Staatenbund ebenso ab wie eine weitere Mitgliedschaft im Europäischen Binnenmarkt nach dem Vorbild Norwegens.

Sogar mit dem Abbruch der Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen hat der Brite gedroht: Die Handelsbeziehungen zu den europäischen Nachbarn würden damit auf die Mindeststandards der Welthandelsorganisation WTO zurückgeworfen. Dabei entfällt rund die Hälfte des britischen Außenhandels auf die EU-Staaten. Europa ist auch nach dem Brexit der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Briten.

mtH

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Genosse Johnson

GERECHTIGKEIT Großbritannien driftet auseinander, alte und neue Klassenkonflikte spalten das Vereinigte Königreich. Boris Johnson weiß das für sich zu nutzen

Rishi Sunak hat eine Eliteschule besucht und in Oxford und Stanford studiert. Er hat eine Milliardärstochter geheiratet, für einen Hedgefonds gearbeitet und ist mit bloß 39 Jahren im Februar britischer Schatzkanzler geworden. Sein privateschulter und oxfordstudierter Parteichef und Premierminister Boris Johnson ist ein entfernter Verwandter der Queen. Doch Rishi Sunak sagt: „Wir, die Konservativen, sind die wahre Partei der Arbeiter.“

Paradoxerweise hat er nicht Unrecht. „Viele traditionelle politische Gewissheiten in Großbritannien stimmen nicht mehr“, sagt Russell Foster, der britische Politik am King's College London unterrichtet. Sunak und besonders Johnson wüsste das für sich zu nutzen. Im Gegensatz zur oppositionellen Labourpartei hätte er begriffen, dass viele alte Klassentrennlinien hinfällig seien, dass neue Regeln gelten. Wie die Parlamentswahlen im Dezember gezeigt hätten, sei keinesfalls mehr klar, dass Eliten und obere Mittelklasse konservativ und Arbeiter und die „Unterschicht“ Labour wählen – eher im Gegenteil.

Das Thema Klasse dominiert den politischen Diskurs im standesbewussten Großbritannien gerade deshalb wieder. „Die Klassenverhältnisse sind in die gesellschaftliche Diskussion zurückgekehrt“, sagt Sam Friedman, Soziologe an der London School of Economics und Co-Autor des Buches „The Class Ceiling: Why it Pays to be Privileged“. Und in ihrer neuen Form schicken sie sich an, die Politik Großbritanniens auf Jahre zu bestimmen – kein Wunder, schließlich ist das Vereinigte Kö-

nigreich derzeit auch abseits des Brexits gespalten wie selten zuvor. So wächst die wirtschaftliche Ungleichheit im Land so stark, dass der Wirtschafts-nobelpreisträger Angus Deaton im vergangenen Juli warnte, Großbritannien drohe eine der ungleichsten Gesellschaften der Welt zu werden. Wenige Monate zuvor hatte der UN-Sonderbeobachter für extreme Armut und Menschenrechte, Philip Alston, nach einer zweiwöchigen Forschungsreise durch das Vereinigte Königreich berichtet, dass das in den Nachkriegsjahren geknüpft soziale Netz, „absichtlich entfernt und durch ein schroffes und gleichgültiges Ethos ersetzt wurde“. Theresa Mays damalige konservative Regierung tat das als „schwer zu glauben“ ab. Der Sozialwissenschaftler und Menschenrechtsexperte Koldo Casla von der Universität Essex hingegen sagt: „Jede Armutskennzahl, die ich kenne, hat sich in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert.“

Strenge Sparpolitik In der Tat hat das Institute for Fiscal Studies errechnet, dass 58 Prozent derer, die in relativer Armut leben, mit mindestens einer Person zusammenwohnen, die einer bezahlten Arbeit nachgeht. Vor 25 Jahren waren es noch weniger als 40 Prozent. Generell sei der Lebensstandard vieler gesunken. Schwarze und britisch-asiatische Haushalte hätten besonders starke Einschnitte hinnehmen müssen, warnte der Anti-Rassismus-Think-tank Runnymede Trust bereits 2017. Der Grund für die Misere liegt nicht zuletzt in der strengen Sparpolitik, die Johnsons konservative Amtsvorgänger dem Land verordnet hatten. David Camerons und Mays

Regierungen reduzierten Sozialleistungen um ein Fünftel, brachten das staatliche Gesundheitssystem auf die Intensivstation und kürzten selbst das Budget der Polizei um mehr als 20 Prozent. Besonders für die ärmeren Schichten und die ehemaligen britischen Industrieregionen hatte das einschneidende Folgen. „Die Austeritätspolitik hat Schaden für eine ganze Generation angerichtet“, sagt Casla.

Auch könne man die neuen Klassenverhältnisse teilweise so erklären, sagt Politologe Foster. Die Kürzungen seien Teil einer jahrzehntelangen parteiübergreifenden Politik, die Finanzen und politisches Interesse aus den Provinzen abgezogen und auf London konzentriert hätte. Besonders die alten, ehemals stolzen Industriestädte in Nordengland wie Sunderland oder Newcastle seien jahrelang vernachlässigt worden – die Unzufriedenheit und der Trotz ihrer Einwohner seien unterdes gestiegen. Eigentlich ideale Bedingungen für die Labourpartei, die dort ihre Basis hat. Doch man habe sich ebenfalls auf das prosperierende London konzentriert und sich von einem Sprachrohr der working class zu einer Partei der urbanen intellektuellen Mittelklasse gewandelt, so Foster. Und im Gegensatz zu den Konservativen hätte Labour das Brexitvotum, diesen Denktzettel aus den Provinzen, nicht verstanden – auch vier Jahre später nicht. Während Boris Johnson sich also im Wahlkampf im ver-

Johnson muss nun zeigen, dass er das Spiel mit den Klassen auf lange Sicht beherrscht.

gangenen Herbst durch die Lande kumpelte, Brüssel lautstark drohte und eine goldene Zukunft für den Norden herbeischwor, fand der damalige sozialistische Labourchef Jeremy Corbyn keine konkrete Brexit-Position, präsentierte nüchtern ökonomische Prognosen, betonte die britische Weltoffenheit und versprach Kompromisse. Dabei ging es um etwas anderes, sagt Foster: „Regionale Identität, Patriotismus, Emotionen, wir im Norden gegen die in London – Kultur statt Ökonomie.“ Labour hingegen habe Politik für eine Klasse gemacht, die es so nicht gebe – zumindest nicht in ihren Stammländern. Und so bröckelte der Red Wall aus nordenglischen Wahlkreisen, die generationenlang so zuverlässig für Labour gestimmt hatten, dass manche scherzten, dort könnten sie eine Labour-Rose in eine Kartoffel stecken und sie würde gewährt werden.

Doch diesmal gewann mit Johnson „die Verkörperung aller Eigenschaften der britischen Elite“, wie es der Soziologe Friedman formuliert. Denn obwohl „Boris“ erfolgreich den Mann des Volkes gibt, working-class-Slang in seine Reden einbaut und wirkt als könnte man ihn nach der Schicht am Band noch auf ein Pint im Pub treffen, ist er das Paradebeispiel dafür, dass das traditionelle britische Klassensystem bei aller Bedeutung neuer politischer Identitäten gut in Schuss ist. So sind die neun als Clarendon Schools bekannten Eliteschulen wie Johnsons altes

Internat Eton noch heute so teure wie sichere Wege in die politische, mediale und kulturelle Führungsriege des Landes. „Ihre Macht ist unfassbar beständig“, sagt Friedman. Sie sind auch Eintrittskarten zu den Eliteuniversitäten Cambridge und Oxford. Zusammen haben sie 42 aller 63 Premierminister gestellt. Von den 15 Regierungschefs seit 1945 studierten elf in Oxford, darunter Johnson, May und Cameron sowie Tony Blair und Margaret Thatcher.

Geringere Verdienste Dass ein Abschluss so viel zählt, liegt laut Friedman nicht direkt an der Ausbildung, sondern an den sogenannten behavioural codes der höheren Klassen wie dem distinktierte Akzent, gediegenen Umgangsformen oder einem gewissen hochkulturellen Kanon, die in Internaten und Unis verstärkt und erlernt würden. „In Großbritannien werden die Klassenzugehörigkeit und entsprechende Verhaltensweisen oft mit echten Meriten gleichgesetzt“, sagt Friedman. Dazu komme das unschlagbare Netzwerk, dass sich Privatschüler und Elitestudenten aufbauen. Das mache es selbst für gut ausgebildete Angehörige der working class schwierig, in Topjobs vorzudringen. Und auch wenn sie eine Stelle als Arzt, Anwalt oder Journalist ergatteren, verdienen sie durchschnittlich 16 Prozent weniger als ihr Mittelklassependant, haben Friedman und sein Kollege Daniel Laurison errechnet. Frauen aus der working class verdienen in hohen Positionen sogar 19.000 Pfund pro Jahr weniger als privilegierte Männer, nicht-weiße Frauen noch weniger. Johnson, der gerade daraus Kapital schlägt, dass er weiß, wann er seine Eliten-Codes

unterdrücken und wann ausspielen muss, muss nun zeigen, dass er das Spiel mit den Klassen auf lange Sicht beherrscht. Denn viele neue Wähler sind pessimistisch, was ihre Zukunftsaussichten angeht. Laut einer aktuellen Studie der Kommission zur sozialen Mobilität des Bildungsministeriums glauben knapp 40 Prozent der Briten, dass gesellschaftlicher Aufstieg schwieriger geworden sei. Nicht einmal zwei von fünf Befragten fanden, dass es ihnen heute besser gehe als noch vor zehn Jahren. Da ist es nur folgerichtig, dass Schatzkanzler Sunak Anfang März ein beispielloses Milliardeninvestitionsprogramm in Sozialsysteme und Infrastruktur ankündigte, noch bevor das Coronavirus jegliche Budgetplanungen über den Haufen warf. „Damit will Johnson zeigen, dass er seine Versprechen an den Red Wall erfüllt“, sagt Politologe Foster. Und er wisse angesichts von Konkurrenz von rechts wie der Brexit Party um den Populisten Nigel Farage, dass sich seine Partei nicht leisten kann, was Labour passiert ist: als weltfremd und abgehoben gelten. Doch ob die angekündigten Investments Erfolg versprechen, ist unklar. Casla ist pessimistisch. Strukturelle Probleme wie das hierarchische Bildungssystem griffen die Maßnahmen nicht an und die Investitionen seien allenfalls ein Anfang. „Man wird nicht einfach so die Folgen von zehn Jahren Sparpolitik wettmachen können.“ Und historisch gewachsene Klassenstrukturen schon gar nicht. **Malte Laub**

Der Autor promoviert in internationaler politischer Ökonomie am King's College London und ist freier Journalist.

Anzeige

Harte Hand für bessere Bildung

SCHULSYSTEM Zum sozialen Aufstieg tragen Großbritanniens Schulen nur wenig bei. Daran hat auch eine große Reform nichts geändert

Three, two, one - hands up!“ Gut 20 Schüler in dunkelblauer Uniform sitzen an ihren Tischen, den Blick auf ihre Lehrerin geheftet. Sobald diese von drei herunter gezählt hat, schnellen alle Hände in die Luft. Nächste Frage, wieder ein Countdown. Er ist der Rhythmus, der den Unterricht durchzieht an der Michaela Community School im Nordwesten Londons. Wer ihm nicht folgt, bekommt das zu spüren. „Wenn wir im Unterricht nicht die Lehrerin anschauen, erhalten wir einen Strafpunkt“, berichtet Parissa, eine schmale Achtklässlerin mit dunklen Haaren. „Zwei Strafpunkte bedeuten Nachsitzen. Wer drei Strafpunkte hat, fliegt aus dem Unterricht.“

Die Michaela Community School hat den Ruf, die strengste Schule Großbritanniens zu sein. Schulleiterin und Gründerin Katharine Birbalsingh will mit den „Irrtümern progressiver Schulpolitik“ aufräumen. „Was Michaela von anderen Schulen unterscheidet, ist, dass unsere Lehrmethoden sehr traditionell sind“, sagt Birbalsingh. Selbstbestimmtes Lernen und Gruppenarbeit sind für sie nicht viel mehr als Babysitting. Das benachteiligte Kinder, deren Eltern sich nicht um ihre Bildung kümmern könnten. Damit hat die Mittvierzigerin sich ein Problem vorgenommen, dass die britische Schullandschaft schwer belastet. Im Bezirk

Brent, wo sie vor fünf Jahren ihre Schule eröffnet hat, spricht rund die Hälfte der Kinder eine andere Muttersprache als Englisch. Viele leben in Armut – und haben damit kaum Aussicht auf schulischen Erfolg. Kinder aus armen Familien hinken Schülern aus wohlhabenderem Elternhaus im Alter von 15 Jahren in einigen Fächern fast drei Jahre hinterher, ermittelte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Frontalunterricht Dagegen stemmt sich Katharine Birbalsingh. Sie ist überzeugt: Frontalunterricht, Auszeichnungen und Strafen geben Schülern die Orientierung, ohne die es viele nicht schaffen würden. Der Erfolg scheint ihr recht zu geben: Bei den ersten GCSE-Prüfungen zählte die Michaela-Schule im vergangenen Jahr zu den besten des Landes. GCSE entsprechen in etwa dem deutschen mittleren Schulabschluss, werden aber auch von Schülern abgelegt, die einen höheren Abschluss anstreben.

Michaela ist eine Free School, wie es sie seit rund zehn Jahren in Großbritannien gibt. Sie sind entstanden, weil die damalige Regierung aus Konservativen und Liberaldemokraten fest daran glaubte, dass mehr private Initiative der Schulbildung helfen würde: Lehrer, Bürgerinitiativen, Eltern oder Unterneh-

men dürfen seither eigene Schulen gründen. Sie sind staatlich finanziert und frei zugänglich, können den Lehrplan aber weitgehend selbst bestimmen und Gehälter festlegen.

Diese Schulform ist im Zuge einer Reform entstanden, die ursprünglich die frühere Labour-Regierung unter Tony Blair angestoßen hatte: Wo die kommunale Verwaltung versagte, durften Comprehensive Schools, die der deutschen Gesamtschule ähneln, sich in sogenannte Academies verwandeln. Sie unterstanden fortan einer privaten Stiftung, waren aber staatlich finanziert und frei zugänglich. Labour wollte so besonders der schlechten Bildung in armen Teilen des Landes ein Ende bereiten.

Vor allem die Schulen dort leiden unter jahrelangen Kürzungen. Die Schulaufsicht klagte, dass teils schon der Lehrplan zusammengestrichen werden müsse. Premierminister Boris Johnson hat für die kommenden drei Jahre zusätzliche Milliarden versprochen. Wirtschaftsforschern zufolge hilft das höchstens, um die Einschnitte der vergangenen Jahre auszugleichen.

Die Academies sollten auch helfen, das starke Ungleichgewicht zu beheben, das in Großbritannien zwischen privater und öffentlicher Schulbildung besteht. Rund 39 Prozent aller Führungskfiguren in Regierung, Wirtschaft, oder Medien hätten eine

teure private Schulbildung genossen, berichtet in einer aktuellen Studie der Sutton Trust, eine Stiftung, die soziale Mobilität im Vereinigten Königreich erforscht.

Die konservativ-liberale Koalitionsregierung weitete das Academy-Programm vor zehn Jahren aus. Dreiviertel der weiterführenden Schulen sind heute Academies und Free Schools. Einige der neuen Schulen hatten großen Erfolg. Ein Allheilmittel für mehr Chancengleichheit aber waren sie nicht. „Was das Versprechen der Academies angeht, die Situation ihrer Schüler zu verbessern, haben wir also ein sehr gemischtes Bild“, sagt Becky Francis, die das Institut für Erziehungswissenschaft am University College London leitet.

Druck Viele der neuen Schulen verfolgen ein ähnlich strenges Regime wie die Michaela Community School, aber nicht alle. Die Alperton Community School liegt nur einen kurzen Fußweg entfernt, ebenfalls in Brent. Lehrerin Andria Zafirakou begrüßt ihre Schüler morgens am Schultor. „Sie haben ein hartes Leben. Manchmal sehe ich sie morgens und merke gleich, dass etwas nicht in Ordnung ist“, sagt sie. Viele müssten sich um Geschwister kümmern. Ihre arbeitenden Eltern bekämen sie oft kaum zu Gesicht. Zumindest in der Schule will Zafi-

rakou etwas von dem Druck nehmen, der auf ihnen lastet. Die danken es ihr. „Sie ist für mich wie eine Mutter“, sagt Naseem, ein Neuntklässler.

Um ihre Schüler zu motivieren, hat Zafirakou ein Fach gewählt, das anderswo höchstens eine Nebenrolle spielt: Kunst. „Sie brauchen Neugier, Kreativität. Das sind genau die Fähigkeiten, die sie auch in anderen Fächern brauchen“, sagt sie. Tatsächlich zeigen die Schüler auch in Mathe oder Englisch gute Leistungen. Für ihr Engagement wurde Zafirakou vor zwei Jahren von einer Stiftung zur „besten Lehrerin der Welt“ gekürt. Und wie die harte Hand an der Michaela-Schule ein paar Straßen weiter hat auch die sanfte Lehrmethode von Andria Zafirakou Erfolg: In der Leistungsentwicklung der Schüler zählt die Alperton Community School zu den besten fünf Prozent im Land. **Benjamin Dierks**

Der Autor arbeitet als freier Journalist für den Deutschlandfunk.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



DAS LEBEN ÄNDERT SICH

Bitte benachrichtigen Sie uns bei:

Namensänderung

Adressänderung

Änderung der Bankverbindung

Telefonisch unter: 089-85853832, via E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de oder online unter: www.das-parlament.de/aboservice



Die drei Rettungssanitäterinnen scheinen überraschend gelassen, als sie die Notaufnahme verlassen. Northwick Park Hospital, ein hässlicher Betonbau aus den 1960er Jahren, steht im Nordwesten Londons. „Es ist schon eher hektisch derzeit“, sagt eine der Sanitäterinnen und fügt hinzu: „Das schaffen wir schon.“ Anlass zur Panik hätte sie genug. Erst kurz zuvor, Ende März, hatte das Northwick Park Hospital einen „kritischen Zwischenfall“ ausgerufen, also einen Notstand. Es wurden so viele Covid-19-Patienten eingeliefert, dass die Notaufnahme überfordert war. Anfang April kam dann sogar Premierminister Boris Johnson (55) mit Covid-19 in eine Londoner Klinik und erhielt zusätzlichen Sauerstoff. Bevor er auf die Intensivstation verlegt wurde, dankte er den „brillanten Mitarbeitern“ des National Health Service (NHS). Die Pandemie stellt die größte Herausforderung in der Geschichte des NHS dar. Freilich setzt die Virenkrankung auch die Gesundheitssysteme anderer Länder unter Druck, aber der NHS ist besonders schlecht vorbereitet. In diesen Wochen zeigen sich die Schwachstellen im britischen Gesundheitssystem besonders deutlich. Dabei hatte alles so vielversprechend angefangen.

Kostenlose Behandlung Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Labour-Regierung unter Premierminister Clement Attlee entschlossen, die Gesundheitsversorgung auf eine einheitliche und faire Basis zu stellen. Bis anhin war der Arztbesuch oft mit hohen Kosten verbunden, und nicht überall gab es Wohlfahrtseinrichtungen, die ärmeren Bürgern aushelfen konnten. „Der Kern eines guten Gesundheitssystems besteht darin, dass Armut keine Behinderung darstellt und dass Reichtum nicht bevorzugt wird“, sagte damals Aneurin Bevan, der charismatische Gesundheitsminister. Der NHS, der 1948 öffnete, war bahnbrechend: Alle Bürger haben seither denselben Zugang zur Gesundheitsversorgung, und die Behandlung ist kostenlos: Das gesamte Budget wird über Steuern finanziert. Ärzte, Optiker, Apotheker, Krankenpfleger und Zahnärzte arbeiten für dieselbe Organisation – der NHS ist einer der größten Arbeitgeber weltweit, derzeit beschäftigt er rund 1,5 Millionen Angestellte.

Das anfängliche Gesundheitsbudget nahm sich recht bescheiden aus: 1948 steckte der Staat 437 Millionen Pfund in den NHS, was heute etwa 15 Milliarden Pfund entspricht. In den folgenden Jahrzehnten ließen die hohen Gesundheitskosten den Haushalt stetig anwachsen. Derzeit gibt England jährlich fast 130 Milliarden Pfund für die Gesundheitsversorgung aus (der NHS in Schottland und Wales wird von den Regionalregierungen verwaltet). Im Vergleich zu anderen Industrieländern ist das relativ wenig. Laut Zahlen der OECD belaufen sich die Gesundheitsausgaben in Großbritannien auf 9,8 Prozent des BIP, während es in Deutschland 11,2 Prozent sind; in den USA fast 17 Prozent.

Wachsende Probleme Der NHS ist effizient und bei der Bevölkerung sehr beliebt – aber er steckt seit vielen Jahren in immer größeren Schwierigkeiten. Lange Wartezeiten für Operationen und Notfälle, überarbeitete Ärzte und Krankenpfleger sowie mangelhafte Ausrüstung. Die Liste der Missstände ist lang. In jedem Winter sind die Notaufnahmen überlastet. Im Februar 2018, als der NHS seinen 70. Geburtstag feierte, marschierten Zehntausende Demonstranten durch London und andere Städte und forderten die Regierung auf, etwas gegen die Krise im Gesundheitssystem zu unternehmen. „Save Our NHS“, hieß es – Rettet unseren NHS. Ein Teil des Problems ist die schrittweise Privatisierung. Bereits Anfang der 1990er

Kurz vor dem Kollaps

GESUNDHEITSDIENST Die Coronakrise bringt den britischen NHS in Bedrängnis und könnte bei den verantwortlichen Politikern zu einem Umdenken führen



In diesem provisorischen Krankenhaus in London werden Coronapatienten versorgt. Der britische Gesundheitsdienst ist auf die Epidemie nicht gut vorbereitet. © picture-alliance/empics

Jahre begann eine langsame Öffnung des NHS für private Akteure, die sowohl von konservativen wie auch von Labour-Regierungen mitgetragen wurde. In allen möglichen Sektoren sind heute Privatfirmen aktiv – von Physiotherapie über Augenheilkunde bis zu Diagnostik (Hausärzte, sogenannte General Practitioners, sowie Zahnärzte sind schon seit 1948 unabhängig und verkaufen ihre Dienste an den NHS). David Rowland, Direktor des Centre for Health and the Public Interest (CHPI), hat errechnet, dass rund 18 Prozent des NHS-Etats in den Privatsektor fließen. Das verursacht zusätzliche Kosten, weil die Firmen Geld für Anwälte oder Werbung ausgeben. Das CHPI schätzte 2014, dass diese Transaktionskosten rund 4,5 Milliarden Pfund pro Jahr betragen. Auch strengen Privatanbieter zuweilen Klagen gegen den NHS an. So hat Virgin Care den Gesundheitsdienst verklagt, weil der Auftrag für die Kinderfürsorge in Surrey nicht an den Konzern des bekannten Unternehmers Richard Branson ging. Virgin Care argumentierte, dass die

Auftragsvergabe fehlerhaft gewesen sei. Der NHS stimmte einem Vergleich zu und zahlte Virgin zwei Millionen Pfund.

Rigoroses Sparprogramm Eine größere Herausforderung ist die Tatsache, dass der NHS seit der Finanzkrise von 2008 nicht genug Geld erhält. Nachdem die Regierung den Banken unter die Arme gegriffen hatte, versuchte sie die Staatsschulden abzubauen, indem sie ein rigoroses Sparprogramm umsetzte. Alle öffentlichen Sektoren waren davon betroffen – aber der NHS sollte eigentlich ausgenommen sein. „In gewisser Hinsicht war er das auch“, sagt John Appleby, Chefökonom des Thinktanks Nuffield Trust, der sich mit Gesundheitsfragen befasst. „Aber die Budgeterhöhung betrug ab 2010 lediglich 1,5 Prozent über der Inflation. Wenn man das vergleicht mit den jährlichen vier Prozent, die es seit 1948 waren, oder den sechs Prozent ab dem Jahr 2000, ist das wenig.“ Jedenfalls reichte das Geld nicht, um mit den wachsenden Ausgaben des Gesundheitsdienstes Schritt zu halten.

„Die Folgen waren einige Jahre nach Beginn der Sparpolitik zu sehen: Insbesondere die Wartezeiten wurden immer länger“, sagt Appleby. Laut Vorgabe des Gesundheitsministeriums müssen 95 Prozent der Patienten, die in die Notaufnahme eingeliefert werden, innerhalb von vier Stunden behandelt werden. Dieses Ziel wurde zum letzten Mal 2014 erreicht; seither haben sich die Wartezeiten stets verlängert, im Oktober 2019 wurden nur 83,6 Prozent der Patienten innerhalb der vorgegebenen Zeit untersucht – ein Negativrekord.

Betten fehlen Die Finanzklemme zeigte sich auch in anderen Bereichen. Dem NHS fehlen rund 100.000 Angestellte, vor allem Krankenpfleger. Einschnitte bei „Public Health“-Institutionen, etwa Kliniken für Geschlechtskrankheiten oder Initiativen gegen das Rauchen, wirken sich nachteilig auf die Gesundheit der Bevölkerung aus. Zudem stehen in den Krankenhäusern immer weniger Betten zur Verfügung. Zwischen 2010 und 2019 sank deren Zahl von

144.000 auf 127.000. Im Jahr 2017 verfügte Großbritannien laut OECD über 2,5 Krankenhausbetten pro 1.000 Einwohner – in Deutschland waren es acht. Die

STICHWORT

Der National Health Service (NHS)

> **Gründung** Der NHS wurde 1948 unter Premierminister Clement Attlee gegründet. Der Ökonom und Politiker William Beveridge legte mit dem Beveridge-Report die Grundlage für ein wohlfahrtsstaatliches Gesundheitssystem.

> **Finanzierung** Der NHS wird aus Steuermitteln finanziert. Alle Briten können die Leistungen kostenlos nutzen.

> **Größe** Der NHS zählt mit rund 1,5 Millionen Mitarbeitern zu den größten Arbeitgebern weltweit.

Einsparungen haben auch zur Folge, dass die NHS-Mitarbeiter völlig überarbeitet sind. Im vergangenen Jahr gaben in einer Umfrage fast 40 Prozent an, der Stress am Arbeitsplatz mache ihnen gesundheitlich zu schaffen. Fast 80 Prozent sagten, sie seien einem enormen Zeitdruck ausgesetzt.

Pflege unter Druck Die Sparpolitik wirkt sich auch negativ auf die Pflegeversorgung aus. Die Verantwortung sich um Alte und Pflegebedürftige zu kümmern, liegt bei den Kommunen, den Councils. Doch weil diese ihr Geld zum großen Teil von der Zentralregierung erhalten, waren sie von der Austeritätspolitik ab 2010 besonders getroffen. Manche verloren in den folgenden zehn Jahren 60 Prozent ihres Budgets. Das zwang sie dazu, Jugendclubs, Bibliotheken und andere Sozialeinrichtungen zu schließen – und bei der Sozialfürsorge zu sparen. Viele hatten schlichtweg keine Mittel mehr, die nötigen Pfleger einzustellen. Von 2010 bis 2018 schrumpfte die Summe, die in England für Sozialpflege ausgeben wurde, um sieben Milliarden Pfund. Der Branchenverband Association of Directors of Adult Social Services warnte im vergangenen Sommer, dass der Dienst in manchen Kommunen kurz vor dem Kollaps stehe. Aufgrund der jahrelangen Budgetkürzungen müssten bald Zehntausende ältere und invalide Menschen ohne grundlegende Versorgung auskommen. Das hat auch Auswirkungen auf die Krankenhäuser. „Es wurde zunehmend schwierig, körperlich gesunde Patienten aus dem Krankenhaus zu entlassen, weil die Lokalbehörden sich nicht um sie kümmern konnten“, sagt Appleby. Es handelt sich um eine erhebliche Zahl von Menschen, denn wie in anderen Ländern sind rund die Hälfte der Patienten über 65 Jahre alt. „Dies wirkte sich auch auf andere Abteilungen aus – zum Beispiel müssen Patienten, die über die Notaufnahme ins Spital geliefert werden, auf ein freies Bett warten.“

Keine Schutzausrüstung Unter diesen Voraussetzungen ist das britische Gesundheitssystem denkbar schlecht auf die aktuelle Coronapandemie vorbereitet. Im Vergleich zu anderen westlichen Ländern hat Großbritannien im Verhältnis zur Bevölkerung weniger Ärzte, weniger Krankenpfleger und weniger Intensivbetten. Aber trotz aller frühzeitigen Warnungen kam die Regierung von Boris Johnson nur sehr langsam in die Gänge. Während Deutschland Ende März täglich Zehntausende Coronatests schaffte, konnten sich in Großbritannien nicht einmal die NHS-Mitarbeiter testen lassen.

Auch fehlt es an der nötigen Schutzausrüstung. Als sich die Zahl der Infektionen Mitte März ausbreitete, hörten die Briten mit Entsetzen von Pflegern, die sich Plastiksäcke über die Schuhe gestülpt und selbstgebastelte Gesichtsmasken aufgesetzt hatten. Richard Horton, Chefredakteur des angesehenen medizinischen Fachjournals „The Lancet“, wertete die Art und Weise, wie die Coronakrise in Großbritannien gehandhabt wird, als den „gravierendsten wissenschaftspolitischen Misserfolg seit einer Generation“.

Experten sagen voraus, dass die Erfahrungen mit der Epidemie den Forderungen nach einer angemessenen Finanzierung des NHS Nachdruck verleihen werden. „Ich vermute, dass sich die Haltung der Öffentlichkeit ändern wird“, sagt etwa John Appleby. „Sie sehen, was der NHS für Probleme hat – in Bezug auf die Beschaffung von Schutzausrüstung, die Zahl der Betten, den Mangel an Fachpersonal. Und sie werden zu dem Schluss kommen, dass der Gesundheitsdienst mehr Geld braucht. Diese Botschaft wird zu den Politikern durchdringen.“

Peter Stäuber |

Der Autor ist freier Journalist in London.

Systemwechsel in Krisenzeiten

ARZNEIMITTEL Durch den Brexit muss die Versorgung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten in Europa neu organisiert werden

Gesundheitsfachleute machen sich Sorgen, denn der Pharma-Brexit bringt Unsicherheiten für die medizinische Versorgung in der Europäischen Union (EU) und dem Vereinigten Königreich (UK) mit sich. Die Coronapandemie verschärft die Lage noch, denn Europa steckt mitten in einer Gesundheitskrise mit allen Unwägbarkeiten, etwa für die Arzneimittelversorgung. Viel Zeit bleibt nicht, um bis Ende des Jahres Anschlussregelungen auszuhandeln, die eine bestmögliche Versorgung mit Medikamenten und Medizinprodukten hüben wie drüben ermöglichen. Da der Arzneimittelmarkt in UK und EU eng verflochten ist, ergibt sich mit dem Brexit nun ein besonders komplexes Handlungsfeld. Es geht um mögliche Engpässe bei bestimmten Arzneimitteln, Doppelstrukturen für Pharmafirmen, die europaweit verkaufen wollen, erweiterte Zulassungsprozesse und logistische Anforderungen etwa beim Transport

empfindlicher Medikamente. In Deutschland kommt dabei viel Arbeit auf das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zu, das sich darauf eingestellt hat, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Die Experten der Behörde erwarten „erhebliche Auswirkungen auf den Arzneimittelverkehr und -markt“, geben sich aber zuversichtlich, dass es nicht zu Engpässen kommt. Das BfArM habe „in Bezug auf die versorgungsrelevanten Arzneimittel eine systematische Abfrage unter Berücksichtigung aller relevanten Aspekte durchgeführt, um möglichst frühzeitig mögliche Versorgungsrisiken zu identifizieren und geeignete Maßnahmen abstimmen zu können.“ Die Auswertung habe ergeben, dass „mit keinem Versorgungsengpass bei den als versorgungsrelevant eingestuften Arzneimitteln zu rechnen ist“, erklärte die Behörde.

Neue Adresse Die wichtigste Trennung ist schon vollzogen: Die Europäische Arzneimittelagentur EMA, die bei der Zulassung von Arzneimitteln in der EU eine zentrale Rolle spielt und auch laufend die Sicherheit der Medikamente (Pharmakovigilanz) überwacht, hat bereits im März 2019 ihren



Die Europäische Arzneimittelagentur

Sitz von London nach Amsterdam verlegt, um weiter handlungsfähig zu sein. Wenn ein Arzneimittel im gesamten EU-Wirtschaftsraum vertrieben werden soll, ist ein zentrales Zulassungsverfahren nötig. Die EMA koordiniert das Verfahren und bewertet das Medikament, die EU-Kommission erteilt dann auf Empfehlung der EMA die

Zulassung. Die Briten können mit dem Brexit nicht mehr Reference Member State (RMS) oder Rapporteur in solchen Zulassungsverfahren sein. Die britische Zulassungsbehörde (MHRA) steht für Verfahren innerhalb der EU nicht mehr zur Verfügung. Der Bundesverband der Arzneimittelhersteller (BAH) fordert, in der Übergangsphase praktikable Regularien zu vereinbaren. Das Ziel müsse ein umfassendes Anerkennungsabkommen sein. Ohne Abkommen seien vor allem in Großbritannien Liefer- und Versorgungsengpässe nicht auszuschließen. Für Deutschland geht der Verband von einer sicheren Versorgungslage aus, da hier nicht gleich das ganze System umgestellt werden müsse.

Exporte Deutsche Hersteller haben laut BAH 2018 für mehr als vier Milliarden Euro Pharmazeutika nach Großbritannien geliefert. Von dort kamen Waren für knapp zwei Milliarden Euro nach Deutschland. Insbesondere deutsche Hersteller hätten wegen des Exportüberschusses ein Interesse daran, dass die bisherigen Regeln beibehalten würden. Wie eng die Verflechtungen in die EU sind, zeigt eine andere Zahl: Laut

Angaben von 2017 exportierten die Briten monatlich 45 Millionen Packungen Fertigarzneimittel in die EU, in umgekehrter Richtung waren es 37 Millionen Packungen. Hinzu kamen Generika, verschreibungsfreie Medikamente (OTC) sowie Medizinprodukte. Optimistisch gibt sich das Bundesgesundheitsministerium und verweist darauf, dass Arzneimittel und Medizinprodukte, die vor Ende der Übergangsfrist rechtmäßig in den Verkehr gebracht wurden, auch nach der Übergangszeit gehandelt werden dürfen, bis sie die Endverbraucher erreichen. Es gebe derzeit keine Hinweise darauf, dass der Brexit zu ernsthaften Problemen in der Versorgung mit Arzneimitteln und Impfstoffen führen werde.

In der Übergangsphase bis Ende 2020 dürften britische Benannte Stellen weiterhin Zertifikate für Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika ausstellen. Unklar sei aber, ob britische Benannte Stellen nach Ablauf der Übergangsphase weiter aktiv sein könnten. Künftig soll zudem eine novellierte EU-Verordnung für Medizinprodukte (MDR) gelten. Demnach müssen alle Benannten Stellen neu bewertet und notifiziert werden. Die EU-Verordnung sollte

eigentlich schon ab Ende Mai 2020 gelten. Nun soll sie wegen der Coronakrise um ein Jahr verschoben werden.

Die Bundesregierung will die Verhandlungen in der Übergangsphase für Regelungen in drei Bereichen nutzen: Die Absicherung der Bürger im Krankheits- und Pflegefall, die Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie den Warenverkehr mit Arzneimitteln und Medizinprodukten. Weil nach dem Ende der Übergangsfrist bestimmte Sozialabkommen nicht mehr gelten, sollen Neuregelungen verhindern, dass es zu Problemen bei der Absicherung im Krankheitsfall sowie bei der Abrechnung von Kranken- und Pflegeversicherungsleistungen im jeweils anderen Land kommt. Womöglich wird die Coronakrise die Verhandlungen beeinflussen, denn eines zeigt die Notlage schon: Kooperation ist hilfreicher als Abschottung. Laut BfArM gibt es derzeit noch keine Hinweise auf eine eingeschränkte Arzneimittelversorgung durch Produktionsausfälle etwa in China. Dafür hat die Behörde „eine nicht bedarfsgerechte Bevorratungsstrategie einzelner Akteure“ beobachtet. Solche Hamsterkäufe bei Arzneimitteln könnten „lokal zu Lieferengpässen“ führen.

Claus Peter Kosfeld |



Das Empire lebt

KULTUR I Sparkurs, Brexit und jetzt Corona: Britanniens Kulturindustrie ist Kummer gewohnt und besitzt doch große Strahlkraft. Die Regionen stehen bei der Förderung im Schatten der Hauptstadt

Britanniens Kulturindustrie liegt in Schockstarre, fast wie im Koma. Alles steht im Bann der Corona-Krise. Museen und Galerien, Theater, Kinos und Konzerthallen sind zugesperrt, wohl mindestens bis Mai werden die meisten großen Institutionen des Kulturbetriebs geschlossen bleiben. Gespenstisch leer ist es im Londoner Zentrum und im Westend, dem sonst so belebten Ausgeh- und Touristenviertel. An manche Fensterscheibe hat man Holz- oder Metallplatten als Schutz gegen Einbrecher geschraubt. Kaum Verkehr, kaum Menschen sieht man auf den Straßen. Es ist beklemmend still in der Weltstadt.

Wie ein Blitz Die Corona-Krise hat das ganze Land wie ein Blitz getroffen und schwer verletzt – auch den Kultursektor. Mehr als zwei Millionen Menschen sind in den verschiedensten Bereichen der Kulturindustrie beschäftigt, in der Medien-, Film- und Musikszene, in Verlagen und Büchereien, in der Werbebranche, in Theatern und Galerien, im Bereich Architektur, Design, Kunsthandwerk, Fotografie, Computereanimation und Videospiele. Viele arbeiten in Kleinunternehmen, viele sind Freiberufler. Die scharfe Rezession infolge des Corona-Stillstands trifft sie ins Mark. Gigantische Ausfälle erleiden sie durch wegbleibende Touristen. In normalen Zeiten ist London eine der drei meistbesuchten Städte der Welt, hinter Bangkok und etwa gleichauf mit Paris. Rund 20 Millionen Ausländer strömten 2019 in die Metropole

an der Themse, das gesamte Königreich verzeichnete etwa doppelt so viele Reisende. Fast ein Zehntel ihres Einkommens verdankt die Hauptstadt dem Tourismus. Der ist nun völlig ausgetrocknet, Hotels und Restaurants kämpfen ums Überleben. Aber sie hoffen, dass nach der Krise die Anziehungskraft der Kulturmetropole das Rad schnell wieder zum Laufen bringt. Vier der zehn meistbesuchten Museen der Welt liegen in der britischen Hauptstadt: das British Museum mit den Elgin Marbles und dem Stein von Rosetta, die Tate Modern mit moderner und zeitgenössischer Kunst, die National Gallery mit Meisterwerken der Malerei vom Mittelalter bis zum Impressionismus und zum frühen 20. Jahrhundert, und das Natural History Museum. Sie ziehen jeweils fünf bis sechs Millionen Besucher im Jahr an, die nicht einmal Eintritt zahlen brauchen. Zum Vergleich: Der Louvre, das meistbesuchte Museum der Welt, kam 2019 etwas über zehn Millionen Besucher. Ins Victoria & Albert Museum gingen zuletzt vier Millionen, der Tower zog drei Millionen Schaulustige an. Daneben gibt es einen Dschungel an mittleren und kleinen Kultureinrichtungen – allein 240 Theater in London. Kulturell ist Britannien bis heute eine Großmacht. Britische Künstler haben die moderne Welt geprägt, die Popmusikgeschichte etwa wäre undenkbar ohne sie. Aus Liverpool traten die Beatles ihren Siegeszug an und wurden die bekannteste Band des 20. Jahrhunderts, auch der Punk stammte von der Insel. Kinofans lieben James Bond, der als Agent 007 die Feinde

ihrer Majestät erledigt. Monty Python mit ihrem skurrilen Humor begeistern bis heute Millionen. Das Image der Briten schwankt so zwischen Lässigkeit und Disziplin, Coolness und Steifheit. Auf jeden Fall kann sie nichts so schnell aus der Bahn werfen. Tief aufgewühlt hat aber der Brexit-Streit die Kulturszene. Die Mehrheit der liberalen Künstler und Intellektuellen wollte keinen EU-Austritt, anders als die 17,4 Millionen Briten (51,9 Prozent), die im Juni 2016 für den EU-Austritt stimmten. Das Ergebnis war für viele ein Schock. Man sorgte sich um die Verbindung zum europäischen Kontinent, fürchtete um die Reisefreiheit und dass der Zugang zu Brüsseler Fördertöpfen endet. Die EU war für viele ein Ersatzwaterland.

Blase Nur wenige bemühen sich zu verstehen, warum die Mehrheit der Briten, besonders außerhalb der Hauptstadt, anders denkt. In einem kurzen Moment der Selbstkritik merkte der Musikproduzent und Songwriter Brian Eno im „Guardian“ an, dass nicht die Brexit-Bewegung, sondern offenbar die linke Kulturszene in London in einer Blase gelebt habe. Man habe nicht gemerkt, wie draußen die Stimmung war. Auch vor der Dezember-Wahl wiederholte sich dieses Spiel: Während Eno in einem wütenden Song die

Tory-Regierung („Government from hell“) angriff und für Labour-Chef Jeremy Corbyn warb, entschieden die Wähler genau andersherum. Inzwischen sind die Brexit-Sorgen verblasst gegenüber den existenziellen Ängsten, welche die beispiellosen Folgen der Corona-Krise auslösen. Die wirtschaftliche Basis Tausender Kulturschaffender zerbröckelt. Immerhin gibt es milliardenschwere Hilfs-

»Die linke Kulturszene in London hat in einer Blase gelebt.«

Brian Eno, Produzent

pakete, die Finanzminister Rishi Sunak in Windeseile geschnürt hat, finanziert mit Zig-Milliarden neuen Schulden. Wie vor einem Jahrzehnt infolge der Finanzkrise explodiert jetzt das Staatsdefizit. Eine Dekade Sparpolitik liegt hinter dem Königreich, die auch für die Kulturinstitutionen magere Jahre brachte, die noch immer nachwirken. Museen und Theater mussten mit schrumpfendem Budgets zurechtkommen. Zum Teil habe die konservative Regierung in den vergangenen Jahren Einschnitte in der Kulturförderung auch aus politischem Kalkül gesetzt, vermutet Lorne Campbell, früherer Direktor der Northern Stage in Newcastle, jetzt am National Theatre Wales. Wenn die Tories bei linken, „progressiven“ Theatern den Rotstift ansetzen, käme das bei „reaktionären“ Wählern gut an, nach dem Motto „Gut, dass dieser Mist gestrichen wird“, so Campbell.

Allerdings haben auch Kulturinstitutionen, die bei Konservativen hoch im Kurs stehen, wie die großen nationalen Museen, einen harten Sparkurs verkraften müssen. Die Förderung ist real um fast ein Fünftel zusammengeschmolzen. Vielfach bröckele die Substanz, warnte der Rechnungshof National Audit Office jüngst in einem Bericht über fünfzehn große Museen und Galerien: Installationen sind veraltet, von der Fassade der Wallace Collection brachen Teile ab, das Dach des Birmingham Museum and Art Gallery müsste dringend renoviert werden. Private Sponsoren geben gerne Geld für glänzende Ausstellungen, weniger gern für die Instandhaltung. Bei der öffentlichen Kulturförderung zeigt sich zudem eine große regionale Unwucht: London erhält mit Abstand den Löwenanteil der öffentlichen Mittel. Zurecht gibt es Klagen über ein vernachlässigtes Kulturleben in der Provinz, in den Städten im Norden Englands und den Midlands, jenen Regionen, die auch durch den industriellen Niedergang wirtschaftlich viel schlechter dastehen als London mit seinem glitzernen Finanzzentrum. Ein Bericht des Thinktanks Onward hat die Verteilung der Zuwendungen des Arts Council England und des Kulturministeriums in den sieben Fiskaljahren bis 2017/2018 untersucht. Das Ergebnis: Fast die Hälfte des Geldes ging an Einrichtungen in London. Über die sieben Jahre erhielten die Londoner 687 Pfund öffentliche Kulturförderung pro Kopf, fast fünfmal so viel wie der Durchschnitt des restlichen Königreichs (144 Pfund).

Das entspricht dem traditionellen Muster britischer Förderpolitik, auch bei den Ausgaben für Verkehrsinfrastruktur, für Forschung oder Wohnungsbau, die sich auf London und Umgebung konzentrieren. „Seit Jahrzehnten schaufeln wir Dünger in jene Teile unserer Volkswirtschaft, die schon blühen, während wir den Samen anderswo das nötige Wasser verweigern“, kritisierte der konservative Abgeordnete Neil O'Brien, Mitautor des Onward-Berichts.

Förderung für Regionen Inzwischen hat sich die Regierung zum Ziel gesetzt, das Muster zu ändern. „Levelling up“ – also das Niveau der „abgehängten“ Landesteile anheben, lautet das Motto der Regierung Johnson, die ihren triumphalen Sieg vor allem Zugewinnen in ehemaligen Labour-Hochburgen in Nordengland und Mittelengland verdankt. In erster Linie sind Milliarden-Ausgaben für Infrastrukturprojekte eingepflanzt, es gibt aber auch eine maßvolle Umverteilung von Kulturfördermitteln. Der Arts Council England bemüht sich seit einigen Jahren um einen verstärkten Fokus auf die Regionen jenseits der Hauptstadt. Wie es nach der Corona-Krise mit der Kulturförderung weitergeht, steht aber in den Sternen. Zu befürchten ist, dass nach der Defizitorgie wieder das Regiment leerer Kassen beginnt.

Philip Pickert

Der Autor ist Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in London.

Appell für den Zusammenhalt

KULTUR II Bei den britischen Konsumenten überwiegt die Sehnsucht nach dem Glanz besserer Tage. Die scharf geführte Brexit-Debatte hat den Kulturbetrieb politisiert

Wie sagt Orson Welles als Harry Lime im Film „Der dritte Mann“? „In den 30 Jahren unter den Borgias hat's nur Krieg gegeben, Terror, Mord und Blut. Aber dafür gab's Michelangelo, Leonardo da Vinci und die Renaissance.“ Zeiten der Krise sind gut, zumindest für die Entfaltung der Kunst, weil gesellschaftliche Spannung Kreativität provoziert. Künstler setzen ihre Beobachtung, wie die Menschheit einer neuen Herausforderung begegnet, in Musik um, in Literatur, Dichtung, Maler- und Bildhauerei.

Die jüngsten, heftigen Krisen haben die Kunst auf der Insel zunehmend politisiert. Was einst die Reaktion auf Margaret Thatchers Privatisierungspolitik war, sind heute der Brexit und die weit verbreitete soziale Ungleichheit. Vier Jahre lang hat der Brexit das Land umgetrieben und einen tiefen Spalt durch die Nation gerissen. Der EU-Austritt ist noch gar nicht ausgestanden, da ist die nächste Krise über die Insel hereingebrochen: die Coronavirus-Pandemie (siehe auch Text oben).

Binnen Tagen hatte London sein erstes buntes Symbol. „London Stands Together“, lautet der Schriftzug eines Plakats, eingerahmt von einem Regenbogen und einem Herzen, entworfen von Peter Blake. Der 87-Jährige ist eine lebende Legende, der Großvater der

britischen Pop Art. Der Illustrator gestaltete 1967 das Beatles-Plattencover für „Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band“. Da eine Londoner Gratiszeitung das Design in gedruckter Form und zum Herunterladen im Internet verteilte, schmückte Blakes Regenbogen Tausende Fenster in der Hauptstadt. Ein auf Papier gebannter Versuch, inmitten von Krankheit und Tod ein Gefühl der Solidarität und Lebensfreude zu vermitteln. Ein Appell für den Zusammenhalt der fast Neun-Millionen-Metropole. „Kunst ist ein Ort, an dem wir uns gegenseitig über Wasser halten, obwohl wir uns nicht berühren können. Ein Ort der Ideen, der Menschen willkommen heißt. Eine Zone der Verzauberung wie auch des Widerstands, die selbst jetzt allen offen steht“, schreibt die Kulturkritikerin Olivia Laing.

Lager Ganz im Gegensatz dazu haben sich von Beginn an zwei unversöhnliche Lager auf beiden Seiten der Frage über die EU-Mitgliedschaft versammelt. Dieses Spannungsfeld goss Grayson Perry, eines der exzentrischsten und bekanntesten Gesichter der Londoner Kunstszene, bereits im Sommer 2017 für eine Show in der Serpentine Gallery in Vasenform und Gobelins. Auf den Keramikern mit dem Titel „Brexit Va-

ses“ bannte Perry die Konterfeis von David Cameron und Nigel Farage. Sein wandfüllender Gobelin „Battle of Britain“ ist das düstere Bildnis einer im Smog versinkenden Landschaft, die Straßen und Autobahnen durchziehen und der vor allem eines vermittelt: Richtungslosigkeit.

Perry gehörte zu den prominentesten Künstlern in der Brexit-Debatte, zumal er für einen Fernsehsender durchs Land zog für eine Dokumentation mit dem Titel „Geteiltes Großbritannien“. Doch während der Künstler seinen Widerstand gegen den Brexit nur moderat äußerte, ist vor allem die junge Mu-

sikszene in Aufruhr. Wie wenig junge Briten mit den Konservativen und Boris Johnson anfangen können, das konnte die Tory-Partei nicht nur aus den jüngsten Wahlen lesen, bei denen sie kaum Stimmen der jungen Generation bekam. Sie kann es auch laut und deutlich aus den Liedtexten von Rappern und Hip-hop-Musikern heraushören. Slowthai zum Beispiel, ein Rapper aus Northampton, nannte sein 2019 erschienenes Album „Nothing Great About Britain“. Auf der Bühne heizt er seine Fans an: „Und jetzt alle zusammen: Fuck Theresa May!“ Auch Mays Nachfolger Johnson fand seinen Namen im Sommer 2019 auf der ganz großen Bühne wieder. Der Grime-Star Stormzy, einer der erfolgreichsten Künstler auf der Insel der vergangenen Jahre, wiederholte immer wieder und unter dem Gejohle von Hunderttausenden Glastonbury-Festivalbesuchern, live im BBC-Fernsehen übertragen, die Liedzeile: „Fuck the government and fuck Boris (yeah)“. In die Kritik an Boris und am Brexit fließt aber weit mehr ein als die Ablehnung des EU-Austritts. Es geht um fehlende soziale Gerechtigkeit, um mangelnde Chancen für die junge Generation und natürlich um Rassismus. „Wenn der Top-Politiker in unserem Land Schwarze als Wassermelonen-Grüner bezeichnen kann und muslimische

Frauen mit Briefkästen vergleicht – dann treibt er andere zum Hass an“, äußerte Stormzy scharfe Kritik an Premier Johnson.

Mehrheit Es gibt aber auch eine andere Seite der britischen Kunst, die zumindest in Hinsicht auf die Zahl der Konsumenten wesentlich populärer ist als die Tory- und Brexit-Kritiker aus der Grime-Szene. Es sind die unzähligen historischen Fernseh- und Kinofilme, beispielsweise „Dunkirk“ oder „The Darkest Hour“, die die Briten stets auf der richtigen Seite der Geschichte darstellen. Auch „Downton Abbey“ ist nur eine der vielen „period drama series“, die der Briten Sehnsucht nach dem Glanz vermeintlich besserer Tage und die Obsession mit der Klassengesellschaft befriedigen. Deren Publikum gehört zu einer Mehrheit, die gut mit dem Brexit und einem Premier Johnson leben kann – wie der haushohe Sieg der Konservativen im Dezember 2019 bewiesen hat.

Stefanie Bolzen



Ein Bild aus besseren Tagen: Das Britische Museum in London

© picture-alliance/imageBROKER



Der Künstler Grayson Perry – hier bei der Eröffnung der Ausstellung „The Most Popular Art Exhibition Ever!“ im Jahr 2017 – reflektiert in seinen Werken die Umwälzungen der britischen Gesellschaft.

© picture alliance/Photoshot

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Aus der Presse, aus dem Sinn

Eigentlich jede Nachricht, jede TV-Sendung, jeder Radiobeitrag, jede Glosse kennt nur noch ein Thema: Corona/Covid-19 und dann vielleicht auch noch Covid-19/Corona. Das ist richtig, wichtig und alles ganz schlimm. Aber auch zu viel. Klar, es gibt die Möglichkeiten zur Zerstreuung: Netflix hat ein großes Angebot, auf YouTube lassen sich bis zum jüngsten Gericht (vermutlich am 30. Mai) Katzenvideos glotzen, und in einem Akt grenzenloser Solidarität hat Pornhub den „Premium“-Bereich der Seite für alle geöffnet. Aber auch die mächtigste Kulturindustrie kann die Masse nicht auf ewig betrügen. Es gibt keine richtige Serie im falschen Corona-Leben. Kein Alkohol ist auch keine Lösung, aber nur die Kneipen sind dicht und man brennt inzwischen Desinfektionsmittel statt Schnaps. Opium fürs Volk fällt ebenfalls aus, weil einerseits Gotteshäuser unter das Versammlungsverbot fallen und andererseits die Dealer aus den Parks verschwunden sind. Überhaupt: Im Park allein auf einer Bank in die Fantasiewelten großer Autorinnen und Autoren zu versinken, ist je nach Bundesland auch kurz vor dem Kerker.

Warum also nicht in die Ferne schweifen? In Turkmenistan zum Beispiel gibt es nach Zahlen der Weltgesundheitsorganisation überhaupt keine Corona-Fälle. Null. Das klingt ziemlich verlockend, allerdings machte in den vergangenen Tagen die Meldung die Runde, dass dort verboten wurde, das Wort „Corona“ überhaupt zu nennen. Das lässt sich allerdings schwer überprüfen, weil Turkmenistan die Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen anführt. Von unten – Platz 180 von 180. Dann lieber doch alleine auf den Balkon. Mit Buch. *Sören Christian Reimer*

VOR 65 JAHREN...

Deutschland hisst Flaggen

20.4.1955: Verfügung zur Beendigung der Besatzung. 5. Mai 1955, 15 Uhr: Auf den Dienstgebäuden der Ministerien der Bundesrepublik Deutschland wird die schwarz-rot-goldene Flagge gehisst. Es ist der Tag der offiziellen Beendigung des Besatzungsregimes. Dass von diesem Tag an vielerorts die deutsche Flagge wehte, ging auf eine Verfügung der Bundesregierung vom 20. April 1955 zurück.



Als Verfassungsorgan regelt der Bundestag seine Beflaggung eigenständig.

In einem sechsstufigen Papier, datiert auf den 14. April und unterzeichnet von Kanzler Konrad Adenauer und Innenminister Gerhard Schröder (beide CDU), beschrieb die Regierung detailliert, wann, wo und wie Dienstgebäude des Bundes nach der Wiedererlangung der Souveränität zu beflaggen seien. So sollten die Dienstgebäude der obersten Bundesbehörden am Sitz der Bundesregierung und das Bundeshaus in Berlin täglich beflaggt werden. Für weitere Dienstgebäude wurden „regelmäßige allgemeine Beflaggungstage“ eingeführt. Darunter der Neujahrstag, der Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai oder der Tag der deutschen Einheit, damals der 17. Juni. Je nach Art der Behörde sollte die Bundesflagge, die Bundesdienstflagge – mit Bundesschild und Bundesadler – oder die Bundespostflagge – mit Posthorn – gehisst werden. Und zwar in der Regel „an aufrecht stehenden“ Masten. Dass auf und vor dem Reichstagsgebäude in Berlin heute unterschiedlichste Flaggen wehen, hängt übrigens nicht mit der inzwischen mehrfach geänderten Verfügung zusammen. Der Bundestag regelt als eigenständiges Verfassungsorgan sein Beflaggungswesen selbst.

Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: BESUCH BEI EINER BRITIN IN KONSTANZ



Die Britin Madelaine Pitt (rechts oben), die aus den West-Midlands (Bild rechts unten) kommt, wünscht sich eine berufliche und persönliche Zukunft in der Europäischen Union. Seit 2019 studiert sie an der Universität Konstanz (Bild links).

»Meine Heimat ist mir fremd geworden«

Seit einem Jahr lebt die Britin Madelaine Pitt in Konstanz am Bodensee. Dort, im Dreiländereck, studiert die 27-Jährige, die aus den West-Midlands kommt, an der Universität Konstanz Politikwissenschaft. Als sie dort ankam, verspürte sie vor allem eins: Erleichterung. Erleichterung, nicht mehr in ihrer so polarisierten Heimat mit der aufgeheizten Stimmung leben zu müssen. „Ich hatte schon länger überlegt, meinen Master im Ausland zu machen und hier kann ich auf Englisch studieren“, sagt Pitt. Die Stadt empfinde sie als international und weltoffen. Der Brexit ist für sie zu einem Dauerthema geworden und hat ihr Leben nachhaltig verändert. Kurz nach ihrer Immatrikulation forderte die Universität sie schriftlich auf, Studiengebühren zu zahlen. „Anscheinend war ihnen nicht klar, dass Briten, solange das Übergangsabkommen gilt, wie alle anderen Bürger der Europäischen Union (EU) behandelt werden müssen“, berichtet sie. Mit diesem Problem war sie nicht die einzige britische Studentin in Deutschland, ein mulmiges Gefühl blieb trotzdem. Erst mit der Zeit realisierte Pitt, wie sehr sich Großbritan-

nien verändert hat seit 2016. „Meine Heimat ist mir fremd geworden“, erklärt Pitt. Beim Referendum habe sie nicht glauben können, dass der Brexit wahr werde. Erst als die damalige Premierministerin Theresa May sagte, Großbritannien werde den Binnenmarkt verlassen, habe sie richtig verstanden, was das bedeutet. „Ab dem Moment bin ich für ‚Remain‘ auf die Straße gegangen und habe bereut, dass ich das nicht schon 2016 getan habe“, erinnert sich Pitt. Jetzt schäme sie sich dafür, wie die Regierung, EU-Ausländer behandelt: „Ich bin einerseits wütend, dass diese Menschen auf einmal nicht mehr willkommen sein sollen. Auf der anderen Seite frage ich mich, ob ich mein Heimatland vielleicht nicht gut genug gekannt habe“, sagt sie. Der Brexit habe sie stark politisiert – vorher habe sie nur vor sich hin studiert. „Ich bin immer davon ausgegangen, dass nichts Schlimmes passieren wird, bis mir klar wurde, wie schnell eine nationalistische Ideologie im Mainstream ankommen kann.“ Ende Januar 2020 folgte dann die für sie schwerste Zeit: „In den zwei Wochen vor dem EU-Austritt habe ich kaum

mehr die Nachrichten verfolgt, weil ich so niedergeschlagen war“, sagt Pitt. Ihr Umfeld in Konstanz teile ihre Meinung, dass der Brexit ein Fehler sei, aber in ihrer Heimatstadt und auch in der Familie habe es Menschen gegeben, die das fundamental anders sehen. „Die allermeisten Briten wollen jetzt nur noch, dass das Thema durch ist“, berichtet sie. Bevor sie ein Auslandssemester in Frankreich gemacht habe, habe sie Mitbürger verstanden, die sagten, man könne nicht Brite und Europäer gleichzeitig sein. „Jetzt wissen viel mehr Menschen als vorher, was sie verlieren. Aber dass Großbritannien wieder Teil der EU werden könnte, liegt, denke ich, in ferner Zukunft“, sagt Pitt. Für kommende Generationen junger Briten werde viel davon abhängen, welche Möglichkeiten die EU ihnen einräume. Dass es schwieriger wird, internationale Erfahrungen zu machen, sei aber klar. Es ist Trotz in ihrer Stimme, wenn Pitt über ihre Heimat spricht. Sie fühle sich „europäischer denn je“, sagt sie. Auch deshalb wünscht sie sich, nach ihrem Uniabschluss eine berufliche Zukunft in der EU – vielleicht sogar in Brüssel. *Lisa Brübler*

LESERPOST

Zur Ausgabe 11 vom 09. März 2020, „Kohle im Ost-West-Konflikt“ auf Seite 12:

Immer wieder liest man zum Thema Dekarbonisierung bei der Stromerzeugung, wie vorbildlich Industriestaaten wie etwa Frankreich oder Großbritannien dabei vorgehen und dass Deutschland mit dem Kohleausstieg im Jahr 2038 weit dahinter zurückbleibt. So auch in diesem Beitrag. Was dabei meist nicht erwähnt wird, ist, welchen Anteil die Kohle an der Stromerzeugung im betreffenden Land hat und wie hoch der Anteil der Kernkraft ist. In Großbritannien lag im Jahr 2018 der Kohle-Anteil bei circa vier Prozent, der der Kernkraft bei etwa 18 Prozent. Um nicht missverstanden zu werden: Mir ist klar, dass am Kohleausstieg unter dem Aspekt des Klimawandels kein Weg vorbeiführt, aber dass Deutschland mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus der Kernkraft und

der Kohle weltweit einen „Sonderweg“ geht, wird bei Vergleichen in der Regel außer Acht gelassen.

Holger Bartsch, Lübbenau

Zur Ausgabe 12-13 vom 16. März 2020, „Externe Berater entwarfen Milliarden-Vertrag“ auf Seite 6:

Da hat ein Bundesverkehrsminister Millionen Euro für die PKW-Maut verbrannt und um diese durchzuputschen und Fakten zu schaffen, wurden Verträge geschlossen. Diese kosten den Steuerzahler wieder ein halbe Milliarde Euro. Nun kommen weitere Tausende Euro dazu, weil ein Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde. Und was wird die Sache am Ende bringen? Im Prinzip nichts, außer dass der Steuerzahler sehr viel Geld aufbringen muss, um einen grob fahrlässigen Fehler der Ver-

kehrsministers zu finanzieren. In der freien Wirtschaft wäre Andreas Scheuer (CSU) seinen Job los, er würde strafrechtlich verfolgt und sehr wahrscheinlich auch verurteilt oder hätte Schadenersatz für seine Entscheidungen leisten müssen. Wenn die Politik, respektive die Politiker, das unter „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ verstehen, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn das Volk immer weiter nach rechts rutscht.

Frank Sackmann, Osnabrück

Zur selben Ausgabe, „Im Netz wird's jetzt ernst“ auf Seite 1:

Ich lebe in Hanau, einer Stadt, in der viele Nationalitäten zusammenleben und die im Februar einen grausamen, rassistischen Anschlag erleben musste, bei dem elf Menschen zu Tode kamen und fünf weitere schwer verletzt wur-

den. Auf diesen Anschlag folgte eine Welle, die von Hetze, Drohhilfen und Hass-Mails geprägt war. Auch jetzt haben wir immer noch eine angespannte und aufgeheizte Situation. Die Botschaft der Tat für Menschen mit Migrationshintergrund lautete: „Ihr gehört nicht zu uns, ihr seid weniger wert.“ Der Täter wurde im Netz in Teilen sogar als „Held von Hanau“ verehrt. Rechte und rechtsextreme Tendenzen sind nicht neu. Bei der Landtagswahl im Jahr 2018 erreichte die AfD in Hanau 16,2 Prozent der Stimmen. Wir brauchen das Gesetz gegen Hass und Hetze im Netz für unsere Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte. Es braucht mehr Prävention und Opferschutz beim Kampf gegen Rechtsextremismus. Facebook und Co. müssen bei der Arbeit gegen Hasskriminalität mehr in die Pflicht genommen werden und die Verhöhnung der Sprache gegen Menschen muss gestoppt werden.

Ursula Reichert, Hanau

Zur Ausgabe 14-15 vom 30. März 2020, „Elan, Mut, Zuversicht“ auf Seite 1:

Großartig, das Editorial: punktgenau ist die derzeitige außergewöhnliche Situation in Deutschland beschrieben und der Zusammenhalt aller gesellschaftlichen und politischen Gruppen in diesem Lande gelobt. Die großen Herausforderungen können mit Elan, Mut und Zuversicht bewältigt werden. Oder wie Finanzminister Olaf Scholz (SPD) kürzlich sagte: „Wir alle müssen uns umeinander kümmern, dann kommen wir da durch.“ Ja, gemeinsam sind wir stark. Möge das noch lange nachwirken.

Hans-Jürgen Jakobs, Ottobern

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 27. April.

PERSONALIA

>Dieter Thomaе †
Bundestagsabgeordneter 1987-2005, FDP

Am 14. März starb Dieter Thomaе im Alter von 79 Jahren. Der Oberstudiendirektor aus Sinzig/Rhein schloss sich 1972 der FDP an, war von 1980 bis 1998 Vorsitzender des Bezirksverbands Koblenz und gehörte dem Vorstand in Rheinland-Pfalz an. Thomaе engagierte sich im Gesundheitsausschuss, an dessen Spitze er von 1990 bis 1998 stand.

>Klaus Daweke †
Bundestagsabgeordneter 1976-1990, CDU

Klaus Daweke starb am 28. März im Alter von 76 Jahren. Der Diplom-Handelslehrer aus Lemgo, CDU-Mitglied seit 1964, war von 1977 bis 1990 Kreisvorsitzender in Lippe. Von 1969 bis 1979 saß er im dortigen Kreistag. Daweke gehörte im Bundestag dem Bildungsausschuss an.

>Ellen Olms
Bundestagsabgeordnete 1987-1989, Die Grünen

Ellen Olms wird am 17. April 70 Jahre alt. Die Industriekauffrau aus Berlin schloss sich 1978 der dortigen Alternativen Liste an. Olms, die 1988/89 dem Fraktionsvorstand angehörte, wirkte im Bundestag im Innenausschuss mit.

>Detlef Helling
Bundestagsabgeordneter 1996-1998, 2002, CDU

Detlef Helling wird am 20. April 70 Jahre alt. Der Betriebswirt aus Bielefeld trat 1974 der CDU bei, ist dort seit 1984 Ratsherr und war von 1999 bis 2014 ehrenamtlicher Bürgermeister. Helling gehörte dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Finanzausschuss an.

>Claire Marienfeld-Czesla
Bundestagsabgeordnete 1990-1995, CDU

Am 21. April vollendet Claire Marienfeld-Czesla ihr 80. Lebensjahr. Die pharmazeutisch-technische Assistentin aus Detmold trat 1976 der CDU bei. Sie war dort von 1978 bis 1991 Ratsfrau und von 1988 bis 1991 stellvertretende Bürgermeisterin. Marienfeld-Czesla, die sich im Verteidigungsausschuss engagierte, amtierte von 1995 bis 2000 als Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags.

>Ilse Janz
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Ilse Janz wird am 23. April 75 Jahre alt. Die Angestellte aus Bremen trat 1967 der SPD bei, war von 1988 bis 1991 dortige Landesvorsitzende und gehörte von 1993 bis 1997 dem SPD-Parteivorstand an. Von 1987 bis 1990 war sie Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Janz, von 1998 bis 2002 Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion, wirkte im Sport- sowie im Landwirtschaftsausschuss mit.

>Maria Böhmer
Bundestagsabgeordnete 1990-2017, CDU

Maria Böhmer wird am 23. April 70 Jahre alt. Die Professorin aus Mainz trat 1985 der CDU bei, gehörte von 1994 bis 2018 dem Bundesvorstand und von 2006 bis 2009 dem Präsidium an. Von 2001 bis 2015 amtierte sie als Bundesvorsitzende der Frauen Union. Von 2005 bis 2013 war Böhmer Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und von 2013 bis 2018 Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Vor 2001 engagierte sie sich u.a. im Familienausschuss.

>Anneliese Augustin
Bundestagsabgeordnete 1984-1987, 1989-1998, CDU

Anneliese Augustin vollendet am 24. April ihr 90. Lebensjahr. Die Apothekerin aus Kasel trat 1967 der CDU bei, war von 1972 bis 1984 dort Stadtverordnete und engagierte sich in der Mittelstandsvereinigung der CDU Hessen. Die Christdemokratin wirkte u.a. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie im Gesundheitsausschuss mit.

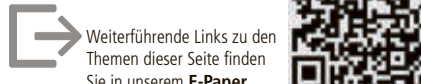
>Jochen Borchert
Bundestagsabgeordneter 1980-2009, CDU

Am 25. April begeht Jochen Borchert seinen 80. Geburtstag. Der Landwirt aus Bochum schloss sich 1965 der CDU an und hatte dort von 1977 bis 2000 den Kreisvorsitz inne. Von 1993 bis 2003 war er Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Seit 1981 engagierte sich Borchert zumeist im Haushaltsausschuss und war von 1989 bis 1993 haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Von 1993 bis 1998 amtierte er als Bundeslandwirtschaftsminister. In seine Amtszeit fällt die Hinwendung zu einer marktorientierten und nachhaltigen Landwirtschaft.

>Manfred Nink
Bundestagsabgeordneter 2009-2013, SPD

Manfred Nink wird am 27. April 70 Jahre alt. Der technische Beamte aus Koblenz trat 1969 der SPD bei und stand von 2002 bis 2010 an der Spitze des Kreisverbands Trier-Saarburg. Von 2001 bis 2009 gehörte der Sozialdemokrat dem Landtag in Mainz an. Nink arbeitete im Bundestag vor allem im Wirtschaftsausschuss mit. *bmh*

SEITENBLICKE



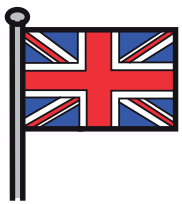
leicht
erklärt!

Das Britische Welt-Reich

Wie es entstand, wie es verschwand



Groß-Britannien heute



Groß-Britannien ist ein Land in Europa.

Es besteht aus 4 Teilen:

- England
- Schottland
- Wales
- Irland

In Groß-Britannien leben heute etwa 66 Millionen Menschen.

Also weniger als in Deutschland.

Groß-Britannien ist auch kleiner als Deutschland.

Früher war das aber ganz anders.

Damals beherrschte Groß-Britannien Gebiete auf der gesamten Welt.

Ein Gebiet, über das jemand herrscht, nennt man auch: ein Reich.

Deswegen nennt man Groß-Britannien und seine Gebiete in dieser Zeit: das Britische Welt-Reich.

Im folgenden Text geht es zum Beispiel um folgende Fragen:

- Wie entstand das Britische Welt-Reich?
- Wie endete das Britische Welt-Reich?

Wie entstand das Britische Welt-Reich?

Die Geschichte des Britischen Welt-Reichs begann vor ungefähr 500 Jahren.

Damals fingen europäische Länder an, in anderen Teilen der Welt Gebiete zu erobern.

Zum Beispiel in Asien, Amerika oder Afrika.

Mal machten sie das mit Gewalt. Manchmal schlossen sie auch Abkommen mit den Einheimischen. Oder sie kauften ihnen Gebiete ab.

Wenn ein Land in einem anderen Land Gebiete erobert, dann nennt man diese Gebiete: Kolonien.



Zu Kolonien gab es schon einmal eine Ausgabe von „leicht erklärt“. Und zwar Ausgabe Nummer 136.

Das war eine Beilage in: Das Parlament 2-3/2020.



Die ersten europäischen Länder mit vielen Kolonien waren Spanien und Portugal.

Sie errichteten große Reiche. Dadurch wurden sie mächtig und reich.

Sie wurden zu: Kolonial-Mächten.

Andere Länder machte das neidisch.

Auch sie wollten Kolonien haben. Und sie wollten dadurch mächtig und reich werden.

Also begannen immer mehr europäische Länder, Kolonien zu errichten.

Auch das Deutsche Kaiser-Reich wurde später zu einer Kolonial-Macht.

Und auch Groß-Britannien wollte Kolonien haben.

Im Jahr 1607 gründeten Briten in Nord-Amerika einen Ort mit dem Namen Jamestown.

Viele Experten sagen: Das war der Beginn des Britischen Welt-Reichs.

In den folgenden Jahrhunderten gründete Groß-Britannien immer neue Kolonien in allen Teilen der Welt.

Viele heutige Länder gehörten früher einmal zum Britischen Welt-Reich.



Zum Beispiel:

- Ägypten
- Indien
- Australien
- Neu-Seeland
- Süd-Afrika
- Kanada
- die USA

Vor ungefähr 200 Jahren war Groß-Britannien dann das mächtigste Land auf der Welt.

Und am größten war das Britische Welt-Reich vor ungefähr 100 Jahren.

Damals lebten dort 458 Millionen Menschen.

Jeder vierte Mensch auf der Welt lebte damals im Britischen Welt-Reich.



Mächtige Schiffe

Wichtig, um sich auf der gesamten Welt ausbreiten zu können, waren viele und gute Schiffe.

- Sie waren die beste Möglichkeit, schnell weite Strecken zurückzulegen.
- An viele Orte konnte man nur mit Schiffen kommen.
- Mit Schiffen konnte man große Mengen an Waren aus den Kolonien nach Europa schaffen.
- Schiffe konnte man in Kriegen nutzen.

Alle großen Kolonial-Mächte waren also auch immer mächtige See-Fahrer.

Vor 200 Jahren hatte Groß-Britannien die mächtigste See-Flotte der Welt.

Ausbreitung mit Gewalt

Die Zeit der Kolonien war voller Gewalt.

Hier ein paar Beispiele:

Gewalt zwischen Kolonial-Mächten

Die europäischen Länder hatten Interesse an denselben Gebieten auf der Welt.

Dadurch wurden sie zu Gegnern beim Kampf um diese Gebiete.

Oft kam es dadurch zu Kriegen. Manchmal wechselten Kolonien dann vom einen Land zum anderen.

Ein Beispiel dafür ist der Ort Nieuw Amsterdam. Das ist Niederländisch für Neu Amsterdam.

Der Ort gehörte bis zum Jahr 1664 den Niederlanden.

Dann wurde er von Groß-Britannien erobert.

Und er wurde umbenannt.

Heute kennt man ihn als New York.



Gewalt zwischen Kolonial-Macht und Einheimischen



In den eroberten Gebieten lebten oft schon Menschen.

- Gegen diese wendeten die Kolonial-Mächte oft Gewalt an.
- Viele wurden unterdrückt.
- Sie mussten für die Kolonial-Macht arbeiten.
- Sie wurden vertrieben.
- Sie mussten die Sprache der Kolonial-Macht annehmen.
- Viele hat man zu Sklaven gemacht.

Gewalt zwischen Kolonial-Macht und Kolonisten



Natürlich gab es auch immer wieder Streit zwischen Groß-Britannien und den Kolonien.

Am bekanntesten ist vielleicht der Streit mit den Kolonien in Nord-Amerika.

Großbritannien hatte dort 13 Kolonien gegründet.

Mit der Zeit wurden diese Kolonien immer unzufriedener.

Es gefiel ihnen nicht, wie sie von Groß-Britannien behandelt wurden.

Groß-Britannien verlangte zum Beispiel sehr hohe Steuern.

In den Kolonien sagten immer mehr Menschen:

Wir wollen unabhängig sein.

Wir wollen ein eigenes Land sein.

Wir wollen nicht mehr von Groß-Britannien beherrscht werden.

Groß-Britannien war damit natürlich nicht einverstanden.

Es kam zum Krieg zwischen Groß-Britannien und den Kolonien.

Er dauerte 8 Jahre.



Am Ende gewannen die Kolonien. Sie wurden unabhängig. Und sie gründeten einen eigenen Staat.

Die Vereinigten Staaten von Amerika. Die USA.

Die USA gibt es heute also nur, weil es früher einmal das Britische Welt-Reich gab.

Ende des Britischen Welt-Reichs

Egal wie groß und mächtig ein Reich ist, irgendwann kommt sein Ende.

So war es auch mit dem Britischen Welt-Reich.

Das Ende des Britischen Welt-Reichs begann vor über 100 Jahren.

Für das Ende gibt es viele verschiedene Gründe.

Groß-Britannien verlor mit der Zeit immer mehr an Macht.



Immer mehr Kolonien forderten ihre Unabhängigkeit.

Irgendwann konnte sich Groß-Britannien nicht mehr dagegen wehren.

So wurden die Kolonien Stück für Stück immer selbstständiger.

Außerdem waren auch immer mehr Menschen in Europa und in anderen Teilen der Welt der Meinung:

Es ist nicht in Ordnung, wenn Länder Kolonien besitzen.

Man darf keine Gebiete in anderen Teilen der Welt erobern.



Ab dem Jahr 1945 löste sich das Britische Welt-Reich deswegen immer weiter auf.

Im Jahr 1997 übergab Groß-Britannien die Stadt Hongkong an China.



Hongkong war die letzte wichtige Kolonie von Groß-Britannien.

Viele Experten sagen:
An diesem Tag endete das Britische Welt-Reich endgültig.

Folgen des Welt-Reichs



Das Britische Welt-Reich gibt es schon eine ganze Weile nicht mehr.

Aber auf der ganzen Welt kann man noch sehen, dass es dieses Welt-Reich einmal gab.

Hier 2 Beispiele dafür:

Englisch als Welt-Sprache

Auf der ganzen Welt können sehr viele Menschen Englisch sprechen.

Man sagt auch:
Englisch ist eine Welt-Sprache.

In vielen Ländern ist Englisch sogar die Haupt-Sprache.

Zum Beispiel in Australien, Neu-Seeland, den USA und Kanada.

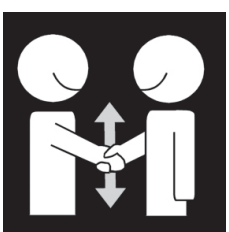
Diese Länder wurden von Menschen aus Groß-Britannien gegründet.

Aber auch an anderen Orten ist Englisch noch wichtig.

Zum Beispiel in Hongkong.

Noch heute sprechen die Leute dort Chinesisch und Englisch.

Commonwealth of Nations



Vor ungefähr 90 Jahren wurde das Commonwealth of Nations gegründet.

Das spricht man ungefähr so aus:
Kommenwells off Näischens.

Auf Deutsch heißt das so viel wie:
Gemein-Wohl der Nationen.



Das Commonwealth ist ein Zusammen-Schluss vieler Länder, die früher einmal zum Britischen Welt-Reich gehört haben.

Im Moment sind es 54 Länder.

Sie wollen
gemeinsame Ziele verfolgen.

Stärkere Länder im Commonwealth sollen schwächere Länder unterstützen.

Das Commonwealth zeigt also:
Auch nach dem Ende des Britischen Welt-Reichs, sind diese Länder noch miteinander verbunden.



Fast 400 Jahre lang gab es das Britische Welt-Reich.

Es war das größte Reich aller Zeiten.

Inzwischen gibt es das Britische Welt-Reich schon seit einigen Jahren nicht mehr.

Aber seine Folgen kann man noch auf der ganzen Welt sehen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: ©picture-alliance / Mary Evans Picture Library. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 16-17/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 27. April 2020.